

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hans-Gerd Jaschke

## Nationalismus und Ethnopluralismus

Zum Wiederaufleben von Ideen der „Konservativen Revolution“

Armin Pfahl-Traugher

## Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern

Ursula Birsl

## Frauen und Rechtsextremismus

Eckhard Jesse

## Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland

Uwe Backes

## Geistige Wurzeln des Linksterrorismus in Deutschland

B 3–4/92

10. Januar 1992

Hans-Gerd Jaschke, Dr. phil. habil., geb. 1952; wiss. Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung, Frankfurt/M., Privatdozent für Politikwissenschaft am FB Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/M.

Veröffentlichungen u.a.: (zus. mit Peter Dudek) Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, 2 Bde., Opladen 1984; Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn 1990; Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen 1991.

Armin Pfahl-Traughber, Dipl.-Pol., Dipl.-Soz., geb. 1963; z.Z. Promotion über die Wirkungsgeschichte des antisemitisch-antifreimaurerischen Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat.

Veröffentlichungen u.a.: Ein „Ahne“ des Nationalsozialismus. Otto Boeckel, der erste Antisemit im Deutschen Reichstag, in: Tribüne, 26 (1987) 101; Das „Le-Pen- oder Schönhuber-Phänomen“. Ein Vergleich von „Front National“ und „Republikaner“, in: Liberal, 31 (1989) 4; Die „Protokolle der Weisen von Zion“ nach 1945, in: Judaica, 46 (1990) 1; Antisemitismus in der Sowjetunion, in: Vorgänge, 30 (1991) 112.

Ursula Birsl, Dipl. Sozialwirtin, geb. 1962; Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen; wiss. Mitarbeiterin für gewerkschaftliche Kooperationsprojekte am Seminar für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.

Veröffentlichung: (zus. mit Joachim Bons, Frank Halfmann, Thomas Seidl) Das Fest der Arbeit. Die Geschichte der Göttinger Maifeiern, Göttingen 1990.

Eckhard Jesse, Dr. phil. habil., geb. 1948; Hochschuldozent im Fach Politikwissenschaft an der Universität Trier und Gastprofessor an der Universität Potsdam.

Veröffentlichungen u.a.: (Hrsg. mit U. Backes) Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd.3, Bonn 1991; (Hrsg. mit Armin Mitter) Die Bundesrepublik Deutschland im Vereinigungsprozeß. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn i.E.; Typologie politischer Herrschaftssysteme, in: Theo Stammen u.a., Grundwissen Politik, Frankfurt/M. 1991.

Uwe Backes, Dr. phil., geb. 1960; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Germanistik an der Universität Trier; Akademischer Rat a. Z. am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Universität Bayreuth.

Veröffentlichungen u.a.: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; (zus. mit E. Jesse) Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 3 Bde., Köln 1989; (Hrsg. zus. mit E. Jesse) Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bonn 1989ff.; (Hrsg. zus. mit E. Jesse und R. Zitelmann) Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Berlin 1990; Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach, Erlangen 1991.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Nationalismus und Ethnopluralismus

Zum Wiederaufleben von Ideen der „Konservativen Revolution“

## I. Volk und Nation

Der friedliche deutsch-deutsche Einigungsprozeß seit dem Herbst 1989 und Fragen des Umgangs von Deutschen mit Ausländern sind zu beherrschenden Themen nicht nur der Tagespolitik geworden. Sie werden auch dann, wenn sie wieder auf die hinteren Zeitungsseiten verwiesen sind, für den absehbaren Rest dieses Jahrhunderts der deutschen Innenpolitik ihren Stempel aufdrücken. Die weltweiten Flüchtlingsbewegungen werden auch weiterhin vor den deutschen Grenzen nicht haltmachen. Der EG-Binnenmarkt wird für eine weitere Internationalisierung von Ökonomie, Gesellschaft und politischer Kultur sorgen. Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Einheit werden hüben wie drüben sowohl die Politik als auch die Alltagsorientierungen prägen.

Die vor allem in der zweiten Jahreshälfte 1991 zutage getretenen, teilweise militanten Protestformen von rechts haben für beträchtliches Aufsehen im In- und Ausland gesorgt. Nicht nur die Wahlerfolge kleiner Rechtsparteien, sondern vor allem die Anschläge auf Asylbewerber-Unterkünfte und offen auftretende kollektive Sympathien dafür in der Bevölkerung provozieren Fragen nach Ursachen, Ausmaß und Gegenstrategien. In den Debatten über die Polizei und das Asylrecht darf freilich nicht übersehen werden, daß rechte Protestformen nicht von ungefähr gerade jetzt an Zulauf gewinnen: „Nation“ (bzw. Nationalstaat und „Wiedervereinigung“) und „Volk“ (bzw. nationale Identität und Umgang mit Nicht-Deutschen) waren und sind von jeher die zentralen Themen der radikalen Rechten. Es konnte von daher nicht ausbleiben, daß bei den neueren politischen Entwicklungen in diesen Bereichen mit den Themen auch diese radikale Rechte selbst in vielfältigen Ausprägungen wieder an die Oberfläche einer weithin unvorbereiteten und naiven Öffentlichkeit gespült werden würde.

Politische Themen entladen sich nicht von selbst in Aktionen. Sie werden in publizistischen Deutungen und Alltags-Diskussionen erst zu „Themen“ gemacht. Die Militanz von rechts hat keine direkten geistigen Urheber, wohl aber wird sie auf geistig-politische Umfelder sich beziehen können, wo der autoritäre Staat und die rassische Einheit der Völker zu den obersten Leitlinien gehören, wo das

Ziel „Ausländer raus“ gleichwohl mit anderen Mitteln verfolgt wird: mit geistigen, publizistischen. Ein Gesichtspunkt ist dabei häufig übersehen worden, nämlich die Struktur und Wirkungsweise kleiner rechtskonservativer, nationalrevolutionärer Zeitschriftenzirkel, Verlage und rechter Intellektueller, die seit Jahren schon bemüht sind, mit den Themen Nation und Volk, nationaler und völkischer Identität eine Wende des Zeitgeistes nach rechts herbeizuführen. Die politischen Ideen dieser „neuen Rechten“ sind die der „Konservativen Revolution“ in der Weimarer Republik, jener geistigen Zuarbeiter des Nationalsozialismus, deren Epigonen bis heute betonen, Oswald Spengler, Carl Schmitt, Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Jünger, Hans Freyer, Edgar Julius Jung, Othmar Spann und andere seien von den Nazis bloß mißbraucht worden.

Nun läßt sich gewiß darüber streiten, ob und inwiefern diese Autoren tatsächlich geistige Wegbereiter des Nationalsozialismus waren. Moeller van den Bruck starb 1925, Spann wurde 1938 seiner Professur enthoben und verhaftet, Jung wurde 1934 im Zuge des „Röhm-Putsches“ von den Nazis ermordet. Carl Schmitt hat die Morde an der SA-Führung und anderen bekanntlich in seinem am 1. August 1934 in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ veröffentlichten Aufsatz „Der Führer schützt das Recht“ mehr als gerechtfertigt, wurde aber wenig später nach publizistischen Angriffen aus dem Umfeld der SS politisch kaltgestellt. Spengler hingegen hat 1933, drei Jahre vor seinem Tod, Hitlers Machtübernahme emphatisch begrüßt<sup>1</sup>. Unbestritten ist, daß sie das rechte antidemokratische Denken in der Weimarer Republik<sup>2</sup> geprägt und zu ihrer Auflösung beigetragen haben.

Heute sind es kleine, sich elitär verstehende Zeitungen und Zeitschriften in der Grauzone zwischen dem konservativen und dem rechtsextremen Spektrum, darunter „Staatsbriefe“, „criticon“, „Junge Freiheit“, „Nation Europa“ und Diskussionszirkel wie das „Thule-Seminar“, die bemüht

1 Oswald Spengler, Jahre der Entscheidung, München 1933, S. 13: „Niemand konnte die nationale Umwälzung dieses Jahres mehr herbeisehnen als ich.“

2 Vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1983 (zuerst 1962). Zu epochenübergreifenden Hintergründen vgl. George L. Mosse, Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1991 (zuerst 1963).

sind, diese Ideen aufzugreifen, zu diskutieren und zu verbreiten. Der Erfolg der kulturkämpferischen französischen Nouvelle Droite dient dabei gleichermaßen als Vor- und auch als Leitbild. Ihr Credo lautet: Der politischen Machtergreifung geht die geistig-kulturelle voraus, der Zeitgeist muß nach rechts gewendet werden, um der künftigen politischen Rechten ein unverfängliches, NS-unbelastetes Programm zu geben. Gewiß – die genannten Zeitschriften und Diskussionszirkel sind zahlenmäßig klein, ihr Einfluß ist schwer zu bestimmen, und sie sollten nicht überbewertet werden. Ob diese „Neue Rechte“ wirklich gefährlicher ist als die alte um NPD, DVU und „Republikaner“, wie Peter Glotz meint<sup>3</sup>, sei dahingestellt. Dennoch scheint es ratsam, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, denn sie stehen in einer oft verkannten, aber historisch bedeutenden ideengeschichtlichen Tradition, die wesentlich zur Beseitigung der Weimarer Republik beigetragen hat.

---

## II. Geistesgeschichtlicher Hintergrund: Die „Konservative Revolution“

---

1934, ein Jahr nach Hitlers Machtübernahme, beschreibt Herbert Marcuse in der vom Frankfurter Institut für Sozialforschung im Pariser Exil herausgegebenen „Zeitschrift für Sozialforschung“ die „neue Weltanschauung“ als ein großes „Sammelbecken all der Strömungen, die seit dem Weltkrieg gegen die ‚liberalistische‘ Staats- und Gesellschaftstheorie vorgetrieben wurde“<sup>4</sup>. Dazu zählt er das Denken in Führer-Gefolgschafts-Kategorien, Lebensphilosophie, Irrationalismus und völkische Theorien. Marcuse hat als einer der ersten schon frühzeitig darauf hingewiesen, daß der Prozeß der Machteinsetzung des Nationalsozialismus von geistigen Wegbereitern geebnet wurde. Nicht nur die plakative Blut- und Boden-Propaganda der Hitler-Reden und die massenwirksame Faszination der nationalsozialistischen politischen Ästhetik, nicht nur das Bündnis der NSDAP mit maßgeblichen Teilen der konservativen Eliten, sondern auch intellektuelle, philosophisch-politische Steigbügelhalter haben an der Zerstörung der Republik mitgewirkt. Zu ihnen zählt das Umfeld der „Konservativen Revolution“.

Edgar Julius Jung (1894 – 1934), Berater und Reden-Schreiber des Reichskanzlers von Papen und

3 Vgl. Peter Glotz, Die deutsche Rechte. Eine Streitschrift, Stuttgart 1989, S. 36.

4 Herbert Marcuse, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Zeitschrift für Sozialforschung, (1934) 2. S. 161 (Nachdruck München 1980).

einer der führenden Köpfe der Weimarer Rechtsintellektuellen, hat die Konzeption einer „konservativen Revolution“ in der Weimarer Republik so beschrieben: „Konservative Revolution nennen wir die Wiederinachtsetzung aller jener elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit der Natur und mit Gott verliert und keine wahre Ordnung aufbauen kann. An die Stelle der Gleichheit tritt die innere Wertigkeit, an die Stelle der mechanischen Wahl das organische Führerwachstum, an Stelle bürokratischen Zwangs die innere Verantwortung echter Selbstverwaltung, an die Stelle des Massenglücks das Recht der Volksgemeinschaft.“<sup>5</sup> Nachdem die Strukturen der alten wilhelminischen Gesellschaft erschüttert waren, republikanisches Denken und demokratisches Verfassungsverständnis die soziale Herrschaft von ostelbischen Junkern, Militär und Adel bedrohten, war dieses konservative Denken kaum mehr dem älteren verbunden. Es verstand sich, entsprechend den radikal veränderten Gegebenheiten nach 1918, als etwas Neues, als „revolutionär“. Martin Greiffenhagen hat diesen „Schritt vom restaurativen zum revolutionären Denken“ als „Verzweiflungstat“ beschrieben, bei der es darum gehe, „die bestehenden Verhältnisse völlig umzustürzen, reinen Tisch zu machen und den Boden zu säubern, auf dem dann das Neue, d. h. aber das Alte, ‚wachsen‘ kann“<sup>6</sup>.

Die Suche nach deutschen, ursprünglichen Werten, nach Ordnungsprinzipien und solchen der „Volksgemeinschaft“ war das Anliegen nicht weniger Rechtsintellektueller in der Zwischenkriegszeit, die den Versailler Vertrag als Erniedrigung und die parlamentarische Demokratie als Ausgeburt der „Herrschaft der Minderwertigen“ (so ein weiterer Buchtitel Jungs) empfanden<sup>7</sup>. In ihren Werken verherrlichen sie die nationale Aufbruchsstimmung des Kriegsjahres 1914 und das Kriegserlebnis selbst – am wirkungsvollsten wohl Ernst Jünger in den „Stahlgewittern“<sup>8</sup>. Für viele von ihnen war – wie auch für die bündische Jugend, die Freikorps und andere militaristische Kreise – der Krieg die „Volksgemeinschaft des Schützengrabens“ und die Geburtsstunde einer neuen Nation<sup>9</sup>. Wie die Mehrheit der gesamten Weimarer Rechten betrachteten sie den Friedensschluß als aufgezwungenes, nicht akzeptables Diktat. Spengler etwa sah „die schmutzige Revolution von 1918 vom ersten Tage an ... als den Verrat des min-

5 Edgar J. Jung (Hrsg.), Deutsche über Deutschland. Die Stimme des unbekanntenen Politikers. Mit einem zusammenfassenden Nachwort: „Deutschland und die konservative Revolution“, München 1932, S. 380.

6 Martin Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, München 1977, S. 242.

7 Edgar Julius Jung, Die Herrschaft der Minderwertigen, Berlin 1930.

8 Ernst Jünger, In Stahlgewittern. Aus dem Tagebuch eines Stoßtruppführers, Hannover 1920.

9 Zur Bedeutung des Kriegserlebnisses für die Weimarer Rechte vgl. K. Sontheimer (Anm. 2), S. 93 ff.

derwertigen Teils unseres Volkes an dem starken, unverbrauchten, der 1914 aufgestanden war“<sup>10</sup>.

Libérale Demokratie ist in ihren Augen, wie Arthur Moeller van den Bruck (1876–1925) in seinem 1923 erschienenen Buch „Das dritte Reich“ schrieb, das Carl v. Ossietzky einmal ein „politikfremdes Lamento von monotoner Melancholie“ genannt hat<sup>11</sup>, Selbstbetrug und Versklavung des deutschen Volkes: „Der Liberalismus ist der Ausdruck einer Gesellschaft, die nicht mehr Gemeinschaft ist.“<sup>12</sup> Nur in der „Gemeinschaft“ kann, der ständestaatlichen Konzeption Othmar Spanns (1878–1950) zufolge, der „mechanische Grundsatz der Mehrheit“ überwunden werden zugunsten einer organisch gegliederten Staatsform. In der demokratisch-republikanischen Gesellschaft hingegen werde jeder in die gleiche Waagschale geworfen und mitgewogen, „jeder Einzelne ist ein gleichwertiges Atom, Nietzsche und sein Stiefelputzer haben dieselbe Stimme“<sup>13</sup>. „Die Mehrheit in den Sattel setzen“, so Spann weiter, „heißt das Niedere herrschend machen über das Höhere. Demokratie heißt also: Mechanisierung der Organisation unseres Lebens (des Staates) und Ausschaltung jedes Wertgrundsatzes aus dem Baugesetz dieser Organisation durch Abstimmung, durch Herrschaft der Mehrheit.“<sup>14</sup>

Die hier zutage tretende Kritik des Liberalismus bezieht sich weniger auf die kompromißbereiten Weimarer Liberalen um DVP (Deutsche Volkspartei) und DDP (Deutsche Demokratische Partei). Sie reicht tiefer: Hauptgegner sind, wie Jung 1932 hervorhebt, die „Wertungsweisen und sozialen Formen der 1789 durchgebrochenen liberalen Welt“<sup>15</sup>. Ein Jahr später schreibt er, die deutsche konservative Revolution könne „ihren Charakter als Gegenrevolution nur bewähren in der Abkehr von den geistigen Gesetzen, welche die liberale Revolution von 1789 beherrschten“<sup>16</sup>. Dieses Selbstverständnis ist ein zentrales Leitmotiv: Die Rechtsintellektuellen der „Konservativen Revolution“ stehen in der Tradition der gegen die Folgen der Französischen Revolution aufbegehrenden Gegen-Revolution und lehnen jedes politische Arrangement mit den gegebenen Verhältnissen ab.

Dazu gehört auch die Kritik des „seelenlosen“ Kapitalismus von rechts, wie sie etwa im Werk des

10 O. Spengler (Anm. 1), Einleitung, ohne Seitenangaben.

11 Carl v. Ossietzky, Antisemiten, in: Weltbühne vom 19. Juli 1932, S. 89.

12 Arthur Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, Berlin 1923, S. 97.

13 Othmar Spann, Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft, Jena 1931, S. 84.

14 Ebd., S. 110.

15 Edgar Julius Jung, Neubelebung von Weimar?, in: Deutsche Rundschau, Juni 1932, S. 156, zit. nach K. Sontheimer (Anm. 2), S. 120.

16 Ders., Sinndeutung der deutschen Revolution, Oldenburg 1933, S. 43, zit. nach Ludwig Elm (Hrsg.), Falsche Propheten. Studien zum konservativ-antidemokratischen Denken im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1990, S. 168.

Soziologen Hans Freyer und des Dichters Ernst Jünger besonders deutlich zutage tritt<sup>17</sup>. Revolutionär-konservatives Denken sollte nicht mehr nur als gut erkannte Verhältnisse bewahren, sondern durch Zerstörung des Schlechten, Dekadenten herstellen, was der Bewahrung lohnt. Die Folgewirkungen von Aufklärung und Französischer Revolution – das Denken in Bildern von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, seine Ausformungen in sowjetischem Bolschewismus und westlichem Liberalismus – galt es, mit den Mitteln der Kulturkritik und der Publizistik zu attackieren.

Gegen Ende der Weimarer Republik verschärfte sich Tonart und Diktion der Rechtsintellektuellen, wie etwa das Beispiel eines ihrer wichtigsten publizistischen Sprachrohre, die Geschichte des „Tat“-Kreises<sup>18</sup>, zeigt. Doch sie konnten auf Vorläufer zurückblicken, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg theoretische Bahnen gelegt hatten. Oswald Spengler (1880–1936) hatte in seinem 1918 zuerst erschienenen, aber im wesentlichen schon vor dem Ersten Weltkrieg verfaßten, von der Weimarer Rechten breit rezipierten Werk „Der Untergang des Abendlandes“<sup>19</sup> das Ende der europäischen und der deutschen Kultur vorausgesagt.

Spengler begründet seine kulturpessimistische Prognose mit einem organisch-zyklischen Bild vom Aufstieg und Fall der Kulturen. Die europäische Zivilisation ist für ihn das Endstadium im Spannungsbogen von Wachstum und Verfall. Sie sei gekennzeichnet durch stumpfe, seelenlose Kultur unter dem Diktat des Materialismus, des Geldes und der Bürokratie. „Das parlamentarische Zeitalter“, notiert er 1924, „ist unwiderruflich zu Ende. Seine Formen leisten nichts mehr, sie belasten uns nur. . . . Wer auf der Höhe seiner Zeit steht, mußte 1830 Demokrat sein und 1930 das Gegenteil davon.“<sup>20</sup> Menschenrechte als gleiche Rechte für alle Menschen und Kern des liberalen, demokratischen Denkens sind für Spengler, ebenso wie später für Jung und Spann, widernatürlich und dekadent.

17 Vgl. Hans Freyer, Revolution von rechts, Jena 1931; vgl. dazu Richard Saage, Von der „Revolution von rechts“ zum „technokratischen Konservatismus“, in: Konservatismus – Eine Gefahr für die Freiheit? Für Iring Fetscher, hrsg. von Eike Hennig/Richard Saage, München 1983, S. 120–143; Ernst Jünger, Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt, Stuttgart 1982 (zuerst 1932).

18 Vgl. Klaus Fritzsche, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: Das Beispiel des „Tat“-Kreises, Frankfurt/M. 1976.

19 Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, München 1972.

20 Ders., Neubau des Deutschen Reiches, in: ders., Politische Schriften. Volksausgabe, München 1933, S. 207.

### III. Der Patron: Carl Schmitt

Der Staatsrechtler Carl Schmitt (1888–1985)<sup>21</sup> ist der heute in Kreisen der Neuen Rechten meistdiskutierte, aber schon in der Weimarer Republik für die Rechtsintellektuellen im Umfeld der „Konservativen Revolution“ wegweisende Kritiker der Verfassung, von Liberalismus, Pluralismus und Parlamentarismus. Schmitt hält, den „totalen Staat“ des italienischen Faschismus als leuchtendes Beispiel vor Augen, den Weimarer Parlamentarismus für unzeitgemäß, ineffektiv und heuchlerisch. Das Parlament sei bloße Abstimmungsmaschine für zuvor in Interessenhändeln abgestimmte Entscheidungen<sup>22</sup>. Es bringe nicht den Willen des Volkes, sondern jenen der jeweils herrschenden Gruppen zum Ausdruck. Er sieht das Verbandswesen und das Konkurrieren verschiedener, teils unvereinbarer Weltanschauungen als Ausdruck eines ziellosen, den Staat und dessen Autorität unterminierenden Pluralismus. Insbesondere werde die Fähigkeit des starken Staates, über den Ausnahmefall zu entscheiden und innenpolitische Widerstände und Feinde entschieden zu bekämpfen, durch Pluralismus und Parlamentarismus zerstört.

Schmitt betrachtet die Kampfbereitschaft voraussetzende Unterscheidung zwischen Freund und Feind als konstitutiv für Politik schlechthin. „Feind ist“, heißt es in seinem 1932 erschienenen Buch „Der Begriff des Politischen“, „nur eine wenigstens eventuell, d. h. der realen Möglichkeit nach kämpfende Gesamtheit von Menschen, die einer ebensolchen Gesamtheit gegenübersteht. Feind ist nur der öffentliche Feind, weil alles, was auf eine solche Gesamtheit von Menschen, insbesondere auf ein ganzes Volk Bezug hat, dadurch öffentlich wird.“<sup>23</sup> Zum Staat gehöre das Recht des jus belli, „d. h. die reale Möglichkeit, im gegebenen Fall kraft eigener Entscheidung den Feind zu bestimmen und ihn zu bekämpfen“<sup>24</sup>. Schon einige Jahre zuvor, in den Betrachtungen zur „geistesgeschichtlichen Lage des heutigen Parlamentarismus“, hatte Schmitt geschrieben, zur Demokratie gehöre innere Homogenität und gegebenenfalls die Ausschaltung des Heterogenen: „Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, daß sie das

Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß.“<sup>25</sup> Während Schmitts Parlamentarismus-Kritik nicht die Reform anvisiert, sondern die grundsätzliche Abschaffung des Parlamentarismus selbst nahelegt, ist sein „Begriff des Politischen“ die Absage an den Pluralismus und Liberalismus und der Lobgesang auf den starken, nach innen und außen wehrhaften Staat, der mit seinen Gegnern nicht viel Federlesens macht. Schmitts politische Theorie braucht nicht die Romantik der Kriegsbegeisterung von 1914 und die Poetik der „Stahlgewitter“ (Jünger), um den Krieg als höchste staatliche Tat zu verklären: Verzichtet der Staat auf das jus belli nach innen und außen, wird er wehrlos und verfällt in pluralistische Anarchie.

Daß Schmitts Theorie sich nahtlos in die Aufbrüche der antidemokratischen und antirepublikanischen Weimarer Rechtsintellektuellen um die „Konservative Revolution“, den „Tat-Kreis“<sup>26</sup>, das politische Kolleg an der Berliner Hochschule für Politik<sup>27</sup> und andere Strömungen einfügt, muß hier nicht betont werden. Schmitts Theorie, insbesondere seine Parlamentarismus-Kritik, hat auch, wie die linke Auseinandersetzung mit dem Staat und dem Parlamentarismus Ende der sechziger Jahre zeigt<sup>28</sup>, Einflüsse weit über die Rechte hinaus gehabt. Mit ihr lassen sich rechte wie auch linke Diktaturen begründen. Doch erst die Folgewirkungen einer Renaissance des neu-rechten Denkens in Frankreich haben es vermocht, die Ansätze der „Konservativen Revolution“ insgesamt wieder zu neuem – antidemokratischem – Leben zu erwecken.

### IV. Das Vorbild: Die Neue Rechte in Frankreich

Seit 1990 gibt Alain de Benoist, Cheftheoretiker der französischen Neuen Rechten, eine Buchreihe mit dem Titel „Konservative Revolution“ heraus, der er sich nach eigenen Worten geistig verbunden fühlt<sup>29</sup>. Dort werden u. a. Werke von Carl Schmitt und Moeller van den Bruck in französischer Übersetzung verlegt. Seit Ende der sechziger Jahre propagiert und diskutiert die Neue Rechte um de Benoist in den Zeitschriften „éléments“ und „Nou-

21 Assheuer und Sarkowicz haben „das Patronat des Carl Schmitt“ für die Neue Rechte hervorgehoben, vgl. Thomas Asshauer/Hans Sarkowicz, Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1990, S. 129 ff. Zur Bedeutung Schmitts in diesem Zusammenhang vgl. auch Wolfgang Gessenharter, Das Freund-Feind-Denken der Neuen Rechten, in: Christoph Butterwege/Horst Isola (Hrsg.), Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin 1990, S. 57–65.

22 Vgl. Carl Schmitt, Verfassungslehre, Berlin 1970 (zuerst 1928) und ders., Der Hüter der Verfassung, Berlin 1969 (zuerst 1931).

23 Ders., Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 1987, S. 29.

24 Ebd., S. 45.

25 Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin 1985, S. 12 ff. (Zuerst 1923).

26 Vgl. K. Fritzsche (Anm. 18).

27 Vgl. Rainer Eisfeld, Ausgebürgert und doch angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1920–1945, Baden-Baden 1991, insbesondere S. 43 ff.

28 So weist etwa die seinerzeit einflußreiche Demokratiekritik von Johannes Agnoli/Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie, Frankfurt/M. 1968, eine Fülle von Gemeinsamkeiten mit der Schmittschen Parlamentarismus-Kritik auf.

29 Vgl. Interview mit de Benoist in: éléments, (1991) 70, S. 24.

velle École“ die Ideen der rechtsintellektuellen Vorläufer<sup>30</sup>. Ziel ist es, einen umfassenden ideengeschichtlichen und metapolitischen Bezugsrahmen für eine moderne rechte Programmatik zu erarbeiten.

Die Neue Rechte entstand im Verlauf der sechziger Jahre, als junge Intellektuelle gegen die Verkrustungen der alten Rechten und ihre anhaltende Fixierung auf das Algerien-Dilemma de Gaulles aufbegehrten und eine zeitgemäße, moderne, intellektuelle Programmatik verlangten. Benoist und seine Anhänger suchten die Auseinandersetzung mit den Theorien der Neuen Linken. Von Antonio Gramsci übernahmen sie die Vorstellung eines Kulturkampfes, in dem es darum gehe, vor der politischen die kulturelle Hegemonie zu gewinnen. Die Auseinandersetzung mit den Autoren der konservativen Revolution, mit Nietzsche, Pareto und Evola, aber auch zeitgenössischer Verhaltensforschung (Konrad Lorenz, Irenäus Eibl-Eibesfeld) sowie Eugenik und Soziobiologie dient dazu, den vom Christentum, Marxismus und Liberalismus angeblich in der Tradition der Aufklärung herbeigeführten „Egalitarismus“ zu bekämpfen und die Besinnung auf die europäischen Werte vor 1789 voranzutreiben. Gegen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit setzt die Neue Rechte die Bindung an die (Volks-)Gemeinschaft, die natürliche Ungleichheit der Menschen und Rassen sowie den Gedanken sich selbst bildender heroischer Eliten.

Gegen die vorgebliche politische, militärische und kulturelle Hegemonie der USA, die als Endpunkt des liberalkapitalistischen Individualismus betrachtet wird, setzt die Neue Rechte auf die Identität der europäischen Völker, gegen den kapitalistischen Krämergeist den Primat der Politik im Sinne von Carl Schmitt. Demokratie ist demzufolge ein dem Liberalismus folgendes Ordnungsprinzip, das die Neue Rechte ablehnt aufgrund seiner egalitären Basis, seiner kompromißgerichteten Entscheidungsfindung und den verfahrenszentrierten Legitimationsgrundlagen. Hier liegt – neben der unterschiedlichen Beurteilung des Christentums und dem Anti-Amerikanismus der Neuen Rechten – der wohl entscheidende Unterschied zum etablierten westeuropäischen Konservatismus: Während dieser nach 1945 die demokratischen und republikanischen Spielregeln gelernt hat und akzeptiert, bekämpft die Neue Rechte die Demokratie als solche – ganz in der Tradition der Konservativen Revolution. Auch in der Behand-

30 Auf die organisationsgeschichtlichen Hintergründe gehe ich hier nicht ein, vgl. dazu Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke/Klaus Schönekeas, Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Opladen 1990, S. 45 ff. Zu den innerfranzösischen Zusammenhängen vgl. Marielouise Christadler, Die „Nouvelle Droite“ in Frankreich, in: Iring Fetscher (Hrsg.), Neokonservatismus und Neue Rechte, München 1983, S. 163–260 und Wolfgang Kowalsky, Kulturrevolution? Die Neue Rechte im neuen Frankreich und ihre Vorläufer, Opladen 1991.

lung der Menschenrechtsfrage zeigt sich die antidemokratische Stoßrichtung: Sie stellt die „Sache der Völker“, ihre kulturellen Eigenarten und rassischen Besonderheiten über das demokratische Essential der universalistischen Menschenrechte<sup>31</sup>.

Die Neue Rechte in Frankreich ist keineswegs politisch und gesellschaftlich isoliert. Ihr Vordenker Alain de Benoist erhielt 1977 den Essayistenpreis der Academie Française für sein Werk „Vue de droite“ (Aus rechter Sicht)<sup>32</sup>. Im Sommer 1979 sorgte eine Pressekampagne ihrer Gegner für große öffentliche Aufmerksamkeit, nachdem das angesehenere „Figaro-Magazine“ den Autoren der Neuen Rechten Gelegenheit gegeben hatte, dort regelmäßig zu publizieren. Über den „Club de l'horloge“ („Uhren-Klub“) sucht die sich aus der Tagespolitik heraushaltende Neue Rechte auch politischen Einfluß zu gewinnen. Mitbegründer Yvan Blot ist mittlerweile Europa-Abgeordneter des Front National und Berater der deutschen „Republikaner“<sup>33</sup>.

Der Front National und die Neue Rechte praktizieren eine uneingestandene Arbeitsteilung. Obwohl die Neue Rechte offiziell den Front National nicht unterstützt, ist doch ihr Einfluß auf diese Rechtsaußen und die gesamte rechtsextreme Szene spürbar: Sie hat zu einer Modernisierung und Intellektualisierung der Programme beigetragen. Innerhalb der rechtsextremen Publizistik, auch außerhalb Frankreichs, gelten rassistische Aussagen nicht mehr als Produkt autoritärer Vorurteile, sondern als Ergebnis „wissenschaftlicher“ Einsichten. Es ist der Neuen Rechten gelungen, darüber hinaus auch andere Themen und Begründungszusammenhänge aus dem Dunstkreis der Stammtische herauszuholen und auf eine quasi-rationale Argumentationsstufe zu heben. Das Plädoyer zur Besinnung auf das kulturelle Erbe Europas und des Abendlandes ist eine Form des Nationalismus, die ohne dezidierte Fremdenfeindlichkeit auskommt, aber gleichwohl Europa zur Festung gegen die Invasion von Flüchtlingen aus der Dritten Welt erklärt. Der Begriff „Ethnopluralismus“ behauptet die anthropologisch angeblich erwiesene Homogenität der Völker und die Unverantwortlichkeit der ethnischen „melting pots“, wie etwa in den USA, ohne auf plumpe ausländerfeindliche Parolen zurückgreifen zu müssen.

31 Vgl. F. Greß/H.-G. Jaschke/K. Schönekeas (Anm. 30), S. 61 ff.

32 Vgl. in deutscher Übersetzung: Aus rechter Sicht (2 Bde.), Tübingen 1983/84.

33 Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn 1990, S. 33 ff. Zum Front National: Roland Höhne, Die Renaissance des Rechtsextremismus in Frankreich, in: Politische Vierteljahresschrift, (1990), S. 79–96.

## V. Die Neue Rechte in der Bundesrepublik

Die französische Neue Rechte hat inzwischen Ableger hervorgebracht in Belgien, Italien, Spanien und anderswo<sup>34</sup>. In der Bundesrepublik ist sie von zwei Seiten bereitwillig aufgenommen worden: Im Umfeld der von CDU/CSU enttäuschten Konservativen und bei jenen Richtungen weiter rechts, die im NS-fixierten Denken der alten Rechten keine Zukunft sehen. Strenggenommen gibt es in der Bundesrepublik keine einheitliche „neue Rechte“, sondern, wie es Wolfgang Gessenharter formuliert hat, „sowohl vom Ideenpotential als auch organisatorisch eine Gruppierung zwischen dem deutschen Konservatismus und dem deutschen Rechtsextremismus, die eine Scharnierfunktion, also Verbindung und Begrenzung gleichermaßen, zwischen beiden bildet“<sup>35</sup>.

Das Fortleben von Ideen der „Konservativen Revolution“ hierzulande unterscheidet sich von Frankreich vor allem durch eine kaum mehr überschaubare organisatorische und auch weltanschauliche Zersplitterung<sup>36</sup>. Konservative Vordenker wie der Erlanger Historiker Hellmut Diwald, der ehemalige Ernst-Jünger-Sekretär Armin Mohler, der Osnabrücker Soziologe Robert Hepp, der Stuttgarter Sozialphilosoph Günter Rohrmoser oder der jüngst verstorbene Bochumer Politologe Bernard Willms und andere, weniger bekannte Publizisten, haben bei aller Individualität und Rivalität mit ihrem akademischen Anhang in Zeitschriften und bei Kongressen die Botschaften der „neuen Rechten“ mit unterschiedlicher Akzentuierung propagiert und auch eine jüngere Generation des konservativ-nationalistischen Spektrums beeindruckt können: Zwischen dem rechten Unionsrand und den Vertriebenenverbänden, zwischen den „Republikanern“ und den rechten „Denkfabriken der Wende“<sup>37</sup>, zwischen der vormals rechtsextremen und mittlerweile zur christlich-konservativen Seite gewechselten Zeitschrift „Mut“<sup>38</sup> und der Tageszeitung „Die Welt“ ist ihr Einfluß spürbar. Die seinerzeit von Gerd-Klaus Kaltenbrunner herausgegebene Buchreihe „Her-

berühmte Initiative“ wie auch kleinere, weniger bekannte Zeitschriften für ein überwiegend akademisches Publikum (Nation Europa, Elemente) leben vom Geist der „Konservativen Revolution“. Im Angebot sind unter anderem politisch-philosophische Begründungen der „Nation“ als zentraler Kategorie eines Volkes (Willms), Forderungen nach „geistig-politischer Wende“ (Rohrmoser) und Beendigung der zerstörerischen „Vergangenheitsbewältigung“ (Mohler), das Herunterspielen der deutschen Kriegsschuld (Diwald), Plädoyers für die rassische Reinheit der Deutschen (Hepp) und neue Eliten (Kaltenbrunner). Strömungen der „neuen Rechten“ waren in den Gründungsprozeß der Partei „Die Grünen“ und ihrer Vorläufer ebenso involviert wie bei der Programmentwicklung der „Republikaner“<sup>39</sup>.

Was vor zehn Jahren noch als politische Skurrilität hätte bezeichnet werden können, beginnt heute vor dem Hintergrund offen aufbrechender Fremdenfeindlichkeit aus dem Schatten von Randzirkeln herauszutreten: „Wissenschaftliche“ Begründungen der Fremdenfeindlichkeit, vorgetragen nicht von sozialen Außenseitern oder Randbereichen jugendlicher Subkulturen, sondern von honorigen Hochschullehrern. Im Juni 1981 erschien das von elf deutschen Universitätsprofessoren unterzeichnete „Heidelberger Manifest“<sup>40</sup>. Dort ist von der „Unterwanderung“ des deutschen Volkes durch Ausländer die Rede, von der Überfremdung des „Volkstums“ und der Notwendigkeit, den europäischen „Organismus aus erhaltenswerten Völkern“ frei von Ausländern zu halten. Dieses Dokument eines neuen akademischen Rassismus beginnt, so scheint es, Früchte zu tragen. Was heute im Ergebnis „Hoyerswerda ist ausländerfrei“ militant kulminiert, wird in Kreisen der „neuen Rechten“ schon länger vorgedacht, „wissenschaftlich“ bewiesen und in Randzonen konservativ-nationalistischer Öffentlichkeit gehandelt. Was hier mit Parolen („Ausländer raus“) zum Ausdruck kommt, findet dort als feinsinnige Sprachschöpfung sich wieder: „Ethnopluralismus“ steht als Sammelbegriff für die Trennung der Ethnien. So unterschiedlich die Methoden, so ähnlich sind doch die Ziele: Das rassistisch reine, das kulturell homogene Deutschland soll es sein, von keiner „Vergangenheitsbewältigung“ in seiner machtsstaatlichen Fülle getrübt, nach innen homogen, nach außen als starke europäische Zentralmacht.

34 Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Wölfe im Schafspelz? Der europäische Rechtsradikalismus bemüht sich um ein intellektuelles Profil, in: Die Zeit, Nr. 3 vom 10. Januar 1986, S. 10.

35 Wolfgang Gessenharter, Die „Neue Rechte“ als Scharnier zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in: Gegen Barbarei. Essays Robert M.W. Kempner zu Ehren, hrsg. von Rainer Eisfeld und Ingo Müller, Frankfurt/M. 1989, S. 424–452.

36 Vgl. F. Greß/H.-G. Jaschke/K. Schönekas (Anm. 30), S. 218–349.

37 Vgl. Claus Leggewie, Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin 1987. Vgl. dort auch die Bemerkungen zu Rohrmoser (S. 49 ff.) und Mohler (S. 187 ff.). Zu Willms vgl. W. Gessenharter (Anm. 35), S. 439 f.

38 Vgl. W. Gessenharter (Anm. 35), S. 435 ff.

39 Für die Geschichte der Grünen vgl. Lilian Klotzsch/Richard Stöss, „Die Grünen“, in: Parteien-Handbuch Bd. 2, hrsg. von Richard Stöss, Opladen 1984, S. 1509–1598. Zum ökologischen Denken in Kreisen der „neuen Rechten“ vgl. Thomas Jahn/Peter Wehling, Ökologie von rechts, Frankfurt–New York 1991. Zu Einflüssen auf die „Republikaner“-Programmatik vgl. H.-G. Jaschke, Die „Republikaner“ (Anm. 33), S. 27 ff.

40 Als Veröffentlichung des „Thule-Seminars“, des Stathalters der französischen Neuen Rechten in der Bundesrepublik. Das Manifest ist nachgedruckt in: Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Bd. 2, Opladen 1984, S. 302.



Eine beachtenswerte Sonderrolle im weiten Umfeld der Neuen Rechten spielen linksnationalistisch-antikapitalistische Strömungen in der nationalrevolutionären Tradition eines Ernst Niekisch oder Otto Strasser. Die „linken Leute von rechts“ sammeln sich heute um das Koblenzer Magazin „wir selbst“ und ihren Vordenker Henning Eichberg. Sein Konzept des „Ethnopluralismus“ richtet sich gegen universalistische politische Philosophien und besteht auf der unaufhebbaren Differenz der Menschen, Kulturen und Traditionen. Demnach sind „nationale Identität“ in kleinen, ethnisch homogenen Einheiten und Entfremdung in der universalistischen, kapitalistischen und multikulturellen Einheitswelt die Alternativen unserer Zeit<sup>41</sup>. Eichberg sieht in Strategien des „Befreiungsnationalismus“ von unten die einzige Chance der Völker, sich aus der Knechtschaft des Imperialismus zu emanzipieren und ihre kulturelle Identität zu bewahren. Die Sonderstellung dieser auch in das Spektrum der grünen Bewegungen hineinreichenden Strömung besteht darin, daß hier Nationalismus von unten her gedacht wird, nicht vom Staat, sondern von den europäischen Völkern her.

Fragen wir – bei allen Unterschieden – nach dem Gemeinsamen, dem Verbindenden des neu-rechten Spektrums, so muß auf die Besonderheiten der deutschen Entwicklung hingewiesen werden. Der Anti-Liberalismus der sehr heterogenen deutschen „neuen Rechten“ bezieht sich immer wieder auf die zwölf Jahre sozialliberaler Koalition (1969–1981), deren vermeintlich verhängnisvolle und geistig nachwirkende Folgen es zu überwinden gelte. Aufgrund des Ost-West-Konflikts ist der Antikommunismus eine im Vergleich zur Weimarer Rechten weitaus stärker ausgeprägte Denkfigur und schließlich ist, anders als etwa bei der französischen Nouvelle Droite, der Geschichtsrevisio-nismus eine bedeutende Grundhaltung: Es gelte, endlich mit der „Vergangenheitsbewältigung“ Schluß zu machen, der unterstellt wird, sie habe zur Knechtung des deutschen Volkes beigetragen und durch „Umerziehung“ die Geister vernebelt.

---

## VI. Wider das antidemokratische Denken

---

1932 notiert Edgar Julius Jung mit Genugtuung und nicht ohne Pathos, die Gedanken der „Konservativen Revolution“ seien in den Jahren 1919 bis 1927 „fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit von einzelnen Kreisen und schöpferischen Men-

41 Vgl. Henning Eichberg, Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, München-Wien 1978; ders., Abkoppelung – Nachdenken über die neue deutsche Frage, Koblenz 1987. Kritisch zu diesen Konzepten: P. Glotz, Die deutsche Rechte (Anm. 3), S. 137 ff.

schen geformt und gegen den Widerstand einer hohnlachenden Umwelt durchgefochten worden ... Die geistigen Voraussetzungen für die deutsche Revolution wurden außerhalb des Nationalsozialismus geschaffen.“<sup>42</sup> Wenn sich die Geschichte nicht wiederholt, so sollte auch die Mißachtung und Ignoranz der Weimarer demokratischen Öffentlichkeit gegenüber Jung und seinen Anhängern sich nicht wiederholen<sup>43</sup>.

Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik ist bislang ein Phänomen sich elitär verstehender politisch-intellektueller Zirkel und Kleingruppen. Sie blüht eher im Verborgenen, abseits des politischen Getriebes. Aufmerksamkeit verdient sie im Hinblick auf eine poröser werdende allgemeine Bindung an demokratische Normen und Verfahren. Das „Ende der Ideologien“, die geringe Attraktivität der „ismen“, das Mißtrauen in die politische Klasse und die Suche nach künftigen Orientierungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eröffnen freilich eine geistige tabula rasa, auf der auch, so scheint es, antidemokratische Ideen von rechts Platz finden könnten.

Die bisherigen Bezüge im politischen Denken auf Carl Schmitt, Ernst Jünger und andere Konservative waren immer partikulär, rudimentär, bedienten sich eines geistigen Steinbruchs, der aufgrund seiner Nähe zum Nationalsozialismus als solcher verpönt war. Hier setzt die Neue Rechte an: Sie versucht, am weitesten in Frankreich, aus dem geistesgeschichtlichen Erbe der „Konservativen Revolution“ eine in sich geschlossene rechte politische Theorie zu entwickeln – gegen Liberalismus und Demokratie, für den starken Staat und für eine Festung Europa.

Kern einer solchen Theorie ist der Begriff der „Gemeinschaft“, den es, so die Neue Rechte, gegen die „Gesellschaft“ vorzubringen gelte. Das Wiederaufleben von Ideen der „Konservativen Revolution“ ist eine offenbar breiter werdende elitär-intellektuelle Ausdrucksform des Protests gegen Verwerfungen der modernen Gesellschaft. Die Vision eines ethnisch und kulturell homogenen, organisch gegliederten Volkes im starken, den Volkswillen verkörpernden Staat und, umgekehrt, die Konzeption eines „Befreiungsnationalismus“ von unten werden ausgespielt gegen die Vorstellung einer pluralistischen, individualistischen, sich in Interessen-Kämpfen aufzehrenden, nach innen und außen offenen Gesellschaft.

Die Realisierung dieser Vision kann, darauf wäre nachhaltig zu bestehen, nur um den Preis der Demokratie, der Toleranz und der Liberalität erkaufte werden. Die geistige Herausforderung der Neuen Rechten liegt darin, daß das Verhältnis von Ge-

42 Deutsche Rundschau, Juni 1932, S. 158, zit. nach K. Sontheimer (Anm. 2), S. 35.

43 Zu den intellektuellen Richtungen in der Zwischenkriegszeit vgl. Norbert R. Schürgers, Politische Philosophie in der Weimarer Republik, Stuttgart 1989.

meinschaft und Gesellschaft angesichts vielfältiger Erosionsprozesse neu zu bestimmen wäre. Was „Gemeinschaft“, Solidarität, Miteinander in der Demokratie und in der Gesellschaft heute und künftig bedeuten können, das bedarf in der

Tat einer längerfristigen und intensiveren Klärung. Die Neue Rechte sollte weder überschätzt noch unterschätzt werden. Sie sollte als Warnsignal und als Herausforderung zugleich verstanden werden.

# Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern

Die brutalen Gewaltaktionen rechtsextremer Randalierer gegen Asylbewerber und Ausländer sowie das aggressive und martialische Auftreten von Neonationalsozialisten und Skinheads in den neuen Bundesländern haben ein Thema in die Schlagzeilen gebracht, dem lange Zeit hinsichtlich seiner politischen Bedeutung nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Gemeint sind die rechtsextremen Tendenzen im Osten Deutschlands. Offensichtlich werden entsprechende Entwicklungen von Parteien, Politikern und Öffentlichkeit immer noch primär über Wahlergebnisse wahrgenommen. Von daher schien es so, als ob Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern keine Chance hätte, lagen doch die Ergebnisse der zu diesem politischen Spektrum gehörenden Parteien bei den Bundestagswahlen 1990 in allen fünf neuen Bundesländern unter zwei Prozent und damit auch unter den Resultaten in den alten Bundesländern<sup>1</sup>. Um so überraschter sieht man sich den gegenwärtigen rechtsextremen Tendenzen in der ehemaligen DDR gegenüber, dabei waren derartige Entwicklungen durchaus voraussehbar<sup>2</sup>.

Mit einer sich oberflächlich an der Wahlentscheidung orientierenden Wahrnehmung wird man ein so komplexes Phänomen wie den Rechtsextremismus nicht erfassen können. Deshalb werden hier zunächst einige methodische Vorbemerkungen vorausgeschickt, die nicht nur die folgende Darstellung und Analyse begleiten, sondern sich grundsätzlich als Kriterien zur Untersuchung des Rechtsextremismus verstehen. Manches mag dabei als selbstverständlich erscheinen, ist es aber, betrachtet man die Auseinandersetzung mit diesem Phänomen in Öffentlichkeit und Wissenschaft<sup>3</sup>, keineswegs.

## I. Methodische Vorbemerkungen

Rechtsextremismus kann als eine Sammelbezeichnung für antidemokratische Auffassungen und Bestrebungen mit traditionell politisch rechts ein-

zuordnenden Ideologieelementen bezeichnet werden. Zu letzteren gehören u. a. ein die „Nation“ als höchsten Wert ansehender Nationalismus, eine autoritäre Politikvorstellung, die den Staat über die Gesellschaft stellt, eine antipluralistische „Volksgemeinschafts“-Vorstellung, die die gesellschaftliche Homogenität und die Identität von Volk und Regierung fordert sowie eine Ideologie der Ungleichheit, verbunden mit Abwertung und Ausgrenzung der nicht zur Eigengruppe gehörenden Menschen. Nationalsozialismus bzw. Neonationalsozialismus ist eine, aber keineswegs die einzige Form des Rechtsextremismus. Insofern kann auch nicht jeder Rechtsextremist als (Neo-)Nationalist bezeichnet werden; es gibt auch andere Formen, etwa die eines „Deutsch-Nationalismus“ oder der „Konservativen Revolution“ im Sinne der „Neuen Rechten“. Entsprechende Unterscheidungen sind nicht nur um einer differenzierten Betrachtung willen notwendig, sondern auch, um Diffamierungs- wie Verharmlosungstendenzen zu entgehen. Bei der Definition von Rechtsextremismus orientiert sich auch die Fachliteratur immer noch zu stark an der nationalsozialistischen Ideologie<sup>4</sup> und berücksichtigt dabei nicht genügend die vielfältigen Formen von Rechtsextremismus.

Differenziert betrachtet werden müssen auch die Ebenen rechtsextremer Einstellungen. Von Rechtsextremismus sollte nicht nur gesprochen werden, wenn eine politisch-programmatische Ideologie im Sinne der oben genannten Elemente, etwa als geschlossenes Weltbild, vorhanden ist. Vielmehr müssen dem auch entsprechend ausgeglichene diffuse Stimmungen, emotionale Relikte und Konstrukte des alltäglichen Lebens zugeordnet werden. Hier sollte man statt vor einer rechtsextremen Ideologie besser von rechtsextremen Orientierungen reden<sup>5</sup>. Das niedrige theoretische Niveau entsprechender Positionen und Einstellungen darf dabei keinen Anlaß geben, hier nicht von Rechtsextremismus zu sprechen.

Darüber hinaus muß eine politikwissenschaftliche Analyse die verschiedenen Bereiche, in denen sich Rechtsextremismus artikuliert, beachten: Erstens bedarf es dazu einer kritischen Untersuchung von rechtsextremen Parteien; einerseits hinsichtlich ih-

1 Vgl. die Zusammenstellung: Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Ergebnisse rechtsextremer und rechtskonservativer Parteien. Dokumentation, in: Blick nach Rechts, Nr. 25 vom 3. 12. 1990, S. 2-4.

2 Vgl. Armin Pfahl-Traugber, Rechtsextreme Tendenzen in der ehemaligen DDR, in: Liberal, 33 (1991) 1, S. 71-79.

3 Über den bisherigen Forschungsstand informieren Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1989, Bd. 1: Literatur, S. 63-144.

4 Vgl. Richard Stöss, Die „Republikaner“. Woher sie kommen? Was sie wollen? Wer sie wählt? Was zu tun ist?, Köln 1990, S. 81f. Differenzierter argumentiert er in einer neueren Veröffentlichung, vgl. ders., Wieviel Rechtsextremismus darf's denn sein?, in: Ideen (1991) 4, S. 7-10.

5 Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim-München 1989<sup>3</sup>, S. 23-30.

rer politischen und organisatorischen Entwicklung, andererseits hinsichtlich ihrer Wahlergebnisse. Auf einer zweiten Ebene sollten rechtsextreme Gruppierungen, Organisationen und Publikationen beachtet und analysiert werden, und zwar hinsichtlich ihrer internen Entwicklung, aber auch bezogen auf ihre Außenwirkung. Drittens verdienen gesellschaftliche Gruppen Beachtung, die zunächst eher unpolitisch wirken, aber mit ihrem Auftreten eine Subkultur bilden, die für rechtsextreme Tendenzen empfänglich ist. Auf einer vierten Ebene bedarf es der Einschätzung des rechtsextremen Wähler- und Einstellungspotentials, wobei klar sein muß, daß beides nicht miteinander identisch ist. Es kann durchaus eine Situation geben, in der das rechtsextreme Einstellungspotential nicht entsprechende Parteien wählt, etwa weil es als Wählerpotential anderer Parteien integriert wurde oder weil sich keine attraktive rechtsextreme Partei für dieses Einstellungspotential findet.

---

## II. Rechtsextreme Parteien

---

Entsprechend dieser hier skizzierten Bereiche des Rechtsextremismus sollen nun die diesbezüglichen Tendenzen in den neuen Bundesländern untersucht werden, begonnen wird dabei mit dem parteiförmig organisierten Rechtsextremismus.

Nach der Öffnung der Grenzen im November 1989 wurden die bundesdeutschen rechtsextremen Parteien auf dem Boden der damaligen DDR aktiv<sup>6</sup>, und zwar einerseits durch Verbreitung von Propagandamaterial und andererseits, um dort eigene Parteistrukturen aufzubauen. Dominierende Kraft hierbei waren die „Republikaner“ (REP)<sup>7</sup>. Junge Aktivisten transportierten im Dezember 1989 Propagandamaterial nach Leipzig und Ost-Berlin, wo es ohne große Behinderung bei Demonstrationen verteilt wurde. Folgt man einem internen Bericht, so fand das Material

6 Vgl. Aktivitäten von Rechtsextremisten nach den Veränderungen in der DDR, in: Innere Sicherheit, Nr. 1 vom 23. 3. 1990, S. 10–12.

7 Im Unterschied zur offiziellen Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (die Partei wird im Verfassungsschutzbericht 1990, Bonn 1991, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, nicht genannt; vgl. aber auch die Pressemeldung: Republikaner werden jetzt als Verfassungsfeinde eingeschätzt. Vertraulicher Bericht des Verfassungsschutzes bekannt geworden, in: Der Tagesspiegel vom 24. 1. 1990) hält der Autor die REP durchaus für rechtsextremistisch. Selbst wenn man diese Auffassung nicht teilt, empfiehlt es sich aufgrund der Attraktivität der Partei für Rechtsextremisten, diese in eine Betrachtung wie die vorliegende einzubeziehen und sie zumindest als Gradmesser zu beobachten. Vgl. allgemein Peter Ködderitzsch, Republikaner in der ehemaligen DDR, in: Christoph Butterwegge/Horst Isola (Hrsg.), Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bremen 1990, S. 82–87.

schnell Verbreitung und wurde positiv aufgenommen<sup>8</sup>. Allerdings werteten die REP-Funktionäre hier die Neugier und das Informationsbedürfnis der DDR-Bürger in verzerrter Sicht leichtfertig als allgemeine Zustimmung<sup>9</sup>. Auch sonst wurden die sich nun bietenden politischen Möglichkeiten überschätzt, etwa wenn auf dem Rosenheimer Parteitag der REP Mitte Januar 1990 davon ausgegangen wurde, daß 20–30 Prozent die Partei in der DDR wählen würden<sup>10</sup>.

Indessen kamen die REP organisatorisch kaum voran, nur langsam entstanden Landes-, Kreis- und Ortsverbände. Oft erwiesen sich örtliche Parteifunktionäre als unfähig, entsprechende Strukturen aufzubauen, oder es vertraten Parteisprecher offen neonationalsozialistische Parolen<sup>11</sup>, was der taktischen Linie der REP widersprach. Zwischen Februar und August 1990 wurde der Partei sogar aufgrund eines Beschlusses der Volkskammer legale Tätigkeit und Wahlbeteiligung verboten. Bei den Landtags- und Bundestagswahlen des Jahres erreichten die REP in Ostdeutschland lediglich zwischen 0,6 und 1,2 bzw. zwischen 1,0 und 1,7 Prozent der Stimmen. Zwischenzeitlich ging es mit dem organisatorischen Aufbau voran, es entstanden in allen Ländern eigene Landesverbände, und die Mitgliederzahl stieg nach eigenen Angaben (Juni 1991) auf gut 3 500 an<sup>12</sup>. Einer der führenden sächsischen Aktivisten gab bereits 1990 an, die Mehrzahl der Neumitglieder sei jugendlichen Alters und stamme aus Arbeiter- und Handwerksberufen<sup>13</sup>. Auffällig ist eine jüngst zu beobachtende Annäherung an das rechtsextreme Skinhead-Potential: Während der Parteivorsitzende Franz Schönhuber noch im Juli 1991 in Leipzig von „Irren“ sprach und die Polizei dazu aufrief, diese zu entfernen, nahm er sie im September des Jahres in Neubrandenburg vor Vorwürfen in Schutz und setzte sich dafür ein,

8 Bericht des Landeswahlkampfleiters Bayern, Reinhard Rade, über die Aktivitäten der „Republikaner“ in Leipzig, München vom 12. 1. 1990. Kopie wie alle anderen genannten unveröffentlichten Materialien im Privatarchiv des Autors.

9 Vgl. ARD-Fernsehbericht: Republikaner in der DDR, in: Panorama vom 23. 1. 1990.

10 So die Einschätzung des damaligen Sprechers der DDR-REP, Hans Rudolf Gutbrodt, zit. in: Bartholomäus Grill, „Wir sind die Bewegung“. Schönhubers Republikaner wollen die DDR erobern, in: Die Zeit vom 19. 1. 1990.

11 Vgl. „Ich bin stolz, ein Rep zu sein.“ Interview mit Jens Sárközi aus Leipzig, in: Junge Welt vom 31. 1. 1990, und Giovanni di Lorenzo, Der alte Geist in jungen Köpfen. Warum die Parolen der Republikaner und der NPD in anderen Teil Deutschlands besonders bei jüngeren Menschen so großen Anklang finden, in: Süddeutsche Zeitung vom 5. 2. 1990.

12 REP-Bundesgeschäftsführer Paul Tomaschewski laut dem Bericht „Die schlagen schneller zu“. In den neuen Bundesländern haben gewalttätige Neonazi-Gruppen massenhaft Zulauf, in: Der Spiegel, Nr. 22 vom 27. 5. 1991, S. 85.

13 Interview mit Steffen Ruckdäschel, in: Peter Ködderitzsch/Leo A. Müller, Rechtsextremismus in der DDR, Göttingen 1990, S. 57.

daß sie bei einer Kundgebung in den Saal gelassen wurden<sup>14</sup>.

Neben den REP wurde vor allem die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) in der ehemaligen DDR aktiv. Auch sie nutzte die Situation nach der Maueröffnung aus und verbreitete an den Grenzübergängen und auf den Leipziger Montagsdemonstrationen Aufkleber, Klein-Broschüren, Flugblätter und anderes Propagandamaterial. Hinsichtlich des organisatorischen Aufbaus bemühte sich die NPD um Kontakte zur ehemaligen Blockpartei „National-Demokratische Partei Deutschlands“ (NDPD). Eine erhoffte Zusammenarbeit oder gar Einigung kam allerdings nicht zustande<sup>15</sup>, so daß man sich von seiten der NPD zu einer Neugründung entschloß. Im Januar 1990 wurden in Leipzig die „Mitteldeutschen Nationaldemokraten“ (MND) gegründet<sup>16</sup>, die sich kurz vor der Wahlregistrierung im August in NPD umbenannten und sich Anfang Oktober 1990 mit der NPD der bisherigen Bundesrepublik zusammenschlossen<sup>17</sup>. Bei den Landtags- und den Bundestagswahlen 1990 erreichte man im Osten Deutschlands lediglich Ergebnisse zwischen 0,13 und 0,7 Prozent der Stimmen. Landesverbände bestehen zwischenzeitlich in allen neuen Bundesländern. Die Mitgliederzahl wird von der Partei selbst (September 1991) mit 2 800 angegeben. Vor allem Arbeiter, Studenten und Schüler stellten die soziale Basis der Partei, während der Anteil der Angestellten und Bauern gering sei. Das Durchschnittsalter der NPD-Mitglieder betrage ca. 23 Jahre<sup>18</sup>.

Im Gegensatz zu den REP und der NPD nahm die „Deutsche Volksunion“ (DVU) in den neuen Bundesländern an den Wahlen nicht teil und trat auch sonst nicht in Erscheinung. Erst im März 1991 entstand ein Landesverband Berlin-Brandenburg und im Juni ein Landesverband Thüringen. Genauere Zahlen zur Mitgliederentwicklung liegen nicht vor. Für Sachsen, wo im Sommer des Jahres ein Landesverband gegründet werden sollte, gab man über 1 000 Mitglieder an<sup>19</sup>, eine sicherlich stark übertriebene Zahl, vergleicht man die Mitgliederzahlen der REP und der NPD und berücksichtigt man die bislang geringe Aktivität der DVU in den neuen Ländern<sup>20</sup>. Neben den genannten waren auch an-

dere rechtsextreme Parteien in der ehemaligen DDR aktiv, so etwa die „Freiheitliche Arbeiter Partei“ (FAP) oder die „Patrioten für Deutschland“, allerdings ohne propagandistisch oder organisatorisch besonders aufzufallen.

Allgemein kann gesagt werden, daß sich der Aufbau der rechtsextremen Parteien in Ostdeutschland nur langsam vollzog, sie funktional und personell nur mäßig ausgestattet sind und die organisatorische Schwäche größer als in den alten Bundesländern eingeschätzt werden muß. Erst in letzter Zeit machte man Fortschritte beim Aufbau von Landes- und Kreisverbänden, was in den Medien indessen nur wenig Beachtung fand.

---

### III. Neonationalsozialistische Gruppierungen

---

Neben den genannten rechtsextremen Parteien wurden insbesondere neonationalsozialistische Gruppierungen nach Öffnung der Grenzen in der damaligen DDR tätig. Hierzu gehörten vor allem die „Nationale Alternative“ (NA) und die „Deutsche Alternative“ (DA)<sup>21</sup>, Organisationen, die auf Initiative des inzwischen verstorbenen Michael Kühnen gegründet worden waren<sup>22</sup>.

Die Anfang 1990 in Ost-Berlin gegründete NA<sup>23</sup> bediente sich bei ihren ersten Aktivitäten bemerkenswerterweise bisher nur aus der politischen Linken bekannter Aktionsformen wie Hausbesetzungen und die Gründung von Sanierungsinitiativen. Die genutzten Häuser, insbesondere das in der Weitlingstraße 122 in Ost-Berlin<sup>24</sup>, wurden zu einem Aktions- und Organisationszentrum ausgebaut, in dem eine Reihe von prominenten Wortführern der neonationalsozialistischen Szene Schulungen durchführten und Anweisungen für die politische Arbeit gaben. Strategisch und konzeptionell wollte die NA zweigleisig vorgehen: Offiziell gab man sich moderat, um so die Registrierung als legale Partei zu erreichen, inoffiziell ging man mit Gewalt gegen Ausländer und linke Einrichtungen vor und führte Demonstrationen und Feiern zu Hitlers Geburtstag durch. Aufgrund die-

14 Vgl. Franz Schönhuber wird rechts überholt; in: Die Tageszeitung vom 22. 7. 1991, Skinhead-Parteitag mit Schönhuber, in: ebd. vom 30. 9. 1991, „Republikaner“ entdecken ihr Herz für Skins, in: ebd. vom 12. 11. 1991.

15 Vgl. die Meldung in: Nation Europa, Nr. 1 vom Januar 1990, S. 52.

16 Vgl. die Meldung in: Nation Europa, Nr. 2 vom Februar 1990, S. 70.

17 Vgl. die Meldung in: Nation Europa, Nr. 10 vom Oktober 1990, S. 46.

18 Mitteilung des Parteivorstandes der NPD an den Verfasser vom 3. 9. 1991.

19 Vgl. Lügen haben kurze Beine, in: Deutsche Nationalzeitung vom 28. 6. 1991.

20 Vgl. Rechtsextremismus in den neuen Ländern, in: Innere Sicherheit, Nr. 4 vom 17. 9. 1991, S. 9.

21 Vgl. Bernd Siegler, Auferstanden aus Ruinen. Rechts-Extremismus in der DDR, Berlin 1991, S. 45–60; „Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen.“ Deutsch-Deutsche Neonazis proben die Einheitsfront, in: Die Andere vom 29. 8. 1990.

22 Vgl. dazu die entsprechenden Angaben in Armin Pfahl-Traugber, Das Verbot der „Nationalen Sammlung“, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus & Demokratie 2/90, Bonn 1990, S. 218–227.

23 Vgl. Weitlingstraße 122. Zentrum der „Nationalen Alternative“, in: Antifaschistisches Info, Nr. 12 vom September/Oktober 1990, S. 14–17; Die „Nationale Alternative“, in: ebd. S. 18–20.

24 Vgl. Hans Duisberg, Eine Festung der Gewalt, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 20. 7. 1990.

der Vorkommnisse durchsuchte die Polizei die Häuser, beschlagnahmte diverse Propagandamaterial und verhaftete zeitweise den gesamten NAVorstand. Fast das ganze Jahr 1990 über blieben die Aktivisten indessen in den Häusern wohnen, erst im November wurden sie zum Auszug aufgefordert. Daraufhin kam es zu Protestdemonstrationen, auf denen Parolen wie „Rotfront verrecke“ und „Ausländer raus“ skandiert wurden<sup>25</sup>. Nach längeren Auseinandersetzungen mit den zuständigen Behörden gaben die Neonationalsozialisten die Häuser dann freiwillig auf; einige der Aktivisten verlagerten daraufhin ihre Tätigkeit nach Dresden.

Die DA<sup>26</sup> wurde bereits Anfang Mai 1989 von Kühnen-Anhängern in Bremen gegründet. Sie bot die Grundlage, um organisatorisch im östlichen Teil Deutschlands wirken zu können und ist personell weitgehend mit der NA identisch. Die parallele Existenz beider Organisationen gehörte zu Kühnens Verwirrspiel mit verschiedenen Organisationsnamen, das dazu dient, für Verbotsfälle möglichst schnell eine entsprechende Nachfolgeorganisation parat zu haben. Bereits im Dezember 1989 entstanden erste Ortsverbände in Dresden und Cottbus, und im März 1990 wurde in West-Berlin eine „DA-Ost“ gegründet. Anfang Juli versammelten sich ca. 120 Neonationalsozialisten zu einem Parteitag in Cottbus, bei dem sich Kühnen medienwirksam von einer Polizeieinheit verhaften ließ<sup>27</sup>. Im Juli traf er sich mit dem Gründer der US-amerikanischen NSDAP-Aufbauorganisation Gary R. Lauck in Ost-Berlin, wo beide für eine „legale Neugründung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ und die „Gründung eines vierten Reiches“ eintraten<sup>28</sup>. Einen anderen medienwirksamen Auftritt hatte Kühnen im Oktober 1990 in Dresden, wo ein Aufmarsch von 300 Neonationalsozialisten unter seiner Führung stattfand<sup>29</sup>.

Insgesamt verlagerten sich die Aktivitäten seit dem Herbst 1990 von Ost-Berlin weg in andere Regionen, insbesondere in den Raum Dresden/Cottbus, wo zwischenzeitlich für die Neonationalsozialisten ein besseres Arbeitsfeld entstanden war. Mit dieser örtlichen Verlagerung von Aktivitäten nahm auch die Bedeutung der NA zugunsten der DA im neonationalsozialistischen Spek-

trum ab, letztere war nun die dominierende Kraft und begann von Dresden aus, der „Hauptstadt der Bewegung“<sup>30</sup>, flächendeckend in den neuen Bundesländern zu agieren<sup>31</sup>. Zu diesem Zweck gründete die DA weitere Organisationen wie „Jungsturm“, „Verband der Sächsischen Wehrwölfe“, „Schutzstaffel Ost“ oder „Nationaler Widerstand Deutschlands“, die sich aus neonationalsozialistisch orientierten Skinheads zusammensetzten und insbesondere durch Gewaltaktionen gegen Ausländer und linke Einrichtungen auffielen<sup>32</sup>. Organisatorisch kam es im ostdeutschen Neonationalsozialismus nach dem Tod von Michael Kühnen und Rainer Sonntag<sup>33</sup> zu heftigen Auseinandersetzungen um Führungspositionen und teilweise auch zu Spaltungstendenzen, wie etwa die Gründung einer „Sächsischen Nationalen Liste“ Ende August 1991<sup>34</sup> vermuten läßt. Trotz dieser Krisentendenzen waren die Aktivisten weiterhin tätig, so auch als Provokateure bei den Ausschreitungen in Hoyerswerda im September<sup>35</sup>.

Der Verfassungsschutz schätzte im Juni 1991 das neonationalsozialistische Potential auf mehr als 1500 Personen, mit großer Wahrscheinlichkeit sogar um „ein Vielfaches, und zwar mit zunehmender Tendenz“. Das „militante rechtsextremistische Sympathisantenfeld“ werde auf 15000 Personen geschätzt<sup>36</sup>. Bernd Wagner, Leiter der Staatsschutzabteilung im Gemeinsamen Landeskriminalamt der fünf neuen Bundesländer, bestätigte diese Zahlen und sprach im Oktober 1991 davon, daß im Osten ein „rechtsextremes Potential von 10000 bis 15000 Mann zur Verfügung“ stünde<sup>37</sup>.

30 Vgl. Harald Biskup, Dresden – Die „Hauptstadt“ der rechten Bewegung?, in: Allgemeine jüdische Wochenzeitung vom 27. 6. 1991.

31 Vgl. B. Siegler (Anm. 22), S. 27–44.

32 Vgl. dazu stellvertretend für zahlreiche Presseberichte: Nini Accra, Der gewaltsame Tod des Angolaners Antonio Amadeu, in: Die Tageszeitung vom 25. 1. 1991; Susanne Horertrich, Schlägertrupp überfiel sächsisches Wohnheim für Asylsuchende, in: Frankfurter Rundschau vom 2. 3. 1991; Feiernde Homosexuelle von Neonazis in Mahlsdorf überfallen, in: Der Tagesspiegel vom 28. 5. 1991; Gewalt gegen Ausländer in Sachsen. Ausländerhutz vor großem Publikum, in: Die Tageszeitung vom 23. 9. 1991.

33 Vgl. Wer war Rainer Sonntag?, in: Die Andere vom 26. 6. 1991.

34 Vgl. Rechtes Sammelbecken gegründet, in: Die Tageszeitung vom 3. 9. 1991.

35 Mitteilung des Ost-Berliner Rechtsextremismus-Experten Norbert Madloch vom 11. 10. 1991 an den Autor.

36 Angaben zitiert nach dem Pressebericht: Kanzler empört über Auftreten von Neo-Nazis im Osten, in: Der Tagesspiegel vom 25. 6. 1991.

37 Angaben zitiert nach dem Bericht „Damit macht er dich kalt.“ Wie rechtsextreme Jugendbanden Ausländer und Deutsche terrorisieren, in: Der Spiegel, Nr. 42 vom 14. 10. 1991, S. 37.

25 Vgl. Burkhard Schröder, Neonazis müssen räumen, in: Die Tageszeitung vom 27. 11. 1990.

26 Vgl. Bundesminister des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1989, Bonn 1990, S. 116; Die „Deutsche Alternative“, in: Antifaschistisches Info, Nr. 12 vom September/Oktober 1990, S. 21.

27 Vgl. ARD-Fernsehbericht „Deutschland erwache“. Neo-Nazis in der DDR vom 9. 8. 1990.

28 Vgl. Wolfgang Gast, Neonazi-Treffen in Ost-Berlin, in: Die Tageszeitung vom 23. 7. 1990.

29 Vgl. Anhänger von Neonazi Kühnen demonstrieren in Dresden, in: Frankfurter Rundschau vom 22. 10. 1990.

## IV. Die rechtsextreme Skinhead-Szene

Der dominierende Einfluß westdeutscher Aktivistinnen in den rechtsextremen Parteien und Organisationen der neuen Bundesländer sollte nicht zu der Vermutung oder der Unterstellung Anlaß geben, es handele sich beim Rechtsextremismus um ein „importiertes Phänomen“. Denn bereits vor der Wende in der DDR bildete sich eine Skinhead-Szene unter Jugendlichen heraus, die im Laufe ihrer Entwicklung immer mehr rechtsextreme Züge annahm<sup>38</sup>.

Zu Beginn der achtziger Jahre gab es nur vereinzelte Skinheads, die lediglich eine unter vielen jugendkulturellen Strömungen zu sein schienen und eher an Musik und Mode, denn an politischer Betätigung interessiert waren. Ungefähr seit 1983 setzte ein Organisationsprozeß ein, der bis 1986 dazu führte, daß es ihnen im Vergleich zu anderen Jugendgruppen gelang, stabile Organisationsstrukturen aufzubauen. Es entstanden Kleingruppen mit einer festen Mitgliederzahl, die neue Bewerber in ihrer Organisation nur nach Erfüllung bestimmter Bedingungen aufnahmen. Gleichzeitig entwickelten sich enge Gruppenbeziehungen, die eine hohe Übereinstimmung von Interessen- und Verhaltensmustern bewirkten. Beides führte dazu, daß die Skinheads sich immer mehr in der Gesellschaft isolierten.

Gefördert wurde diese Entwicklung durch die immer brutaleren und gewalttätigeren Aktivitäten der Skinheads. Zunächst kam es zu scheinbar völlig unpolitischen Prügeleien bei Fußballspielen, die allerdings schon mit rassistischen Beschimpfungen verbunden waren. Danach eskalierte die von der Skinhead-Szene ausgehende Gewalt immer mehr, es kam zu Ausschreitungen gegen jüdische Einrichtungen und Überfällen gegen Ausländer. Der bekannteste Fall dieser Art war der Überfall auf die Zionskirche im Oktober 1987. Dabei drangen rechtsextreme Skinheads unter Skandierung von Parolen wie „Sieg Heil“ und „Juden raus aus deutschen Kirchen“ in das Gebäude ein und schlugen die anwesenden Jugendlichen brutal zusammen. Es kam zwar anschließend zur Verurteilung einiger

38 Darüber informiert der Bericht der Hauptabteilung Kriminalpolizei, Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu rechtsextremen Orientierungen von jungen Menschen vom 20. 2. 1990, Berlin (Ost) 1990, unveröffentlichtes Manuskript. Vgl. Skinheads. Vorboten der Systemkrise. Interview mit Wolfgang Brück, in: Freitag vom 26. 7. 1991; der Rechts- und Kriminalsoziologe bestätigt darin, daß die „Skinjugend ein DDR-Eigenprodukt“ sei. Brück, ein ehemaliger Abteilungsleiter des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig, hatte sich bereits vor dem Ende der DDR in einer internen Studie entsprechend geäußert, vgl. Wolfgang Brück, „Das „Skinhead“-Phänomen aus jugendkriminologischer Sicht, Expertise des Zentralinstituts für Jugendforschung, Leipzig 1988.

der Beteiligten, der politische Hintergrund wurde allerdings geleugnet, die Tat lediglich als Rowdytum dargestellt<sup>39</sup>.

Aufschluß über die rechtsextreme Skinhead-Szene erhält man durch eine unveröffentlicht gebliebene „Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR“<sup>40</sup>, in der 1989 die Akten aus einigen Strafverfahren ausgewertet wurden. Untersucht hatte man darin auch die Ideologie und sozialen Werte der straffällig gewordenen Skinheads, die eindeutig rechtsextreme Züge aufwiesen. Im Mittelpunkt stand ein Nationalismus, der alle anderen Werte hinter der Zugehörigkeit zur eigenen Nationalität stellte. Eng damit verbunden war die Ablehnung von Ausländern, die für die Skinheads der Inbegriff von Faulheit, Schlamperei, Unordnung und Schmutz seien. Eine ähnliche Ablehnung wurde gegenüber Körperbehinderten, geistig Behinderten, Homophilen und anderen Gruppen beobachtet, die nicht den Normen des Weltbildes der Skinheads entsprachen, wie Punks, Öko-Freaks etc. Die beschriebenen Inhalte drückten sich nicht in theoretischen Forderungen, sondern primär in ihrer Umsetzung in Beschimpfungen und Aggressionen aus; Gewalt schien gar eine identitätsstiftende Funktion zu haben.

Die Studie enthielt auch einige Sozialdaten über die untersuchten rechtsextremen Straftäter. Dabei wurde deutlich, daß sich die Skinheads aus allen Schichten der DDR-Bevölkerung rekrutierten, es also keine durch bestimmte schichtenspezifische Lebensumstände motivierten Gruppenzugänge gibt. Die Mehrzahl der untersuchten rechtsextremen Skinheads war zwischen 18 und 25 Jahre alt, nur eine unbedeutende Minderheit war älter. Der Frauenanteil betrug lediglich ca. 20 Prozent. Besonders hervorgehoben werden muß, daß die überwiegende Mehrheit der untersuchten Skinheads, rund 80 Prozent, in ihren Arbeitskollektiven als geachtete Mitglieder eingeschätzt wurden – ein Befund, den auch eine wissenschaftliche Forschungsarbeit zum Thema bestätigt<sup>41</sup>.

Nach dem Ende der SED-Diktatur nutzten die Skinheads die neuen Freiheiten aus und traten in der Öffentlichkeit immer aggressiver auf, insbesondere bei gewalttätigen Attacken gegen Ausländer, Asylbewerber und bestimmte Kultureinrichtungen. Wie zahlreichen Schlagzeilen der Tages-

39 Über diesen Fall und die Reaktion darauf berichtet Frank Schuman, Glatzen am Alex. Rechtsextremismus in der DDR, Berlin 1990, S. 47–53.

40 Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR, Berlin (Ost) 1989, unveröffentlichtes Manuskript; vgl. auch Konrad Weiß, Die neue/alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR, in: Kontext, Nr. 5 vom 8. 3. 1989, S. 3–12.

41 Vgl. zum Gesamtkomplex Karl-Heinz Fittkau, Phänomenologie der Kriminalität rechtsextremer Straftäter in der DDR (1988/89), Jur. Diss., Berlin (Ost) 1990, unveröffentlichtes Manuskript.

presse<sup>42</sup> zu entnehmen ist, überstieg dabei das Ausmaß der angewandten Gewalt quantitativ und qualitativ das bisher aus dieser Subkultur-Szene in der alten Bundesrepublik und in den anderen westlichen Ländern bekannte Niveau. Insbesondere die Ausschreitungen im sächsischen Hoyerswerda im September 1991<sup>43</sup>, die vielfach mit einem Pogrom verglichen wurden, belegen diese erschreckende Aggressivität, die ganz bewußt den möglichen Tod von Menschen einkalkuliert<sup>44</sup>. Bei all diesen Aktivitäten ging man nicht spontan, sondern geplant vor, worauf bereits sehr früh aufgrund kriminalsoziologischer Untersuchungen hingewiesen wurde<sup>45</sup>.

Darüber hinaus näherte sich die Skinheads-Szene immer mehr den neonationalsozialistischen Gruppierungen an. Der Leitende Regierungsdirektor im Bundesamt für Verfassungsschutz, Heinrich Sippel, geht sogar soweit zu bemerken: „Auftritte von Skinheads ohne neonationalsozialistische Begleitumstände sind so seltene Ausnahmeerscheinungen, daß es gerechtfertigt ist, die Skinhead-Szene grundsätzlich als ein neonazistisches Phänomen anzusehen, zumal die Glatzköpfe durchweg einen unterschwelligem Hang zu neonazistischen Denkmustern aufweisen.“<sup>46</sup> So sehr der letztgenannten Einschätzung zugestimmt werden kann, sollten beide Phänomene allerdings nicht gleichgesetzt werden, muß man die Skinhead-Szene doch etwas differenzierter einschätzen. Zum einen gibt es darin auch nicht-rechtsextreme Minderheiten (wie etwa „Red-Skins“), zum anderen auch rechtsextreme Gruppen mit einem relativ gering entwickelten politischen Bewußtsein, die zumindest noch nicht als neonationalsozialistisch eingeschätzt wer-

42 Stellvertretend für viele Berichte seien hier genannt: Systematische Überfälle von Skins in Ost-Berlin, in: Die Tageszeitung vom 18. 4. 1990; Gewaltakte von Skinheads in Magdeburg, in: Der Tagesspiegel vom 31. 5. 1990; Andrea Böhm, Ein Video für den Parteiführer. Bei einem Überfall auf vier Vietnamesen filmten Skinheads ihre Opfer, in: Die Tageszeitung vom 28. 8. 1990; Andrea Bretzler, Rechtsradikale brüllen „Sieg Heil“. Die Stunde der angetrunkenen Skinheads in Leipzig, in: Der Tagesspiegel vom 4. 11. 1990; Detlef Kuhlbrodt, Übungsgelände für Hobby-SA. Die Überfälle auf alternative Kultureinrichtungen häufen sich, in: Die Tageszeitung vom 6. 11. 1990; Oliver Berlau, Als die Skins kamen. Warum Asylanten die DDR verlassen wollen, in: Die Zeit vom 22. 3. 1991; Mehrere Angriffe rechtsradikaler Skinheads zu Himmelfahrt, in: Der Tagesspiegel vom 11. 5. 1991; Skinhead-Opfer in Leipzig gestorben, in: Die Tageszeitung vom 12. 6. 1991.

43 Vgl. die Titelgeschichte: Gewalt gegen Fremde, in: Der Spiegel, Nr. 40 vom 30. 9. 1991, S. 30–51.

44 Vgl. die Interviews in dem ARD-Fernsehbericht „Brennt sie nieder“. Ausländer in Ostdeutschland, in: „Monitor“ vom 17. 9. 1991.

45 Vgl. Bernd Wagner, Polizei und Rechtsextremismus, in: Magistratsverwaltung für Jugend, Familie und Sport (Hrsg.), Jugend und Rechtsextremismus in Berlin (Ost), Berlin (Ost) 1990, S. 51f.; vgl. auch die Interviews der in Anm. 44 genannten Quelle.

46 Heinrich Sippel, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Vortrag aus Anlaß des Seminars des Bundesministers des Innern für Kommunalpolitiker am 6. Juni 1991 in Leipzig, unveröffentlichtes Manuskript, S. 11.

den können. Zutreffend ist sicherlich, daß das Skinhead-Potential ein wichtiges Rekrutierungsfeld für rechtsextreme Parteien und Organisationen darstellt. Insgesamt wurde das „militante rechtsextremistische Sympathisantenfeld“, wie bereits erwähnt<sup>47</sup>, auf 15 000 Personen mit steigender Tendenz geschätzt.

---

## V. Das rechtsextreme Einstellungspotential

---

Bei den öffentlichen Aktionen und Attacken von Neonationalsozialisten und Skinheads gegen Ausländer und Asylbewerber war nicht selten Beifall und Zustimmung anwesender Bürger zu vernehmen. Handelt es sich dabei um eine unbedeutende Minderheit in der Bevölkerung oder kann von einem größeren rechtsextremen und ausländerfeindlichen Einstellungspotential gesprochen werden? Auskunft über diese Frage geben einige Studien aus der empirischen Sozialforschung, die mittlerweile vorliegen<sup>48</sup>.

Bei der qualitativen und quantitativen Einschätzung des rechtsextremistischen Einstellungspotentials muß berücksichtigt werden, daß es zuverlässige sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse dazu vor der Wende 1989 nicht gab und die hier erwähnten Studien mit gewissen Vorbehalten hinsichtlich der Repräsentativität, der angewandten Methoden und der Aussagekraft der einzelnen Fragestellungen betrachtet werden müssen. Es empfiehlt sich darüber hinaus, die jeweiligen Zahlenangaben nicht als feste Werte im engeren Sinne, sondern mehr als Trends zur Orientierung zu sehen.

Kurz nach den Volkskammerwahlen vom März 1990 führten die beiden Ost-Berliner Sozialwissenschaftler Günter Gutsche und Peter Ködderitzsch eine Untersuchung über das rechtsextreme Einstellungspotential in der damaligen DDR durch<sup>49</sup>. Die Studie wurde durch arbeitstechnische Einschränkungen bedingt mit relativ wenig Aufwand durchgeführt und ist aus den verschiedensten Gründen nicht mit Studien aus der bundesdeutschen empirischen Sozialforschung vergleichbar. Zu den Ergebnissen: Zu dem Einstellungsstatement „Die Deutschen haben eine Reihe von guten Eigenschaften wie Fleiß, Pflichtbewußtsein und Treue, die andere Völker nicht haben“ äußerten sich über 50 Prozent der Befragten zustimmend, wobei Jugendliche überdurchschnittlich stark zu-

47 Vgl. Anm. 36 und 37.

48 Vgl. Armin Pfahl-Traugber, Das rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungspotential in den neuen Bundesländern, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 42 (1991) 12, i.E.

49 Vgl. P. Ködderitzsch/L. A. Müller (Anm. 13), S. 85–89.



stimmten. Mit der Aussage „Der Einfluß von Juden und Freimaurern auf unser Land ist auch heute noch groß“ stimmten 16 Prozent, bei den Jugendlichen sogar 23 Prozent, überein. Der Fragestellung „Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unsere Rasse muß rein erhalten werden“ stimmte nahezu ein Fünftel, bei den Jugendlichen ein Drittel der Befragten zu. Weitere Fragen bezogen sich auf die Partei der REP. Gut vier Prozent der Interviewten „hegten Sympathie für die ‚Republikaner‘“, bei den Jugendlichen über neun Prozent.

Eine auf West- und Ost-Berlin bezogene vergleichende Untersuchung wurde im Frühsommer 1990 vom Wissenschaftszentrum Berlin unternommen und ermittelte u. a. Zustimmung zu Autoritarismus, Ethnozentrismus und Nationalbewußtsein<sup>50</sup>. Autoritarismus wurde über Einstellungsstatements hinsichtlich Erziehungsfragen, Anti-Pluralismus und Law-and-order-Mentalitäten gemessen, wobei das Forscherteam zu dem Ergebnis kam, daß sich autoritäre Einstellungen bei 61,9 Prozent der Ost-Berliner und 29,9 Prozent der West-Berliner feststellen ließen. Ähnlich verteilt waren die Werte bei der Zustimmung zu Fragestellungen, die Ethnozentrismus messen sollten: Hier konnte eine Zustimmungsbereitschaft von 26,1 Prozent für Ost-Berliner und 10,6 Prozent für West-Berliner ermittelt werden. Beachten muß man bei diesen Untersuchungen jedoch: Erstens ist Ost-Berlin aus den verschiedensten Gründen nicht repräsentativ für die ehemalige DDR, und zweitens findet man Autoritarismus<sup>51</sup> keineswegs nur im rechtsextremen Spektrum<sup>52</sup>, sondern auch bei als linksextrem einzuschätzenden Parteien und ihrem Umfeld, wie der SED als Staatspartei und der DKP als systemoppositioneller Kleinpartei.

Beide Studien belegen die hohe Akzeptanz für rechtsextreme Positionen bei Jugendlichen; insofern sind auch spezielle Untersuchungen, die zu dieser Altersgruppe Mitte 1990 vom damals noch existierenden Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung durchgeführt wurden, von besonderem Interesse<sup>53</sup>. Über entsprechende Fragestellungen wurde die Zustimmung zu verschiedenen Einstellungsstatements ermittelt, was zu folgenden Er-

gebnissen führte: Nationalistische Einstellungen konnten bei 20–25 Prozent der Jugendlichen festgestellt werden, Ausländer empfanden als störend 40–45 Prozent der Befragten, bei ca. 16 Prozent der Jugendlichen konnte Autoritarismus bzw. eine Führermentalität festgestellt werden, den Nationalsozialismus verharmlosenden Äußerungen stimmten 10–15 Prozent zu, ca. zehn Prozent empfanden gar Sympathie für Hitler und etwa zehn Prozent der männlichen Jugendlichen hielten Gewalt für ein legitimes Mittel der Interessenvertretung. Die Ergebnisse dieser Studie faßte der Soziologe Wilfried Schubarth wie folgt zusammen: „Damit muß man insgesamt ein nicht unbeträchtliches rechtsextremes Einstellungspotential unter ostdeutschen Jugendlichen in verschiedenen Facetten und Schattierungen konstatieren. Charakteristische Merkmale dabei sind vor allem nationalistische und fremdenfeindliche sowie autoritäre und intolerante Orientierungsmuster.“<sup>54</sup>

Diese Bewertung wird auch von einer im Auftrag der Freudenberg-Stiftung durchgeführten (Teil-) Studie über „Einstellungen ostdeutscher Jugendlicher zu Rechts- und Linksextremismus“<sup>55</sup> bestätigt. Es handelt sich dabei um eine im November/Dezember 1990 im Freistaat Sachsen unternommene Befragung auf relativ breiter Datengrundlage, die an gewohnte sozialwissenschaftliche Standards anschließt. Die von ehemaligen Mitarbeitern des Zentralinstituts für Jugendforschung erstellte Studie kam dabei zu den folgenden Ergebnissen: Bei mindestens 15–20 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen kann von einem autoritär-nationalistischen Einstellungssyndrom gesprochen werden, 40 Prozent sind der Auffassung „Wem es in Deutschland nicht paßt, der soll auswandern“, eine Führermentalität konnte bei 17 Prozent ausgemacht werden, eine überhöhte Auffassung von der Rolle der Deutschen in der Geschichte bei 14 Prozent und zehn Prozent waren gegen die Anerkennung der gegenwärtigen Grenze zwischen Polen und Deutschland. Die Affinität zu rechtsextremen Parteien und Organisationen waren demgegenüber eher gering: REP sechs Prozent, NPD fünf Prozent, DVU vier Prozent, FAP drei Prozent und NA zwei Prozent.

50 Wissenschaftszentrum Berlin, Was wird mit Berlin? Eine Befragung zur politischen und sozialen Entwicklung, Berlin 1990, unveröffentlichtes Manuskript, zu den Ergebnissen vgl. auch R. Stöss, Wieviel Rechtsextremismus darf's sein? (Anm. 4).

51 Zum Autoritarismus in der ehemaligen DDR vgl. auch Gerda Lederer u. a., Autoritarismus unter Jugendlichen der ehemaligen DDR, in: Deutschland Archiv, 24 (1991) 6, S. 587–596.

52 Darauf weisen zu Recht hin Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2: Analyse, Köln 1989, S. 195.

53 Zusammengefaßt sind die Ergebnisse dieser Studien in: Wilfried Schubarth, Wie real ist eine „rechte Gefahr“ im Osten Deutschlands? Zu Verbreitung und Ursachen von Rechtsextremismus unter ostdeutschen Jugendlichen, in: Außerschulische Bildung, (1990) 4, S. 322–324.

---

## VI. Zur politikwissenschaftlichen Analyse

---

Das Phänomen von Rechtsextremismus in einer vormals dem „real existierenden Sozialismus“ zuzurechnenden Gesellschaft ist eine neue und nicht

54 Ebd., S. 323f.

55 Wilfried Schubarth/Walter Friedrich, Einstellungen ostdeutscher Jugendlicher zu Rechts- und Linksextremismus, Leipzig 1991, unveröffentlichtes Manuskript.

leicht zu bewertende Erscheinung, insofern tut sich die politikwissenschaftliche Analyse noch schwer mit einer Einschätzung. Hinzu kommt, worüber auch nicht die zuvor ausgebreiteten Erkenntnisse hinwegtäuschen sollten, daß das Wissen um den Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern immer noch sehr bruchstückhaft ist, Informationen nur sehr spärlich kommen und selbst der Verfassungsschutz sich nicht in der Lage sieht, quantitative Angaben zu machen.

Eines kann jedoch hinsichtlich der politikwissenschaftlichen Diskussion über den Rechtsextremismus schon jetzt eindeutig konstatiert werden: das völlige Versagen jener Ansätze, die in einer kapitalistischen Gesellschaft die entscheidende Ursache für das Aufkommen entsprechender politischer Strömungen sahen, und dies für Länder des „real existierenden Sozialismus“ ausschlossen. Stellvertretend für diese Position sei hier der Politologe Reinhard Kühnl<sup>56</sup> genannt, der 1971 in einem vergleichenden Aufsatz zur „Auseinandersetzung mit dem Faschismus in BRD und DDR“ schrieb: „Unzweifelhaft aber ist, daß es in der DDR gelang, mit den faschistischen Traditionen zu brechen und eine Wiederkehr des Faschismus unmöglich zu machen... Dagegen bleibt in der Bundesrepublik der Faschismus als Tendenz und Bedrohung bestehen.“<sup>57</sup> Gerade aber die Herausbildung eines Rechtsextremismus in der ehemaligen DDR belegt, daß der postulierte oder vielmehr propagierte Zusammenhang so nicht bestand und daß die Wirtschaftsordnung einer Gesellschaft nicht der entscheidende Faktor für das Aufkommen von Rechtsextremismus ist, diese eher eine untergeordnete Rolle spielt<sup>58</sup>.

Wesentlich ergiebiger für die Analyse sind da schon jene Ansätze, die sich in der Diskussion um die REP-Wahlerfolge 1989 entwickelt haben und hinsichtlich der Wählerbasis vom „Aufstand der Modernisierungsoffer“<sup>59</sup> ausgingen. Entsprechende Interpretationen, die neben anderen Auto-

ren<sup>60</sup> insbesondere von dem Jugendforscher und Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer<sup>61</sup> vorgebracht wurden, nannten als Ursachen für Rechtsextremismus die Individualisierungstendenzen in modernen Industriegesellschaften, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, zunehmende Ohnmachtserfahrungen und Bindungsverluste sowie die Auflösung sozialer Milieus. Entsprechende Prozesse ließen sich auch in der ehemaligen DDR, einer Gesellschaft im Umbruch, beobachten. Heitmeyer spricht in diesem Zusammenhang<sup>62</sup> von der Zerstörung sozialer Lebenszusammenhänge, Handlungsunsicherheiten in beruflicher Hinsicht, Ohnmachtserfahrungen durch Auflösung von familiären oder Firmenzusammenhängen und Vereinzelungserfahrungen. Um die damit verbundenen Irritationen zu überwinden, verlange man nach Gewißheit, Klarheit und Stabilität, die über ein neues Freund-Feind-Bild in Vorurteilen gegen andere und Fremde gewonnen würde. Gleichzeitig suche man nach neuen Zusammengehörigkeiten, die einem keiner mehr nehmen könne und die noch am ehesten das abhanden gekommene Selbstwertgefühl wieder erstarken ließe. Dazu eigneten sich in besonderem Maße nationalistische Gefühle, verbunden mit entsprechenden Ressentiments gegen Ausländer. Die durch diese Entwicklungen ausgelöste Eskalation des Rechtsextremismus werde noch beschleunigt, und zwar einerseits durch die von westlicher Politik mitbewirkte Zerstörung von Lebenszusammenhängen und andererseits durch die demonstrative Überlegenheit von Westdeutschen, die die Herausbildung von mehr Selbstbewußtsein erschwere und den Hang zu Schuldverschiebungen auf Fremde fördere. Es komme aufgrund der gesellschaftlichen Umbrüche zu einer anomischen Situation, zu Norm- und Regellosigkeit, die der Gewalt freien Lauf lasse, wenn Angst und Verunsicherung erfahren werde. Gefordert sei eine Politik, die soziale Lebenszusammenhänge stifte und nicht zerstöre, so Heitmeyer.

56 Zuletzt formuliert in: Reinhard Kühnl, Gefahr von rechts? Vergangenheit und Gegenwart der extremen Rechten, Heilbronn 1990.

57 Reinhard Kühnl, Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus in BRD und DDR, in: BRD – DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971, S. 248–271.

58 Eine dahin gehende Korrektur nehmen vor Margret Jäger/Siegfried Jäger, Rechtsextremismus auch im Sozialismus! Einige Bemerkungen zur Tragfähigkeit materialistischer Erklärungsansätze, in: dies. (Hrsg.), Aus der Mitte der Gesellschaft (III), Dortmund 1991, S. 39–46. Sie verweisen zu Recht auf den in diesem Zusammenhang bedeutsamen Autoritarismus, was allerdings nichts mehr mit einem materialistischen Ansatz zu tun hat, jedenfalls begründen sie dies nicht und beziehen Autoritarismus nur auf den Rechtsextremismus.

59 Vgl. Arno Klönne, Aufstand der Modernisierungsoffer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 34 (1989) 5, S. 545–548; Hajo Funke, „Republikaner“. Rassismus, Judenfeindschaft, nationaler Größenwahn, Berlin 1989, S. 116.

60 Neben A. Klönne und H. Funke (Anm. 59) vertritt auch Claus Leggewie in: Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an, Berlin 1990, diesen Interpretationsansatz. Kritisiert werden die Positionen der genannten Autoren von Birgit Rommelspacher, Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften, in: 1999 (Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts), 6 (1991) 2, S. 75–87. U. a. krankte und krankt die Debatte an einer ökonomistisch verengten Sicht der „Modernisierungsoffer“, die Ausweitung des Begriffs auf vom Wertewandel Betroffene wäre notwendig gewesen und hätte wohl auch den „kleinen Volkspartei“-Charakter der REP-Wählerbasis besser erklären können.

61 Vgl. W. Heitmeyer (Anm. 5).

62 Vgl. ders., Der Eisberg im Osten. Zu den Ursachen des jugendlichen Rechtsradikalismus und der wachsenden Gewaltbereitschaft in den neuen Bundesländern, in: Die Tageszeitung vom 18. 6. 1991; ders., Einig Vaterland – einig Rechtsextremismus? Sortierungsüberlegungen zu unübersichtlichen Rechtsextremismuspotentialen im vereinten Deutschland, in: Chr. Butterwegge/H. Isola (Anm. 7), S. 116–138.

Die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung belegen den engen Zusammenhang zwischen rechtsextremen und ausländerfeindlichen Orientierungen einerseits und der subjektiv als negativ eingeschätzten Lebensbefindlichkeit und wachsenden Ängsten und Sorgen angesichts großer Zukunftsungewißheit andererseits<sup>63</sup>. Problematisch ist allerdings das ausschließliche Rekurren auf diese sozialen Aspekte. Sie erklären zwar das Vorhandensein von Unmut und auch von Aggressivität, aber nur begrenzt deren politische Orientierung. Warum sich dieses soziale Protestpotential nicht den politischen Oppositionskräften, sei es die Sozialdemokratie, die Grünen oder den Bürgerrechtsgruppen im Sinne eines demokratischen Engagements, zuwendet, kann so nicht erklärt werden. Das Abdriften eben zur extremen Rechten in politischer Orientierung wie politischer Praxis gilt es zu analysieren. Dazu müssen die Mentalitätsbestände der politischen Kultur jener Gesellschaft, aus der sich dieser besondere Rechtsextremismus entwickelt hat, dahingehend untersucht werden. Zwar nennt Heitmeyer das Aufwachsen und Leben in autoritären und repressiven Verhältnissen und den Mangel an Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte mit als Ursachen, allerdings ohne diese Faktoren wirklichen gewichtend in seine Interpretation einzubeziehen. Kurzum, es gilt eben auch nach dem zu fragen, was aus der ehemaligen DDR-Gesellschaft an dort vermittelten Werten und Verhaltensweisen die Hinwendung zur extremen Rechten mit bedingen konnte.

Dazu gehören eine Reihe von traditionell politisch rechts einzuordnenden Ideologieelementen, die unter der SED-Herrschaft mit staatlicher Unterstützung verbreitet und genutzt wurden. So bediente man sich in unterschiedlichen Phasen der DDR-Geschichte „vaterländischer“ und „nationaler“ Appelle an die Bevölkerung, um Konsens für die eigene Politik zu erhalten. Propagiert wurde auch ein autoritärer Staat, der hinsichtlich seiner inhaltlichen Legitimation an eher aus der politischen Rechten bekannte Argumentationsmuster erinnerte. Vor allem im letzten Jahrzehnt der Existenz der DDR begann der Versuch, sich als Erbe nationaler historischer Entwicklungen zu sehen, womit die Konstruktion eines entsprechenden Geschichtsbildes verbunden war. In Öffentlichkeit und Erziehung propagierte die SED einen scharfen Militarismus mit entsprechenden Wertvorstellungen. Natürliche Ungleichheit wurde zunehmend zur Legitimation sozialer Unterschiede angeführt, was den Beifall rechtsextremer und rassistischer Intellektueller im Westen fand. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gab es nicht, die Nationalsozialisten

galten als Agenten des Monopolkapitals und damit erübrigten sich Fragen nach weiteren gesellschaftlichen Bedingungen für deren Aufstieg. Und schließlich war die DDR-Gesellschaft eine monokulturelle Gesellschaft, die sich streng vor anderen kulturellen Einflüssen abzuschotten versuchte. Berücksichtigt man all diese Mentalitätsbestände, deren Aufarbeitung noch ein Desiderat der Forschung ist, so verwundert es nicht, wenn heute Rechtsextremisten z. T. sehnsüchtig auf die DDR zurückblicken oder Skinheads mit ihren Wertvorstellungen zu SED-Zeiten durchaus nicht nur Außenseiter waren<sup>64</sup>.

Darüber hinaus müssen jene Faktoren berücksichtigt werden, die in der politikwissenschaftlichen Diskussion als Strukturelemente extremistischer Doktrinen bezeichnet werden. Der Extremismusforscher Uwe Backes<sup>65</sup> nennt als solche u. a.: Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Freund-Feind-Stereotype, Fanatismus und Aktivismus. Ergänzend bzw. konkretisierend dazu könnten noch genannt werden: ein identitäres Politik- und Gesellschaftsverständnis und die Auffassung von der Homogenität des Volkes. All diese Eigenschaften sind sowohl bei der SED zu ihrer Zeit als herrschende Partei als auch beim Rechtsextremismus unserer Tage in den neuen Ländern zu finden. Wohlgermerkt, hier soll keine Gleichsetzung völlig unterschiedlicher politischer Phänomene vorgenommen werden, indessen gilt es durchaus, die strukturellen Gemeinsamkeiten in Betracht zu ziehen. Schließlich sind die Bürger der ehemaligen DDR in einer Gesellschaft sozialisiert worden, die von einer als extremistisch einzuschätzenden Partei dominiert wurde, die dabei auch entsprechende Denkhaltungen und Verhaltensweisen vermittelte. An diese Formen kann rechtsextreme Agitation nach dem Zusammenbruch der DDR durchaus anknüpfen. Aber auch inhaltlich gibt es, wie aufgezeigt, Anknüpfungspunkte. Insofern sollte auch nicht die Analyse des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern von den politischen Voraussetzungen in Vergangenheit und Gegenwart abgekoppelt werden. Dies tun indessen jene Autoren, die als verursachende Faktoren lediglich die sozialen Folgen des Einigungsprozesses hervorheben. Beachtet werden müssen auch jene „Diktaturschäden“, die zu Orientierungen geführt haben, die wiederum empfänglich machen für antidemokratische Parolen von rechts. Die Langlebigkeit extremistischer Mentalitätsbestände in den neuen Bundesländern sollte aufgrund der bisherigen Erfahrungen damit nicht unterschätzt werden.

64 Vgl. B. Siegler, Auferstanden (Anm. 21), S. 76.

65 Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 298–311; zur Kritik dieses bislang theoretisch wichtigsten Werkes aus der Extremismusforschung vgl. Armin Pfahl-Traughber, [Rezension], in: Modern Law and Society, 24 (1991) 1/2, S. 30–34.

Wenn hier hinsichtlich des Rechtsextremismus dezidiert auf den mitverursachenden Faktor der DDR-Gesellschaft verwiesen wurde, dann ist dies nicht so zu verstehen, als solle die SED allein für dieses Phänomen verantwortlich gemacht werden. Hinsichtlich der in der politikwissenschaftlichen Diskussion zum Thema vorherrschenden anders orientierten Erklärungsansätze ging es darum, gerade diesen nicht genügend beachteten Faktor hervorzuheben. Er bildet quasi den unabdingbaren Ausgangspunkt für die Hinwendung zu rechtsextremen Ideologieelementen und erklärt, warum die politische Orientierung in der gesellschaftlichen Umbruchphase nicht im demokratischen Sinne, sondern hin zu den Ideologien bzw. Organisationen der extremen Rechten erfolgt.

Neben diesen historisch-gesellschaftlichen Aspekten, hier als Mentalitätsbestände gefaßt, sind selbstverständlich auch jene Faktoren zu berücksichtigen, die die Vertreter eines auf die Auflösung sozialer Lebenszusammenhänge hinweisenden Ansatzes nennen. Die Dramatik des sozialen Wandels und seiner Folgen auf ökonomischer Ebene wie im Bereich der Werte läßt einen vorhandenen Bodensatz entsprechend politisch eskalieren. Deswegen wäre hier in der Tat eine diesen Tendenzen entgegenwirkende Sozialpolitik notwendig. Allerdings, und darauf muß mit aller Deutlichkeit hingewiesen werden, wird man sich demokratisches Verhalten nicht erkaufen können. Wenn die Stabilität eines demokratischen Verfassungsstaates auf der wirtschaftlichen Ruhigstellung seiner Gegner ruht, so ist dies kein sicheres Fundament. Hier besteht Aufklärungsbedarf und die Notwendigkeit einer politischen Bildung zum Erlernen von Demokratie (und zwar nicht nur im Osten Deutschlands). Persönliche und gesellschaftliche Konflikte, und dies gilt es zu vermitteln, müssen anders angegangen werden als mit dem Projizieren von Haßgefühlen auf andere und Fremde.

Nicht immer vorwärtsweisend in diesem Sinne ist das, was dazu aus dem Westen kommt. Dies gilt exemplarisch für die in der Tat als „Scheindebatte“ zu bezeichnende Auseinandersetzung um die Asylfrage, die von Politikern und Medien meist emotional aufgeladen und unsachlich geführt wird. Entsprechendes Verhalten kann gerade in gesellschaftlichen Umbruchphasen verhängnisvolle Wirkungen haben und hier läßt sich zumindest an einem Beispiel der „Import“ von Vorurteilen gut nachweisen. Alle empirischen Untersuchungen belegen, daß Türken in der ostdeutschen Bevölkerung als besonders unsympathisch gelten und dies, obwohl es sie in der ehemaligen DDR faktisch nicht gab. Das Kölner Institut „ISG Sozialforschung Gesellschaftspolitik“ bemerkt dazu in einer Studie über „Ausländerfeindlichkeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR“: „Da die Antipathie gegenüber Türken kaum... auf eigener Kenntnis von Türken, geschweige denn auf persönlichen Erfahrungen beruhen kann, ist zu vermuten, daß

westdeutsche Stereotype rasch von der Bevölkerung der ehemaligen DDR übernommen wurden; dabei ist nicht auszuschließen, daß hierzu auch die Massenmedien beigetragen haben.“<sup>66</sup> Kurzum, hier können, gerade hinsichtlich der Ausländerfeindlichkeit, Vorgaben aus dem Westen eine den Rechtsextremismus motivierende Wirkung haben und das insbesondere bei einem Thema, das zum wichtigsten Mobilisierungsthema entsprechender Parteien und Gruppierungen geworden ist.

---

## VII. Schlußbemerkungen

---

Offensichtlich existiert in den neuen Bundesländern ein nicht unbeträchtliches rechtsextremes Einstellungspotential. Rechtsextreme Parteien konnten dieses bei Wahlen allerdings (noch) nicht mobilisieren. Es besteht eine „Schere zwischen der Existenz rechtsextremer Meinungen und geringer politischer Organisation“<sup>67</sup>. Wie ist dieser scheinbare Widerspruch zu erklären? Es gibt dafür im wesentlichen zwei Gründe: Erstens wird die gegenwärtige politische Diskussion von den Inhalten bestimmt, die mit den etablierten Parteien verbunden sind (was allerdings für die Asyl-Debatte nur noch begrenzt gilt), und zweitens existiert zur Zeit keine rechtsextreme Partei, die auch dazu in der Lage wäre, dieses Potential zu mobilisieren.

Die REP waren es zeitweise im Jahr 1989, haben sich aber durch innerparteiliche Auseinandersetzungen und politische Unfähigkeit um Chancen gebracht, die etwa der „Front National“ für seine Etablierung in der französischen Parteienlandschaft erfolgreich genutzt hat. Den rechtsextremen Parteien in Deutschland fehlt es im Osten noch mehr als im Westen an wirklich funktionierenden und effektiv arbeitenden Parteiapparaten, einem intellektuellen Potential, vorzeigbaren Kandidaten und attraktiven Führungsfiguren. Insofern dürfte die „Schere“ auch weiterhin offen bleiben; die Zerstrittenheit und politische Unfähigkeit in diesem Lager ist so groß, daß die langfristige Etablierung einer rechtsextremen Partei wie in Frankreich für die nächste Zeit nicht absehbar ist.

Ähnliches gilt für das neonationalsozialistische Spektrum. Dafür dürfte das Skinhead-Potential eher zunehmen und auf einer niedrigen politischen Ebene mit seinen Gewaltaktionen gegen Ausländer und linke Kultureinrichtungen noch mehr von

---

66 ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, Ursachen, Umfang und Auswirkungen von Ausländerfeindlichkeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und Möglichkeiten ihrer Überwindung, Köln 1991, unveröffentlichtes Manuskript, Zusammenfassung der Ergebnisse, S. 5.

67 So die Formulierung in einem anderen Zusammenhang in: Eike Hennig, Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz, Frankfurt/M. 1991, S. 219 ff.

sich reden machen. Es ist in Kleingruppen organisiert, durch äußere Kennzeichen nicht mehr klar identifizierbar und damit auch schwer beobacht- und einschätzbar. Stützen können sich deren Aktivitäten auf ein nicht zu unterschätzendes rechtsex- tremes und ausländerfeindliches Einstellungspotential in der Bevölkerung, daß das eigentliche Problem ist. Hinsichtlich dieses ausländerfeindlichen Einstellungspotentials sollte aber nicht mit „westlicher Arroganz“ in den Osten geblickt werden, es gibt auch ein solches im westlichen Teil Deutschlands. Vergleichende Studien dazu fehlen noch, hier sei nur kurz auf ein Ergebnis einer Um- frage vom September 1991 hingewiesen: Danach stimmten dem Einstellungsstatement<sup>68</sup>: „Das Aus-

68 Die Formulierung der Fragestellung ist allerdings problematisch; nicht das „Ausländerproblem“ hat einen Rechts- extremismus aufkommen lassen, wie gerade der Hinweis auf die Türkenfeindlichkeit ohne Türken in Ostdeutschland exem- plarisch belegt.

länderproblem hat rechtsradikale Tendenzen auf- kommen lassen. Haben Sie für diese Tendenzen Verständnis?“ 21 Prozent der Ostdeutschen und (sogar) 38 Prozent der Westdeutschen zu<sup>69</sup>. Ange- sichts der brutalen Gewaltaktionen gegen Auslän- der ist das hier auch geäußerte Verständnis für Ak- tivitäten, die Grundprinzipien des demokratischen Verfassungsstaates und des Rechtsstaates negie- ren, erschreckend. Ein Blick ins westliche Ausland belegt, daß es sich bei diesem Phänomen allerdings um keine „deutsche Besonderheit“ handelt, son- dern ganz im Gegenteil Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit dort z. T. wesentlich deutli- cher ausgeprägt sind – ein Hinweis, der jedoch nicht zur Beruhigung dienen sollte.

69 Emnid-September-Umfrage für den „Spiegel“: Schwa- cher Aufwind für CDU/CSU, in: Der Spiegel, Nr. 38 vom 16. 9. 1991, S. 50.

## Frauen und Rechtsextremismus

Die Diskussion um Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik hat in den letzten Monaten aufgrund zunehmender Gewaltbereitschaft und -anwendung gegenüber Flüchtlingen an Bedeutung gewonnen. Die rechtsextremen Subkulturen wie die Skinheads sind zum großen Teil die Träger dieser gewaltsamen Aktionen und können derzeit steigende Mitgliederzahlen verbuchen. Gleichzeitig bildet sich um diese Subkulturen eine Art Grauzone, deren Akteure sich nicht eindeutig zur rechtsextremen Szene zugehörig fühlen oder sogar eine relative Distanz hierzu aufweisen, aber deren Aktivitäten unterstützen. War in der Vergangenheit in wissenschaftlichen Untersuchungen festgestellt worden, daß vereinzelt auch Mädchen in diesen subkulturellen Zusammenhängen anzutreffen sind<sup>1</sup>, so muß nun eine allgemein zunehmende Zahl aktiver Mädchen und Frauen sowohl in rechtsextremen Subkulturen als auch in der Grauzone registriert werden.

Ist diese Entwicklung nun ein Indiz dafür, daß bisher in der sozialwissenschaftlichen Forschung das Problem „Frauen und Rechtsextremismus“ unterschätzt oder zu früh als ein männerspezifisches Phänomen klassifiziert worden ist? Wahlstatistiken und Umfrageergebnisse der letzten Jahre haben zumindest den Eindruck erweckt, als sei Rechtsextremismus eine männerspezifische Angelegenheit und Frauen seien im Vergleich wesentlich resistenter gegenüber antidemokratischen Politikkonzepten<sup>2</sup>. Derartige Einschätzungen werden jedoch nicht allein im Hinblick auf die aktuelle Situation brüchiger, sondern zeigen vielmehr ein grundsätzliches Problem der Rechtsextremismus-Forschung: So herrscht eine organisationsbezogene<sup>3</sup> und geschlechtsunspezifische<sup>4</sup> Sichtweise des Phänomens Rechtsextremismus vor.

1 Vgl. H.-J. Wirth, „Die Leute weichen uns auf der Straße aus, weil sie Muffe haben“, Anmerkungen von Hans-Jürgen Wirth über die Skinheads aus sozialpsychologischer Sicht: „Sich fühlen wie der letzte Dreck“, in: Frankfurter Rundschau vom 22. Januar 1990, S. 12.

2 Vgl. hierzu infas-Report Europawahl 1989, Bonn-Bad Godesberg 1989; Beratungsgruppe „Projekt R“, „Weder verharmlosen, noch dämonisieren.“ Sozialwissenschaftliche Befunde über die Wählerschaft rechtsextremer Gruppierungen und die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen des parlamentarischen Aufkommens der Partei „Die Republikaner“, hrsg. vom Informationsdienst der SPD intern, Bonn 1989, S. 16; D. Roth, Sind die Republikaner die fünfte Partei?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41-42/89, S. 11f.; J. Hofmann-Göttig, Die Neue Rechte: Die Männerparteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41-42/89, S. 28ff.

3 Vgl. W. Heitmeyer, Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim-München 1989<sup>3</sup>, S. 23.

Im folgenden soll nun untersucht werden, ob Anhaltspunkte dafür existieren, daß es keine gravierenden geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Verbreitung rechtsextremistischer Orientierungen gibt. Dabei muß geklärt werden, warum eine organisationsbezogene und eine geschlechtsunspezifische Perspektive verhindert, rechtsextreme Affinitätskonstellationen bei Frauen empirisch zu erfassen. Denn die Motivationen von Frauen, zumindest teilweise einer Ideologie der „natürlichen“ Ungleichheit zuzustimmen, differieren im Vergleich zu Männern: Sie sind das Resultat politischer Umformungsprozesse *frauenspezifischer* Lebenslagen, die nicht unbedingt in entsprechendes Wahlverhalten oder in einem Beitritt in eine rechtsextreme Organisation münden. Dieser Aspekt hat in die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung bisher kaum Eingang gefunden.

Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß die Aneignung rechtsextremistischer Orientierungsmuster durch Frauen nur eine mögliche, aber radikale Ausdrucksform für die Widersprüchlichkeiten der eigenen Lebenssituation vor dem Hintergrund patriarchalischer Gesellschaftsstrukturen und emanzipatorischer Bestrebungen ist – ein Problem, das sich insbesondere in der Erwerbsarbeit manifestiert. Andere, wesentlich unauffälligere Ausdrucksmöglichkeiten von politischen Umformungsprozessen sind Reaktionen wie Resignation, Rückzug in die Familie etc. Rechtsextremistische Orientierungen bei Frauen sind somit nur als exemplarisch für politische Umformungsprozesse frauenspezifischer Lebenslagen anzusehen, die die Problemlage besonders klar veranschaulichen.

Der Frage, wie sich dies im einzelnen vollzieht, wird später noch einmal nachgegangen. Zunächst soll das Frauenbild und die Rolle der Frau in rechtsextremen Politikkonzepten näher beleuchtet werden. Zwar gibt es bisher keine Untersuchungen darüber, ob Frauen die rechtsextreme Frauenpolitik befürworten oder nicht; aber ein Interview der Zeitschrift „Brigitte“ mit aktiven weiblichen Mitgliedern der „Republikaner“ scheint in diese Richtung zu weisen. Außerdem werden häufig rechtsextremistische Inhalte auf Ausländerfeindlichkeit reduziert; eine Sichtweise, die den Blick dafür verwehrt, daß Teile des rechtsextremen Spektrums über differenziertere und auch in sich logische gesellschaftspolitische Vorstellungen verfügen, in de-

4 Vgl. B. Meyer, Mädchen und Rechtsradikalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1991) 5, S. 602.

nen die Ausländerfeindlichkeit nicht der alleinige, herausragende Programmpunkt ist.

---

## I. „Die nordische Frau als Trägerin der Menschwerdung“

---

Das spezifische rechtsextreme Frauenbild zu beschreiben ist nicht möglich, denn es gibt nicht *die* rechtsextreme Ideologie. Das rechtsextreme Spektrum mit seinen Wehrsportgruppen, Jugendorganisationen, Parteien oder dem subkulturellen Umfeld (z. B. Skinheads) hat sich in den letzten vier Jahrzehnten so stark ausdifferenziert und unterliegt beständigen Veränderungs- und auch Erneuerungsprozessen, daß sich entsprechend verschiedene rechtsextreme Fraktionen mit eigenen Politikkonzepten herausgebildet haben. Sie reichen von der Beschwörung nationalsozialistischer Traditionen bis hin zu Programmen, die weitgehend Berührungspunkte zum Rechtskonservatismus aufweisen. Eindeutig nazistische oder neonazistische Gruppierungen wie die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) oder die Deutsche Volksunion (DVU) sind in diesem Spektrum eher unterrepräsentiert. Die Bezüge zum Nationalsozialismus sind vor allem in den Veranstaltungsritualen (Ordnerdienste und ähnliches) und den Stilprägungen zu suchen als in den Programmen<sup>5</sup>.

In den siebziger Jahren hat sich die sog. „Neue Rechte“ konstituiert, die mittlerweile als maßgeblich für die programmatische Entwicklung des rechtsextremen Spektrums angesehen werden kann. Sie formuliert in den entscheidenden Punkten die Grundelemente einer rechtsextremen Weltdeutung, die gleichzeitig als die Basis einer rechtsextremen „Stammkultur“ betrachtet werden können und die verschiedenen Politikkonzepte zu einer Ideologie bündeln. Ihre öffentliche Diskussionsplattform findet sie u. a. in Zeitschriften wie „criticon“ oder „Nation Europa“.

Im Gegensatz zum „alten“ Rechtsextremismus in der Nachkriegszeit bedient sich die „Neue Rechte“ vermehrt der Wissenschaft. In ihren intellektuellen Zirkeln wie dem „Thule Seminar“ in der Bundesrepublik oder der „Nouvelle Ecole“ in Frankreich werden Ergebnisse sowohl aus der Physik, Biologie, Anthropologie als auch aus anderen Gesellschaftswissenschaften verarbeitet. Sie greifen hierbei nicht nur auf einschlägige Wissenschaftler zu-

---

5 Vgl. hierzu P. Dudek/H.-G. Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Bd. 1, Opladen 1984; Dudek und Jaschke kommen in einer Fallstudie zur NPD zu dem Ergebnis: „Die nach rechts verweisenden NS-Symbole sind weitgehend überbewertet, die rechtskonservativen Elemente unterbewertet worden.“ Ebd., S. 350. Ähnliches gilt m. E. auch für die Partei „Die Republikaner“ und ihren regionalen Absplitterungen.

rück, sondern auch auf Vertreter des Konservatismus. Hier sind z. B. die Namen der Anthropologen Konrad Lorenz und Arnold Gehlen zu nennen<sup>6</sup>.

Ziel der „Neuen Rechten“ ist die Konzipierung einer „neuen“ nordeuropäischen Gesellschaftsordnung mit der Rehabilitierung tradierter Werte und Normen zu einem geschlossenen Wertesystem. Dieses Wertesystem, das auf einer Ideologie der „natürlichen“ Ungleichheit der Menschen basiert, ist auch wesentlich für das geschlechtsspezifische Rollenverständnis. Um dieses Rollenverständnis verdeutlichen zu können, ist es zunächst notwendig, auf die Grundaussagen der rechtsextremen Ideologie einzugehen.

Der Ausgangspunkt ist ein naturalistisch und biologistisch begründetes Verständnis von der Ungleichheit der Menschen. Hiernach gibt es nicht *den* Menschen oder die Menschheit, sondern *die* Menschen, die sich entsprechend ihrer evolutionären unterschiedlichen Entwicklung (Begründung für den Rassismus), ihrer Intelligenz oder Geschlecht qua Geburt naturwüchsig voneinander unterscheiden. Aufgrund dessen sind alle Gesellschaften im sozialdarwinistischen Sinne hierarchisch gegliedert, und es kann keine universalistischen, für alle Menschen gültigen Postulate oder Rechte geben. Politische Systeme, die sich auf diese Grundprämisse des Universalismus berufen, werden somit abgelehnt<sup>7</sup>. Dieser Naturalismus ist auch das Fundament völkischen Denkens, das die Welt in biologische Nationen aufteilt, die sich als soziale (natürliche) Gruppen auf „exklusivem“ Boden von anderen separieren. Hieraus wird ein natürlicher Anspruch auf Territorialität eines Volkes hergeleitet. Diese biologische Nation ist jedoch nicht auf einzelne Staatsgebilde reduziert, sondern kann nach dem Selbstverständnis der „Neuen Rechten“ bspw. ganz Nordeuropa als Ausdruck eines europäischen Nationalismus umfassen<sup>8</sup>. Die Nordeuropäer gelten auf der Grundlage von Evolutionstheorien als die am weitesten entwickelten Menschen der Erde. Die USA wird hier ausgeklammert, da sie durch Zuwanderungen von Migranten aus Lateinamerika oder durch die Farbigen keine „reinrassische Einheit“ darstellen und aufgrund dessen zum „melting pot“ „verkommen“ sind. In den Augen der „Neuen Rechten“ droht nun auch Nordeuropa ein ähnliches Schicksal, das eine Neuorientierung in der Bevölkerungspolitik

---

6 Vgl. P. Moreau, Die neue Religion der Rasse. Der Biologismus und die kollektive Ethik der Neuen Rechten in Frankreich und Deutschland, in: I. Fetscher (Hrsg.), Neokonservatismus und ‚Neue Rechte‘, München 1983, S. 121 ff. Einen detaillierten Überblick über die Ideologie der „Neuen Rechten“ bieten auch Th. Assheuer/H. Sarkowicz, Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1990.

7 Vgl. P. Moreau (Anm. 6), S. 119.

8 Zu den verschiedenen nationalistischen Konzepten in der rechtsextremen Ideologie vgl. R. Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung–Ursachen–Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 26.

notwendig macht. Aber nicht nur der „melting pot“ ist die drohende „Tragödie“, sondern auch die „Überbevölkerung“ durch die zunehmende Zahl von Migranten bei gleichzeitigem Geburtenrückgang in der nordeuropäischen Bevölkerung.

Aber die Gefahr droht nicht nur von außen, sondern auch von innen durch die „Fehlentwicklungen“ in den politischen und ökonomischen Strukturen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft:

- Die „Neue Rechte“ wartet mit einer „Kapitalismuskritik“ auf, ohne die kapitalistische Produktionsweise an sich in Frage zu stellen: „Ursprünglich hatte die Durchsetzung des kapitalistischen Systems, getragen von einer eng begrenzten Elite von Industriekapitänen, einem gesellschaftlichen Selektionsprozeß entsprochen, der mit dem naturgesetzlichen Kampf ums Überleben und dem Erfolg des Stärkeren übereinstimmte. Das kapitalistische System hat aber, da es den vererbten Besitz von Geld zum entscheidenden Rangordnungsprinzip der Gesellschaft gemacht hat, den Kapitalismus zur Sklerose verurteilt und eine falsche Elite an der Macht gehalten.“<sup>9</sup> Dieser falschen Elite gilt es nun, den Kampf anzusagen und sie durch eine neue, natürlich-intelligente zu ersetzen.
- Das gleiche gilt auch für die Ausgestaltung des politischen Systems, das zukünftig geprägt sein soll durch autoritäre Herrschaftsstrukturen, getragen von eben dieser natürlich-intelligenten Elite. Sie hat die Aufgabe, die sozialen Belange von oben her zu regeln. Denn die momentanen „Regime“ mit ihren „egalitären“ Tendenzen vermögen es nicht, die von ihnen angeprangerte soziale Ungleichheit als gesellschaftliches Strukturelement des zur Sklerose verkommenen Kapitalismus zu beseitigen.

Das Ziel, das sich hier verbirgt, ist die Vorstellung von einer „homogenen“ Gesellschaft, in der die soziale Ungleichheit aufgehoben wird<sup>10</sup>. „Homogenität“ ist in diesem Zusammenhang nicht gleichzusetzen mit einer egalitären Gesellschaft. Denn wie schon erwähnt, gelten innerhalb der Gesellschaft die naturgesetzlichen Ungleichheitsmerkmale als das Fundament der Rangordnungsprinzipien einer Gesellschaft. Lediglich die sozialen Komponenten einer Klassenzugehörigkeit als Ungleichheitskriterien werden abgelehnt.

Um diese „neue“ Gesellschaftsordnung realisieren zu können und die genannten Gefahren von Nord-europa abzuwenden, rückt die Rolle der Frau in einer „neuen“ Bevölkerungspolitik ins Zentrum des Geschehens. Daneben gibt es noch andere Lösungskonzepte für Fragen „genetischer Fehlentwicklungen“ wie Straffälligkeit, Alkoholismus und geistige oder körperliche Behinderungen. Ihnen ist

bspw. mit Zwangssterilisationen entgegenzutreten<sup>11</sup>. Die Frauen- und Familienpolitik aber ist entscheidend. Hier werden folgende Vorstellungen präsentiert: Zur Verhinderung einer weiteren „Rassenvermischung“ ist zukünftig die Zahl der Migranten zu reduzieren, und nordeuropäische Frauen haben nur noch mit nordeuropäischen Männern eine Familie zu gründen. Dies garantiert genetisch bedingte, hohe IQ-Werte. Ein rein quantitatives Bevölkerungswachstum in Nordeuropa ist allerdings nicht erwünscht. Erstens könnte dies wiederum zu einer existenzbedrohenden Bevölkerungsexplosion führen und zweitens „genetische Fehlentwicklungen“ forcieren. Um eben dies zu verhindern, ist die Kinderzahl pro Familie so zu reduzieren, daß diese Gefahren möglichst ausgeschlossen werden können. Es wird auch diskutiert, in bestimmten Fällen Frauen zu sterilisieren oder einen Schwangerschaftsabbruch zu erzwingen. „Die Vermehrung der Menschen unterliegt heute keinen natürlichen und kulturellen Beschränkungen mehr, deshalb ist Bevölkerungsexplosion unsere gefährlichste Existenzbedrohung.“<sup>12</sup>

Die Existenzbedrohung liegt in der Überbevölkerung Nordeuropas, die zu sozialen Fehlanpassungen führt und Erscheinungen hervorbringt wie übertriebenes Rangstreben, Mißtrauen bis hin zu paranoia-ähnlichen Verdächtigungen gegenüber anderen oder auch übersteigerte Aggressivität. Diese übersteigerte Aggressivität tritt, auf der Grundlage eines natürlichen Aggressionstrieb, vor allem aber bei einer zu hohen Zahl von Migranten auf. Hiermit werden auch Übergriffe auf Wohnheime für Asylbewerber legitimiert als Ausdruck unterdrückter, aber naturgesetzlicher Territorialansprüche, die häufig nur durch solche Aktionen ein Ventil finden<sup>13</sup>.

Um aber Frauen nun verstärkt in diesem Zusammenhang in die Verantwortung zu nehmen, muß es eine Rückbesinnung auf die Funktion der Familie und die „angeborene“ Rolle der Frau in der Gesellschaft geben. Hierzu haben sich insbesondere die „Republikaner“, als Partei der „Neuen Rechten“, zu Wort gemeldet und ihre Positionen am eindringlichsten in ihrem alten Parteiprogramm von 1987 formuliert: „Frau und Mann sind im Falle gleicher Bedingungen und Anforderungen trotz ihrer Wesensunterschiede von gleichwertiger Tüchtigkeit im Leben und Beruf. Es ist jedoch insbesondere der Frau gegeben, durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen, in welchem Familie und Kinder gedeihen können. Hier liegt die besondere und von keinem ‚Hausmann‘ oder Kollektiv erfüllbare Berufung der Frau.“ Und zu den Bestrebungen von Frauen, vermehrt in die Erwerbsarbeit einzusteigen, heißt es: „Diejenige

11 Vgl. ebd., S. 159.

12 Waldmann, ein führender Vertreter des „Thule Seminars“; zit. nach ebd., S. 130.

13 Vgl. ebd., S. 136f.

9 P. Moreau (Anm. 6), S. 135.

10 Vgl. ebd., S. 134.



Frau, welche sich gleichzeitig in Ehe, Familie und Beruf zu bewähren sucht, leidet oft an dieser Mehrfachbelastung und Selbstüberforderung. Sie fühlt sich ebenso unerfüllt – was oft zu psychischen Schäden führt – wie diejenige Frau, welche im Beruf alleinige Befriedigung sucht.“ Und so wird das Problem gelöst: „Wir streben daher an, daß auch der Frau die uneingeschränkte Möglichkeit zu einer qualifizierten Berufsausbildung gegeben wird, um größere Selbständigkeit zu gewinnen, daß sie aber ebenso ihre naturgegebene Fähigkeit als Mutter und Mittelpunkt der Familie voll zur Wirkung bringen kann. Das läßt sich durch die Gleichstellung und gleiche Wertung von Haus- und Erziehungsarbeit mit Berufsarbeit ... erreichen.“ Diese deutlichen Formulierungen finden sich jedoch im neuen Programm aus wahltaktischen Gründen nicht wieder. Denn es war erklärtes Ziel, vor allem den Frauenanteil unter den Wählern zu erhöhen und dieses allzu deutlich revisionistische Frauenbild erschien hierfür hinderlich.

Auf der Grundlage einer wesentlich weitergehenden Blut- und Bodenideologie verfolgt die der FAP nahestehende, nationalsozialistische „Deutsche Frauenfront“ (DFF), Gau Niedersachsen, eine Mystifizierung der Familie und der Frau. Die DFF spielt zwar im rechtsextremen Spektrum keine relevante Rolle, jedoch bezieht sie in dem nur von Frauen für Frauen verfaßten „Mädelbrief“, der monatlich erscheint; prägnant Stellung zum rechtsextremen Frauenbild und nimmt innerhalb des organisierten Spektrums eine extreme Position ein<sup>14</sup>. Diese Publikation ermöglicht einen tieferen Einblick in rechtsextreme Deutungsmuster zur Rolle der Frau in der Gesellschaft. So ruft die DFF auf zu einer „Rückbesinnung“ auf die Traditionen der natürlichen Keimzelle der Gesellschaft, auf die Familie als *organisches* Gebilde: „Eine Ehe kann sich aber nur dann aufbauen, wenn Mann und Frau in ihrem Bund die natürliche Ordnung sehen, die auf Anerkennung der Verschiedenheit von Mann und Frau beruht. Diese Verschiedenheit ist nicht zufällig, sondern sinnvoll aufeinander bezogen. Will man eine Gleichstellung beider Geschlechter erzwingen, so verstößt man nicht nur gegen ein menschliches Gesetz, sondern gegen eine höhere Ordnung. ... Die Natur hat Mann und Frau als zwei verschiedene Wesen hervorgebracht, und doch geht ihr Wille dahin, diese beiden Verschiedenheiten zu *einem* Wesen zu vereinigen.“ Die Eheschließung gilt als Voraussetzung zur Gründung einer Familie. Diese wiederum ist die natürliche Ordnung, die allein befähigt ist, den Grundstock für den Erhalt einer als organisch verstandenen „nordischen“ Gesellschaft zu legen. Dieses Postulat verlangt „ein neues tiefes Wissen vom Natürlichen, Organischen; es verlangt

Anerkennung natürlicher Bindung von Blut, Alter und Geschlecht. Soll das Wesen der Familie in voller Tiefe begriffen werden, so muß der Gedanke des Volkes in seiner ganzen Tiefe erfaßt und erlebt werden.“<sup>15</sup>

Auch hier rückt die Frau ins Zentrum sowohl familialer und erzieherischer als auch gesellschaftlicher Belange; von ihr ist die Existenz der „nordischen Rasse“ abhängig, die zunehmend durch das männliche Geschlecht in Gefahr gerät. Denn dadurch, daß Männer sich „irrtümlicherweise“ verstärkt Frauen anderer Nationalitäten zuwendeten, Gewalt gegen Frauen verübten und zunehmend zu ihnen ein funktionales Verhältnis entwickelten, sei die „nordische“ Frau entrechtlicht worden, zöge sich von Männern zurück und sei weniger bereit, Kinder zu zeugen. Der Untergang der abendländischen Kultur sei somit vorprogrammiert, wenn diesem Dilemma nicht Einhalt geboten werde. Nun soll den Männern ihr Unrechtsbewußtsein und ihre geistige Verirrung verdeutlicht und das Bild der Frau als mystisches Wesen aufgewertet werden. Hierzu noch ein plakatives Beispiel aus dem „Mädelbrief“: „Die instinktsichere, noch echte nordische Frau hat ein tieferes Wissen von den Rätselfragen des Menschendaseins als der Mann, dessen Wissen heute meist intellektualistisch, jedenfalls weit entfernt vom Blutwissen ist. So erscheint in den altisländischen Familiengeschichten, die unser geistiges Ahnengut noch am längsten und reinsten bewahrt haben, die Frau als Trägerin und Erhalterin der Sippe, die sie mit ihrem Leben schützt; sie erscheint dem Manne oft überlegen, weil sie mehr ahnt, mehr weiß, weiter sieht als er, und ist deshalb seine Beraterin.“<sup>16</sup>

Die ideologische Triebfeder der DFF, die sich selbst zum Nationalsozialismus bekennt, ist nicht nur ein Naturalismus, sondern ein darüber hinausweisendes organisches und metaphysisches Denken. Wird der geschlechtsspezifische Wesensunterschied von der „Neuen Rechten“ und den „Republikaner“ so naturgesetzlich funktional begründet, daß veränderte gesellschaftliche Anforderungen sich in programmatischen Erneuerungsprozessen niederschlagen können, sieht das bei der DFF anders aus, da deren organisches Frauen- und Familienverständnis aus der heutigen Sicht starr und unantastbar wirkt und nur durch eine metaphysische Überformung legitimiert werden kann. Der „Mädelbrief“ ist sicherlich ein extremes Beispiel für das Bild der Frau in der Ideologie der „natürlichen“ Ungleichheit der Menschen; es zeigt jedoch, trotz der Überhöhungen, in Verbindung mit der „Neuen Rechten“ und dem Programm der „Republikaner“ äußerst plastisch das naturalistische Verständnis von einem biologischen Wesensunterschied zwi-

14 Der „Mädelbrief“ dient als Agitationsorgan der DFF, das abonniert werden kann. Meines Wissens ist er bisher nur in Bremen zu Werbungszwecken in der Öffentlichkeit verteilt worden.

15 Der „Mädelbrief“, hrsg. von der DFF, Gau Niedersachsen, Nr. 3, Sept. 1987, S. 6ff.

16 Vgl. ebd., S. 11. Die orthographischen Fehler in den Zitaten des Programms der „Republikaner“ und des „Mädelbriefs“ entstammen den Originalen.

chen Männern und Frauen und die daraus resultierende geschlechtsspezifische Rollenzuweisung und ihre Einbettung in eine Gesellschaft, die sich nach naturgesetzlichen Rangordnungsprinzipien strukturiert und nach außen separiert.

---

## II. „Alles was deutsch ist, das bin ich. Alles, was ich bin, ist deutsch“.

---

Rechtsextreme Orientierungsmuster bei Frauen sind bisher kein Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen. Das heißt jedoch nicht, daß nicht auch Frauen bei einigen wenigen Umfragen mit erfaßt worden sind. Die Befragungsmethoden lassen jedoch von vornherein darauf schließen, daß frauenspezifische Ausprägungen keine Rolle gespielt haben. Dennoch bietet ein genauerer Blick auf die Ergebnisse der Umfrage- und Wahlforschung zumindest einen kleinen Ausschnitt für das Problem: Die Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien wie DVU, NPD oder „Die Republikaner“ weisen konstant bei Kommunal-, Landtags- und Europawahlen Ende der achtziger Jahre einen Frauenanteil von 30 Prozent auf. D. h., daß ein Drittel der Wähler dieser Parteien Frauen gewesen sind. Zwar gibt es regionale Unterschiede wie z. B. in Bayern, wo der weibliche Wähleranteil der „Republikaner“ etwas höher lag, jedoch ändert dies bundesweit nichts am Trend<sup>17</sup>. Werden hiermit die Vermutungen bestätigt, daß Rechtsextremismus vielleicht doch eher ein männerspezifisches Problem ist? Die Ergebnisse können allerdings auch anders gelesen und interpretiert werden. So votierten zwar bei der letzten Europawahl lediglich 4,9 Prozent aller Frauen für die „Republikaner“, jedoch müssen dabei zwei Aspekte berücksichtigt werden. Erstens: Hätten Frauen das alleinige Stimmrecht bei Wahlen, so wäre die rechtsextreme Partei auch nur knapp an der Sperrklausel gescheitert. Zweitens: Die Wahlbeteiligung bei den Frauen war extrem niedrig<sup>18</sup>. So lag sie bspw. bei den jüngeren Frauen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren bei nur 45 Prozent. Es ist zwar spekulativ, aber dennoch eine Überlegung wert, wie hoch der Anteil der rechtsextrem wählenden Frauen wohl bei einer insgesamt höheren Wahlbeteiligung gewesen wäre.

Gleichfalls wenig ermutigend erscheinen die Daten einer Umfrage von Infratest Sozialforschung, die in den Monaten Februar bis Juli 1989 während der letzten Hochphase der rechtsextremen Parteien

17 Vgl. Beratungsgruppe ‚Projekt R‘ (Anm. 2), S. 16.

18 Vgl. K. Möller, Über die Verlockung traditioneller Frauenbilder und Klischees. Die Anfälligkeit von Mädchen und Frauen für den Rechtsextremismus/Entfremdung von der Politik, in: Frankfurter Rundschau vom 26. Dezember 1990, S. 10.

bei Wahlen durchgeführt worden ist. Es sollte u. a. ermittelt werden, wie große der „harte Kern“ der Anhängerschaft der „Republikaner“ ist. Insgesamt zählten sich nach eigenen Bekunden vier Prozent der Männer und immerhin drei Prozent der Frauen zum engeren Kreis. Von einem Geschlechterverhältnis von 1:3 wie bei den Wahlen kann hier nicht mehr die Rede sein<sup>19</sup>.

Die Kette von sich widersprechenden Umfrageergebnissen ließe sich noch weiter verfolgen. Hier sollen nur noch drei der bekanntesten kurz genannt werden: So kommt Heitmeyer in seiner viel-diskutierten Studie zu rechtsextremistischen Orientierungen bei Jugendlichen ähnlich wie die Shell-Jugendstudie '81 zu dem Resultat, daß Affinitäten zu rechtsextremen Deutungsmustern bei Jungen stärker ausgeprägt sind als bei Mädchen<sup>20</sup>. Demgegenüber stellt eine Sinus-Studie von 1981 zu rechtsextremen Einstellungen in der bundesdeutschen Wahlbevölkerung fest: „Wir können davon ausgehen, daß Frauen und Männer gleichermaßen anfällig bzw. unerreichbar für rechtsextreme Ideologie sind.“<sup>21</sup> Bereits in der älteren Rechtsextremismus-Forschung der vierziger und fünfziger Jahre gab es erste Hinweise auf ähnliche Ergebnisse. So z. B. in den „Studien zum autoritären Charakter“ von Adorno u. a. konnten keine signifikanten Unterschiede in den autoritären Orientierungen bei Männern und Frauen nachgewiesen werden<sup>22</sup>.

Welche Position nun die Wirklichkeit widerspiegelt, bleibt vorerst Spekulation. Jedoch fällt ein Problem bei der Diskussion um Rechtsextremismus ins Auge: Sie ist männerspezifisch dominiert. Die Diskussion und die verschiedenen politischen Maßnahmen richten sich immer auf die häufig sehr auffällig auftretenden rechtsextremen Subkulturen wie Skinheads oder Hooligans bzw. bei Wahlen auf Parteien. Diese Zusammenhänge und Organisationen sind in der Regel von Männern dominiert. Die Gründe liegen zum einen in der geringen Akzeptanz von Frauen, denn bei den Skinheads oder Hooligans nehmen die Frauen allenfalls den Status von „Bräuten“ ein. Zum anderen sind die Aktionsformen der Subkulturen weitgehend durch Gewalt geprägt und zwar durch direkte personelle Gewalt. Diese Form der Gewaltakzeptanz und -ausübung ist die wesentliche Integrationsklammer in diesen Gruppen. Es hat sich jedoch immer wieder in verschiedenen Untersuchungen gezeigt, daß Frauen diese Gewaltform als gesellschaftliche Konfliktlösungsmöglichkeit zumeist strikt ablehnen und statt dessen vielmehr einer strukturellen Gewalt in Form von autoritären staatlichen Maßnahmen zu-

19 Vgl. ebd.

20 Vgl. W. Heitmeyer (Anm. 3), S. 142ff.

21 Fünf Millionen Deutsche: „Wir wollen wieder einen Führer haben ...“, Die Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Hamburg 1981, S. 87.

22 Vgl. Th. W. Adorno u. a., Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/M. 1973, S. 100.

stimmen. So befürworten sie eher hartes Durchgreifen bei der Bekämpfung von Kriminalität oder bei der „Ausländerrückführung“<sup>23</sup>. Diese Einstellungen beziehen sich sowohl auf Aktions- und Organisationsmuster als auch auf politische Programme von Parteien. Der Grund hierfür liegt in der Erfahrungswelt von Frauen, die in vielfältiger Art und Weise durch Gewalt von Männern gegenüber Frauen geprägt ist. D. h., daß Frauen selbst Opfer von Gewalttaten in Familie oder Beruf werden. Aber auch die frauenspezifische Sozialisation vermittelt einen anderen Umgang mit Konflikten und behält Männern die Gewaltanwendung vor.

Treten Frauen rechtsextremen Parteien bei, nehmen sie nicht nur untergeordnete Positionen ein, sondern sind durchaus bereit, auch in exponierten Funktionen politisch aktiv zu werden. So hat z. B. bei der EAP mit Zepp LaRoche seit vielen Jahren eine Frau den Vorsitz inne. Auch in den Bundes- und Landesvorständen der „Republikaner“ sind Frauen als stellvertretende Vorsitzende zu finden. Der dennoch relativ geringe Organisationsgrad bei Frauen im rechtsextremen Spektrum ist zwar bezeichnend, aber nicht übermäßig erstaunlich, da er Ausdruck eines allgemein feststellbaren Problems ist. So ist zwar in den letzten Jahren der Frauenanteil bei der SPD, den Grünen und Teilen der Gewerkschaften etwas gestiegen, jedoch sind Frauen in allen Parteien und Gewerkschaften unterrepräsentiert.

Niedriger Organisationsgrad und die geringe Wahlbeteiligung stehen in einem engen Zusammenhang mit der Lebenssituation von Frauen. Zumeist kommen vor allem die Nichtwählerinnen aus einem sozialen Umfeld, in dem nach wie vor ein traditionelles Frauenbild vorherrscht und die innerfamiliäre geschlechtsspezifische Rollenzuweisung eindeutig ist. Das Selbstkonzept der Frauen aus diesem Milieu „unterscheidet sich am stärksten dort, wo die eigene Geschlechtsrolle ins Spiel kommt: Ein konventionelles Frauenbild und traditionelle Vorstellungen vom Verhältnis der Geschlechter herrschen bei ihnen noch weiterhin vor. Eine Mehrheit der desinteressierten Nichtwählerinnen hält Politik für Männersache.“<sup>24</sup> Dieses Erkenntnis ist nicht neu, jedoch erhält sie eine neue Dimension, wenn berücksichtigt wird, daß rechtsextreme Parteien es geschafft haben, Frauen aus dem Nichtwählerinnenpotential bei Wahlen für sich zu mobilisieren. Allerdings wäre es verkürzt, allein sozial-isoliertes Hausfrauendasein verantwortlich für rechtsextreme Orientierungen zu erklären. Die Ursachen sind weitreichender.

### III. Subjektive Verarbeitungsmuster frauenspezifischer Lebenslagen

„Wir sind dazu da, dem Mann das Leben schön zu machen.“ „Die holen die ganzen Neger rein.“ „Der Schönhuber gefällt mir. Der ist für uns Arbeiter, für uns Deutsche. Und gegen Ausländer.“ „Bei den anderen Parteien wird die Frau doch nur wie ein besserer Mann behandelt.“ „Neugeborenes, nicht Lebenstüchtiges sollte man gleich . . .“<sup>25</sup> Diese und ähnliche Äußerungen machten Frauen gegenüber der Zeitschrift „Brigitte“. Sie sind aktive Mitglieder der Partei „Die Republikaner“ und sowohl Arbeiterinnen, Hausfrauen und/oder Arbeitslose als auch Frauen mit hochqualifizierten Ausbildungen in allen Altersgruppen. Diese politischen Meinungen sind durchaus nicht repräsentativ für die politischen Einstellungen von Frauen und sagen noch nichts über die Verbreitung rechtsextremer Orientierungen aus. Sie sind aber in doppelter Hinsicht beeindruckend: So greifen diese Frauen u. a. das rechtsextreme Frauenbild positiv auf, und zwar unabhängig von ihrer sozialen Schichtzugehörigkeit.

Was veranlaßt nun Frauen, solche politischen Positionen einzunehmen, Mitglied einer rechtsextremen Organisation zu werden oder rechtsextrem zu wählen? Die Suche nach Motiven für diese Reaktionen sind m. E. in den spezifischen Lebenslagen von Frauen zu suchen sowie in den gesellschaftlichen Handlungsspielräumen, die Frauen in unterschiedlicher Art und Weise, je nach sozialem Umfeld, zur Verfügung stehen. Das Hauptaugenmerk bei der Motivsuche soll auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und ihre Veränderungsprozesse gerichtet sein, die die Lebensbedingungen von Frauen prägen.

Vor dem Hintergrund, daß sich die Sozialisation und Lebensbedingungen nach wie vor nach der Maßgabe patriarchalischer Gesellschaftsstrukturen geschlechtsspezifisch entwickeln, die grundsätzlich verantwortlich für die Weichenstellungen in der Lebenslage und für die Bedingungen der Erfahrungswelt von Frauen sind, treten infolge von Modernisierungsprozessen zunehmend Individualisierungstendenzen hinzu. Die Modernisierung der Gesellschaft scheint jedoch auch positive Signalwirkungen in bezug auf die Teilhabe von Frauen an Bildung und Erwerbsarbeit mit sich gebracht zu haben. So hat die Berufstätigkeit in den Lebenskonzepten an Stellenwert gewonnen, und die Frauenerwerbsquote ist auf nahezu 40 Prozent gestiegen<sup>26</sup>. Es entsteht der Eindruck, als ob die Lebensgestaltung individueller und mit mehr Entscheidungsfreiheit vorgenommen werden kann.

23 Vgl. K. Möller (Anm. 18), S. 10.

24 Ebd., S. 10.

25 „Brigitte“, Heft-Nr. 5/90, S. 92 ff.

26 Vgl. C. Lohmeier, Wie immun sind Mädchen gegen Rechtsextremismus, in: Deutsche Jugend, (1991), S. 36.

Dennoch kristallisieren sich schwerwiegende Widersprüche zwischen den objektiven Lebensbedingungen, der objektiven Lebenspraxis und dem Lebenskonzept von Frauen heraus. Folgende Rahmenbedingungen haben Einfluß auf die soziobiographische Entwicklung:

- Die gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse sind gekennzeichnet durch erhöhte geographische und soziale Mobilitätsanforderungen und Segmentationsprozesse auf dem Arbeitsmarkt. Ein Phänomen, das für beide Geschlechter maßgeblich ist. Hierzu gehören u.a. Faktoren wie veränderte Berufsstrukturen, Arbeitsplatzunsicherheiten, Flexibilisierungstendenzen am Arbeitsplatz und in der Arbeitszeit sowie die Auflösung von Normalerwerbsbiographien<sup>27</sup>.
- Gleichzeitig lösen sich zunehmend traditionelle Bezüge wie soziale, familiale und religiöse Milieus auf, und traditionelle Normen und Werte als Integrationsmomente werden z.T. in Frage gestellt. Lebensplanungen und die Lebenspraxis individualisieren sich zunehmend<sup>28</sup>.

Diese beiden genannten Punkte bedeuten für beide Geschlechter tiefgreifende Veränderungen und Brüche in den Lebenslagen. Jedoch wird häufig übersehen, daß diese Entwicklungen in der spätbürgerlichen Gesellschaft für Frauen wesentlich radikalere Brüche mit sich bringen als für Männer. Denn auch in der hochindustrialisierten Gesellschaft werden die patriarchalischen Strukturen zumindest noch auf absehbare Zeit Gültigkeit behalten und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in ihrer Grundstruktur nicht aufgehoben. Somit wird der Frau weiterhin die Reproduktionsarbeit gesellschaftlich zugeteilt<sup>29</sup>.

So entstehen gravierende Widersprüche in der Lebensrealität von Frauen. Einerseits hat es die oben genannten positiven Signalwirkungen gegeben, die auch dazu geführt haben, daß nicht mehr von einem geringeren Qualifikations- und vor allem Bildungsniveau der Frauen gesprochen werden kann oder der Anspruch auf eine unabhängige Lebensführung gestiegen ist, aber anderer-

seits sind die strukturellen Ungleichheitsverhältnisse zwischen den Geschlechtern bestehen geblieben. Das bedeutet, daß Frauen nach wie vor hohe Zugangsbarrieren zum Ausbildungs- und Beschäftigungsbereich haben. So werden sie weiterhin überwiegend in sogenannten frauenspezifischen Berufen mit niedrigerer Bezahlung und höherem Arbeitsplatzrisiko ausgebildet. Folglich bleiben ihnen bestimmte männerdominierte Bereiche verschlossen und die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten in Spitzenpositionen der Wirtschaft, Politik oder öffentlichen Verwaltungen sind noch rar.

Hieraus entwickeln sich drei Widersprüchlichkeiten:

1. Die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten in der Lebenslage von Frauen haben sich erhöht und unterliegen gleichzeitig objektiven Beschränkungen auf dem Arbeitsmarkt.
2. Die aus diesen Freiräumen gewonnenen Ansprüche an das eigene Lebenskonzept werden konterkariert durch die Zuweisung der Reproduktionstätigkeit. Eine geschlechtsspezifische Rollenzuweisung wird seit Beginn der achtziger Jahre zudem flankiert durch eine konservative Politik der Aufwertung von Familie und Mutterdasein.
3. Die Zuweisung von Reproduktionsarbeit steht in einem Widerspruch zu den sozialen und geographischen Mobilitätsansprüchen in der Erwerbsarbeit.

So unterliegen Frauen wesentlich stärker sozialen und historischen Kontinuitätsbrüchen und individuellen Konflikten. Einerseits entsprechen die Sozialisationsnormen und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung der frauenspezifischen Normalbiographie, andererseits haben sich neue Handlungsperspektiven für Frauen geöffnet, die auf ein familienunabhängiges Leben zielen.

Der Umgang mit diesem Konflikt ist jeweils abhängig von den sozio-ökologischen und -biographischen Handlungsinstrumentarien. Entweder wird versucht, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, was aufgrund der bereits erwähnten Anforderungen nicht nur zu einer Mehrfachbelastung führt, sondern gleichzeitig zu einer Begrenzung beruflicher Perspektiven. Andererseits ist häufig eine Verarbeitung dieser Situation nur schwer möglich und durchhaltbar, so daß Frauen den Rückzug in die Familie und die traditionelle Mutterrolle antreten. Als dritte Reaktion ist letztendlich nur noch die Anpassung an bzw. Unterordnung unter die nach männlichen Verhaltensmustern strukturierte Erwerbsarbeit möglich. Das bedeutet aber auch eine Aneignung entsprechender Leistungs-, Konkurrenz- und Mobilitätsansprüche und der Verzicht auf Kinder.

27 Vgl. G. Siller, Junge Frauen und Rechtsextremismus. Zum Zusammenhang von weiblicher Lebenserfahrung und rechtsextremistischem Gedankengut, in: Deutsche Jugend (1991), S. 24; H. Kern/Chr. F. Sabel, Gewerkschaften im Prozeß der industriellen Reorganisation. Eine Skizze ihrer strategischen Probleme, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, (1989) 10, S. 610ff.; M. Baethge u. a., Jugend: Arbeit und Identität, Lebensperspektiven und Interessenorientierung von Jugendlichen, Opladen 1989, S. 38 ff.

28 Vgl. U. Beck, Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, in: R. Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheit, in: Soziale Welt, 1983, SB 2, S. 36.

29 Vgl. E. Beck-Gernsheim, Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf, Frauenwelt Familie, Frankfurt/M. 1980, S. 64 ff.

---

#### IV. Rechtsextremistische Orientierungen und politische Umformungsprozesse

---

In welchem Zusammenhang steht nun die oben skizzierte widersprüchliche Lebensrealität von Frauen mit der Herausbildung rechtsextremistischer Orientierungsmuster? Zunächst muß festgehalten werden, daß die geschilderten Umgangsformen mit den konfliktreichen Erfahrungen im Lebenskonzept weitreichende individuelle Konsequenzen haben. Sowohl der Versuch der Vereinbarung von Familie und Beruf unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen als auch der Rückzug in die traditionelle Frauenrolle vor dem Hintergrund veränderter Ansprüche an das eigene Lebenskonzept erfolgen zumeist erzwungen. Entscheiden sich Frauen nicht „freiwillig“ zu diesen Wegen, sondern aufgrund der enttäuschten Erwartungen im Berufsleben und aufgrund des zu hohen Drucks, entsteht häufig ein „Vakuum“ in der bereits herausgebildeten Identität und ein Konflikt mit der Rollenzuweisung und -erwartung, die nicht nur von „außen“ an Frauen gestellt, sondern auch von „innen“ durch ihre Sozialisation vermittelt wird.

Die politischen Umformungsprozesse, die sich aus dieser Situation ergeben, münden nicht automatisch in rechtsextreme Orientierungen. Jedoch liegt hier ein Gefahrenpotential, das nicht zu unterschätzen ist. Denn zur Ausfüllung des „Identitätsvakuum“ bietet die rechtsextreme Ideologie Interpretationsmöglichkeiten. Die Verunsicherung von Rollenzuweisungen kann kompensiert werden durch eine Aufwertung eben dieser tradierten Geschlechterrollen und der Reproduktionstätigkeit. Das rechtsextreme Frauenbild garantiert eine „Gleichwertigkeit“ von Familienarbeit und vollzieht eine Abgrenzung in ihrer Ungleichheitsideologie zu anderen sozialen Gruppen, wie bspw. zu Ausländern.

Dieser Aspekt ist nicht zu unterschätzen, denn den genannten Folgen der ambivalenten und konfliktreichen Lebensrealität wird eine Hebung des Selbstwertgefühls entgegengesetzt und den Frauen ein hochbewerteter Platz in der Gesellschaft zugewiesen. Eine Zustimmung zu diesen Politikkonzepten ist aber nur dadurch möglich, daß tradierte Werte und Normen gesellschaftlich akzeptiert und Bestandteile der politischen Kultur sind.

Das oben geschilderte Frauenbild vor allem der „Neuen Rechten“ und der „Republikaner“ ist nicht nur eine rechtsextreme Spezialität, sondern weit verbreitet, und zwar nicht nur in ähnlicher Form in konservativen Konzepten. Das Verständnis von einem Wesensunterschied zwischen den Geschlechtern sowie die „natürliche“ Bestimmung der Frau als Mutter und Zentrum der Familie ist

eine weitverbreitete Orientierung und bietet eine andere Sinnstiftung in der genannten Konfliktsituation. Gleichzeitig kann sich eine Abgrenzung von den Parteien und Bewegungen vollziehen, denen unterstellt wird, daß sie Frauen männerspezifische Verhaltensweisen abverlangen.

Der politische Umformungsprozeß der frauenspezifischen Lebenserfahrung in rechtsextreme Orientierungen ermöglicht somit eine „Neubewertung“ der eigenen Rolle und eine „positive“ Abgrenzung von anderen sozialen Gruppen durch die Ideologie der „natürlichen Ungleichheit“. Daß Frauen noch weniger als Männer ihrer Frustration durch nach außen gewendete Aggressivität und direkte Gewaltanwendung ein Ventil verschaffen, ist oben schon geklärt worden. Dafür dominiert hier eher der Ruf nach einem autoritären Staat, der sich bezeichnenderweise auch gegen männliche Gewalt richtet, wie verschärfte Strafverfolgung bei Sexualverbrechen.

Die politischen Umformungsprozesse sind im Zuge der Individualisierungstendenzen darüber hinaus durch fehlende kollektive Verarbeitungsmöglichkeiten geprägt. Die sich auflösenden sozialen und kulturellen Milieus wären allerdings auch nicht die geeignete Plattform gewesen, die Konflikte produktiv anzugehen, da sie auch Träger tradierter geschlechtsspezifischer Rollenzuweisungen waren und noch sind. Alternative kollektive Zusammenhänge haben sich bisher jedoch nicht herausgebildet, die eine Perspektive zur Bewältigung der Widersprüche in der Lebenspraxis von Frauen bieten könnten.

---

#### V. Schlußbemerkung

---

Frauen sind bisher bei politisch „auffälligen“ Aktionsformen der rechtsextremen Szene wenig in Erscheinung getreten; ihr Anteil an den Wählerstimmen rechtsextremer Parteien ist im Vergleich zu Männern gering, und ihr Organisationsgrad in den Gruppierungen des rechtsextremen Spektrums ist relativ niedrig. Dies hat in der Vergangenheit dazu geführt, ihnen implizit einen gewissen Grad an Immunität gegenüber rechtsextremen Politikkonzepten zuzuschreiben und sie in wissenschaftlichen Untersuchungen zu vernachlässigen.

Obwohl bislang keine eindeutigen empirischen Daten vorliegen, konnte allerdings in der hier vorgenommenen Betrachtung auf einige Anhaltspunkte hingewiesen werden, die die Vermutung untermauern, daß keine signifikanten Unterschiede in der Verbreitung rechtsextremistischer Orientierungsmuster zwischen Männern und Frauen vorhanden sind. Jedoch verweisen die Ausprägungsmerkmale und die Motivation von Frauen, rechtsextremen Ungleichheitsideologie

men zumindest teilweise zuzustimmen, auf geschlechtsspezifische Divergenzen.

Sowohl Anhaltspunkte als auch Divergenzen ergeben sich aus der frauenspezifischen Sozialisation und der sozialen Lebenslage, die wiederum durch spezifische sozio-kulturelle Brüche und historische Widersprüche gekennzeichnet sind. Sie lassen es notwendig werden, neue methodische und methodologische Überlegungen in die Rechtsextremismus-Forschung aufzunehmen, um der Komplexität gesellschaftlicher Ursachen, Bedingungen und Ausprägungen rechtsextremistischer Orientierungen sowie möglicher Gefährdungspotentiale Rechnung zu tragen.

Die eingangs kurz skizzierte Entwicklung in den rechtsextremen Subkulturen und deren Grauzone lassen zudem vermuten, daß in Zukunft auch Mädchen und Frauen ihr gesellschaftlich-politisch „unauffälliges“ Verhalten ändern werden und eine Umorientierung in der wissenschaftlichen Diskussion um so dringender werden lassen. Voraussetzung hierfür ist allerdings ein Perspektivenwechsel von einer geschlechtsunspezifischen bzw. männer-spezifischen zu einer geschlechtsspezifischen Sichtweise der Rechtsextremismusproblematik. Dies betrifft nicht nur die organisationsbezogene Rechtsextremismus-Forschung, sondern ebenso die Vorfeld-Studien, deren Erkenntnisinteresse von der Orientierungsmuster-Perspektive geleitet wird.

# Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland

## Von den Anfängen bis zur Gegenwart

---

### I. Problemstellung

---

Der Zusammenbruch des „real-existierenden Sozialismus“ auf deutschem Boden und die ihm nachfolgende Einigung Deutschlands hat auf vielen Gebieten zu Änderungen historischen Ausmaßes geführt. Davon ist nicht zuletzt auch der politische Extremismus betroffen. Sowohl seine rechte als auch seine linke Variante sieht sich vor grundsätzlich neue Herausforderungen gestellt. Folgende Paradoxien sind augenfällig: In die Schlagzeilen geraten gegenwärtig einerseits fast ausschließlich rechte Varianten des Extremismus (z. B. ausländergefeindliche Strömungen oder neonationalsozialistische Tendenzen), obwohl doch das DDR-System linksextremistisch geprägt war. Andererseits lenkt die allenthalben zu beobachtende einseitige Fixierung auf die Staatssicherheit<sup>1</sup> davon ab, daß in der DDR die Herrschaft von der SED ausging. Der von der PDS mit Genugtuung zur Kenntnis genommene Hinweis der Gauck-Behörde, der frühere DDR-Ministerpräsident Hans Modrow sei kein Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit gewesen, ist richtig und falsch zugleich. Als Chef der SED-Bezirksleitung Dresden mußte und durfte er gar nicht für den der Partei unterstellten Staatssicherheitsdienst tätig sein. Die einschlägigen Akten gingen gleichwohl über seinen Schreibtisch. Insofern ist eine Auskunft der Gauck-Behörde über Modrows Unbescholtenheit formal zutreffend, in der Sache aber irreführend. Wie stark jemand dem Unrechtssystem in der DDR gedient hat und in dieses verstrickt war, hängt demnach nicht oder nicht nur von der Intensität seiner Zuarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit ab<sup>2</sup>.

1 Im Interesse wissenschaftlicher Klarheit sollte von dämonisierenden bzw. verniedlichenden Bezeichnungen wie „Stasi“ und „Nazi“ Abstand genommen werden.

2 Vgl. zu diesem Komplex die lange vor der „Wende“ verfaßte (und nur unzureichend gewürdigte) Arbeit von Karl Wilhelm Fricke, *Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder*, Köln 1989<sup>3</sup>. Derselbe Autor hat mittlerweile eine neue Schrift vorgelegt: *MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Analyse und Dokumentation*, Köln 1991. Siehe ferner: David Gill/Ulrich Schröter, *Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums*, Berlin 1991; Joachim Gauck, *Die Stasi-Akten. Das unheimliche Erbe der DDR*, Hamburg 1991; Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), *„Ich liebe euch doch alle!“ Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989*, Berlin 1990; Erich Loest, *Die Stasi war mein Eckermann. Oder: Mein Leben mit der Wanze*, Göttingen

Wer diese in erster Linie als „Staat im Staat“ ansieht, verkennt die Rolle einer kommunistischen Staatspartei.

Der folgende Beitrag soll zwecks besserer Einordnung einen Überblick zur linksextremistischen Szene in der Bundesrepublik geben – zur vergangenen, zur gegenwärtigen und zur zukünftigen Entwicklung. Ausgeklammert wird der linksextremistische Terrorismus, dessen Aktivitäten seit Anfang der siebziger Jahre zum Erscheinungsbild der Bundesrepublik gehören, auch wenn sie gegenwärtig stagnieren, ja rückläufig sind<sup>3</sup>. Es liegt zudem in der Natur der Sache, daß ein solcher Überblick das Auf und Ab linksextremistischer Bestrebungen nur grob skizzieren kann<sup>4</sup>. Die chronologische Anlage der Arbeit soll die Frage nach der Gefahr des linken Extremismus in Gesamtdeutschland beantworten helfen. Ist „Entwarnung“ angesagt, oder besteht die Notwendigkeit zu beständiger Alarmbereitschaft? Handelt es sich dabei überhaupt um eine angemessene Alternative?

---

### II. Situation bis 1989

---

In den ersten vierzig Jahren der Bundesrepublik Deutschland konnten linksextremistische Tendenzen den demokratischen Verfassungsstaat nicht ge-

1991; Manfred Schell/Werner Kalinka, *Stasi und kein Ende. Die Personen und Fakten*, Berlin–Frankfurt/M. 1991; Lienhard Wawrzyn, *Der Blaue. Das Spitzelsystem der DDR*, Berlin 1991; Christina Wilkening, *Staat im Staate. Auskünfte ehemaliger Stasi-Mitarbeiter*, Berlin–Weimar 1990; Anne Worst, *Das Ende eines Geheimdienstes. Oder: Wie lebendig ist die Stasi?*, Berlin 1991. Markus Wolf, *Im eigenen Auftrag. Bekenntnisse und Einsichten*, München 1991. Manche Arbeiten zur Staatssicherheit sind kolportagehaft und wissenschaftlich wenig ergiebig.

3 Über den Terrorismus sind jüngst einige zusammenfassende Arbeiten aus unterschiedlichen Richtungen erschienen: Uwe Backes, *Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach*, Erlangen 1991; Butz Peters, *RAF. Terrorismus in Deutschland*, Stuttgart 1991; Heinrich Hannover, *Terroristenprozesse. Erfahrungen und Erkenntnisse eines Strafverteidigers*, Hamburg 1991; Rolf Gössner, *Das Anti-Terror-System. Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat*, Hamburg 1991; Margot Overath, *Drachenzähne. Gespräche, Dokumente und Recherchen aus der Wirklichkeit der Hochsicherheitsjustiz*, Hamburg 1991.

4 Vgl. für Einzelheiten Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bd. II: Analyse*, Köln 1989, S. 96–149.

führen. Die stärkste Kraft im Bereich des Linksextremismus war diejenige Form des Kommunismus, die sich am politischen System der DDR orientierte – zunächst die KPD, später die DKP. Allerdings dürfen andere Gruppierungen nicht gänzlich vernachlässigt werden.

Die Kommunistische Partei Deutschlands war in der Weimarer Republik eine machtvolle Bewegung, zumal in der Endzeit, konnte jedoch die als „sozialfaschistisch“ diffamierte Sozialdemokratie nicht überrunden, obwohl der Abstand bis zu den Novemberwahlen von 1932 auf wenige Prozentpunkte zusammenschrumpfte (SPD: 20,4 Prozent; KPD: 16,9 Prozent). Im Dritten Reich mußten Mitglieder der KPD, die sich bereits in den zwanziger Jahren an der Sowjetunion orientierte, aufgrund ihrer Widerstandsaktivitäten einen hohen Blutzoll entrichten<sup>5</sup>. Dieser moralische Bonus wurde nach 1945 schnell verspielt. Die KPD, Satellit der SED, die wiederum ein Satellit der KPdSU war, diskreditierte sich zunehmend. Insofern durfte ihre nachlassende Bedeutung nicht verwundern. Der Niedergang der KPD war also weniger eine Reaktion auf den Verbotsantrag der Bundesregierung von 1951. Hatte die KPD bei den Landtagswahlen 1946/47 noch ca. zehn Prozent der Stimmen erzielt, kam sie bei der Bundestagswahl 1949 auf 5,7 Prozent der Stimmen und 1953 nur noch auf 2,2. Obwohl die KPD gesellschaftlich weitgehend stigmatisiert war, konnte sie dank konspirativer Tätigkeit der SED mittels gutgläubiger Patrioten oder Idealisten, die sich vor den Karren der Kommunisten spannen ließen, den einen oder anderen Erfolg für sich verbuchen – etwa beim Versuch, die Westintegration der Bundesrepublik zu verzögern, wenn nicht gar zu verhindern<sup>6</sup>.

Das rechtlich einwandfreie, politisch aber umstrittene Verbot im Jahre 1956 durch das Bundesverfassungsgericht setzte den Schlußpunkt unter eine dahinsiechende Partei, die in ihrem Programm von 1952 zum revolutionären Sturz der Adenauer-Regierung aufgerufen hatte. Vor und nach dem Verbot wurde eine Reihe von Tarn-, Ersatz- oder Nebenorganisationen ins Leben gerufen. Die Exekutive griff gegen diese zur Zeit des Kalten Krieges rigoros durch. Die illegalen Aktivitäten der Partei<sup>7</sup> konzentrierten sich auf die Gewerkschaften und auf die Unterwanderung neutralistisch-pazifisti-

5 Vgl. zusammenfassend Hermann Weber, *Kommunismus in Deutschland*, Darmstadt 1983. Für die Zeit der Weimarer Republik ders., *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1969; für die Zeit des Nationalsozialismus: Horst Duhnke, *Die KPD 1933–1945*, Köln 1972.

6 Dies wird gezeigt am Beispiel des Reichskanzlers der Weimarer Republik, Joseph Wirth, von Michael Lemke, *Von der SED eingespannt*, in: *Die Politische Meinung*, 36 (1991) 8, S. 25–30.

7 Vgl. dazu die bemerkenswert selbstkritischen Ausführungen eines kommunistischen Wissenschaftlers: Georg Fülberth, *KPD und DKP 1945–1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung*, Heilbronn 1990, S 91–115.

scher Gruppierungen. Die angesichts der Machtverhältnisse defensiv ausgerichtete kommunistische Propaganda konzentrierte sich auf den Kampf gegen den Antikommunismus und für den Antifaschismus. Bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre beschränkte sich die linksextremistische Szene weitgehend auf den an der Sowjetunion orientierten Kommunismus.

Mit der studentischen Protestbewegung und ihren geradezu kulturrevolutionären Auswirkungen setzte eine Auffächerung ein<sup>8</sup>. Die antiautoritäre Bewegung unter Führung des von der SPD verstoßenen Sozialistischen Deutschen Studentenbundes<sup>9</sup> sympathisierte mit Revolutionsbewegungen der Dritten Welt und lehnte das der Manipulation der „Massen“ dienende parlamentarische Getriebe im „Spätkapitalismus“ ebenso ab wie den als „bürokratisiert“ geltenden „realen Sozialismus“ der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten. Doch der SDS löste sich im März 1970 auf<sup>10</sup>.

Als eine Art Spaltprodukt der Studentenbewegung entstand in der Folgezeit eine Reihe sogenannter „K-Gruppen“, die sich revolutionär gebärdeten: Der Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung sei versteinert, „revisionistisch“. Es handelte sich daher um Spielarten des Maoismus, was aber nicht immer auf eine Orientierung an der chinesischen Politik hinauslaufen mußte. Für die von Ernst Aust am 31. Dezember 1968 – just fünfzig Jahre nach der KPD – ins Leben gerufene Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten firmierte Albanien als das alleinige Vorbild. Die von der „reinen Lehre“ überzeugten Gruppierungen bekämpften einander heftig. Das „beste“ Ergebnis für „K-Gruppen“, denen selbst ein Mindestmaß an innerer Demokratie fehlte, kam bei der Bundestagswahl 1976 zustande: Der Kommunistische Bund Westdeutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands erreichten jeweils 0,1 Prozent der Stimmen. Heutzutage sind diese Gruppierungen, die sich bei allem Haß gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat nicht als Durchgangsstation für den Terrorismus erwiesen, entweder von der politischen Bildfläche verschwunden oder isolierter denn je. Das gilt weniger für die von Gewaltherrschaft gekennzeichnete „autonome Szene“, die in gewisser Weise auch von der studentisch geprägten Protestbewegung ihren Ausgangspunkt genommen hat. Militante Autonome sind aufgrund schwacher theoretischer Vorstellungen nur schwer einzuordnen<sup>11</sup>. Alle Strömungen eint freilich die prinzipielle Bejahung von Gewalt.

8 Vgl. Gerd Langguth, *Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance*, Köln 1983.

9 Vgl. Tilman Fichter, *SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei*, Opladen 1988.

10 Vgl. Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker, *Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung*, Berlin 1977.

11 Vgl. folgende Selbstdarstellung unter Pseudonym: Geronimo, *Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen*, Berlin 1990.



Mit der Studentenbewegung liberalisierte sich das politische Klima. Davon profitierte auch der Kommunismus sowjetischer Couleur<sup>12</sup>. Da das KPD-Verbot nicht aufzuheben war, kam es im Herbst 1968 – unter Duldung und Mitwirkung des Bundesjustizministers Gustav W. Heinemann – zur „Neukonstituierung“ einer kommunistischen Partei<sup>13</sup>. Die Deutsche Kommunistische Partei wurde faktisch die Nachfolgeorganisation der KPD. Ihre Wahlerfolge fielen bescheiden aus: Kandidierte sie bei der Bundestagswahl 1969 nur innerhalb der von ihr beherrschten „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (0,6 Prozent), so blieb sie 1972 und 1976 mit jeweils 0,3 Prozent, 1980 und 1983 mit jeweils 0,2 Prozent der Stimmen selbst unter der für die Wahlkampfkostenerstattung wichtigen Schwelle von 0,5 Prozent. Auf drei Wähler kamen zwei Mitglieder! Bei der Bundestagswahl 1987 kandidierte die Partei nicht: Die von ihr dominierte „Friedensliste“ stellte lediglich Wahlkreis-kandidaten auf. Und bei der Bundestagswahl 1990, kurz nach der Wiedervereinigung, verzichtete die DKP ebenfalls auf eine Kandidatur und unterstützte die PDS.

Nun darf nicht der Schluß von den mageren Wahlergebnissen auf die Einflußlosigkeit der DKP in den siebziger und achtziger Jahren gezogen werden. Dank geschickter und verdeckter Bündnisstrategie war es ihr gelungen, in gesellschaftlichen Teilbereichen Einfluß zu erlangen. Das gilt etwa für einige Einzelgewerkschaften, in denen gegen die DKP kaum eine wichtige Entscheidung durchzusetzen war<sup>14</sup>. Auch außerparlamentarische Aktivitäten der DKP verpuffen nicht. Die in den fünfziger Jahren noch selbstverständliche Abgrenzung zwischen der demokratischen und der extremistischen Linken funktionierte nicht mehr<sup>15</sup>. So versuchte die DKP recht erfolgreich, die Friedensbewegung für ihre Interessen einzuspannen. Insbesondere bei der Kampagne gegen die „Berufsverbote“ verstand sie es, in weiten Teilen der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, die Schutzmaßnahmen des demokratischen Staates höhlten die Liberalität aus. Die kommunistisch dominierte Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ erwies sich aufgrund ihrer Betriebsamkeit auch im Ausland als außerordentlich erfolgreich. Vielen ihrer Unter-

stellungen und Verdrehungen zum „Duckmäuser-tum“ und zur „Gesinnungsschnüffelei“ wurde Glauben geschenkt. Charakteristisch für die Bündnispolitik der DKP war die Strategie des Antifaschismus: Selbstverständlich erschienen nur „Berufsverbote“ gegen Linksextreme als kritikwürdig. Dem Staat wurde im Gegenteil vorgeworfen, Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst zu dulden. Auch der kritische Beobachter muß der DKP bescheinigen, daß sie das politische Koordinatensystem im Verein mit anderen Kräften ideologisch zu beeinflussen verstand. Allerdings bezog sich der von ihr angestrebte antifaschistische Konsens mehr auf intellektuelle Eliten, weniger auf politische Entscheidungsträger.

Die Geschichte vom „Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus“<sup>16</sup> ist eine Geschichte seiner Abhängigkeit von der Sowjetunion. Die enge Anbindung an die DDR machte Stärke und Schwäche des Kommunismus zugleich aus. Die Stärke zeigte sich in der finanziellen, organisatorischen und ideologischen Unterstützung. Aber das Negativbeispiel der DDR wiederum schreckte viele Bürger ab. Insofern mußte die DKP immer bemüht sein, selber nicht so stark in Erscheinung zu treten. Das schwächte notwendigerweise ihre Durchschlagskraft.

Die Krise der DKP in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde nicht durch die starke Anbindung an die Sowjetunion ausgelöst, sondern gerade umgekehrt durch eine gewisse Abwendung von ihr. Denn Gorbatschows im Namen von Glasnost und Perestroika eingeleitete Reformpolitik fand nicht die volle Unterstützung der DKP wie der SED-Spitze. Innerhalb der DKP bildeten sich mit den „Traditionalisten“ und den „Erneuerern“ zwei Linien heraus. Als das SED-Regime im „deutschen Herbst“ in ihre Krise geriet, vergrößerte sich auch die der DKP. Ihre vielfältige Abhängigkeit von der SED wurde nun vollends offenbar.

Was der Verfassungsschutz immer wieder gesagt hatte, erwies sich als richtig: Die DKP war finanziell von der SED abhängig. Gleiches galt für Organisationen wie die Deutsche Friedens-Union (DFU) oder die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland (VVN-BdA), die nach außen hin den Eindruck kommunistischer Unabhängigkeit erweckten. Bei Verlagen sah dies nicht anders aus. „Das plötzliche Versiegen ihrer Geldquellen hat die DKP-Finanzbuchhalter sicher überrascht. Drei Tage vor seinem Rücktritt hatte Erich Honecker noch den ‚Finanzplan der DKP für das Jahr 1990‘ abgesegnet, der 67,9 Millionen Westmark für die Bruderpartei vorsah. Doch der Gang der Ereignisse machte der Bruderhilfe einen

12 Die häufig verwendete Bezeichnung „orthodoxer Kommunismus“ wird nicht verwendet. Schließlich ist der chinesische Kommunismus mindestens ebenso „orthodox“ wie der sowjetische, zumal er eigens diesem „Entartung“ vorwirft.

13 Vgl. Wilhelm Mensing, Nehmen oder Annehmen. Die verbotene KPD auf der Suche nach politischer Teilhabe, Zürich-Osnabrück 1989; ders., Wir wollen unsere Kommunisten wieder haben... Demokratische Starthilfen für die Gründung der DKP, Zürich-Osnabrück 1989.

14 Vgl. Manfred Wilke, Einheitsgewerkschaft zwischen demokratischem und antifaschistischem Bündnis, Melle 1985.

15 Vgl. Wolfgang Rudzio, Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988.

16 Hermann Weber, Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/91, S. 25–39.

Strich durch die Rechnung. . . Ab Anfang Dezember waren die Kassen der DKP leer, und es folgte ein Zusammenbruch auf der ganzen Linie.“<sup>17</sup> Der Organisationsapparat fiel geradezu schlagartig auseinander<sup>18</sup>.

---

### III. Gegenwärtige Situation

---

Die von vielen als stabil angesehene DDR fiel nach der Flucht- und nach der Demonstrationbewegung wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Die Versuche der SED, später der SED/PDS, schließlich der PDS, unter dem nicht demokratisch legitimierten Ministerpräsidenten Hans Modrow das Steuer wieder in die Hand zu bekommen, schlugen fehl. Der Sturz der SED mündete in die Vereinigung Deutschlands.

Durch den Zusammenbruch in der DDR beschleunigte sich der Zerfallsprozeß der DKP, der stärksten Kraft im Bereich des organisierten Linksextremismus. Von ihren einst 40 000 Mitgliedern aus den siebziger und achtziger Jahren sind ihr keine 10 000 mehr verblieben. Manche schlossen sich anderen kommunistischen Gruppierungen an, wenige gingen zu den Grünen oder zur PDS. Auf dem 10. Parteitag im März 1990 löste ein vierköpfiger Sprecherrat (Anne Frohnweiler, Rolf Priemer, Helga Rosenberg, Heinz Stehr) den langjährigen Vorsitzenden Herbert Mies und seine Stellvertreterin Ellen Weber ab, die erneut in den Parteivorstand kam. Der 11. Parteitag der DKP im Mai 1991 bestätigte diese Wahl. Rolf Priemer analysierte dort die Veränderungen in Deutschland: „Der Niedergang in der früheren DDR sei nicht Folge von Anpassungsschwierigkeiten und auch nicht allein der sogenannten SED-Mißwirtschaft anzulasten. Er sei zuallererst das Ergebnis des kapitalistischen Charakters dieser Anpassung, der imperialistischen Art der Vereinnahmung der neuen Ostprovinzen durch das bundesdeutsche Finanzkapital.“<sup>19</sup> Und Helga Rosenberg zeigte nach dem ge-

---

17 Peter Schütt, Die Musik bestimmt, wer bezahlt. Wie die SED die westdeutsche „Bruderpartei“ DKP finanziell gesteuert hat, in: Deutschland Archiv, 23 (1990), S. 1724. Siehe auch Christian Wernicke, Alte Spenden aus dem Osten. Wie die SED die westdeutsche DKP finanzierte, in: Die Zeit vom 20. April 1990. Vgl. ferner: Untersuchungskommission der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) bestätigt Abhängigkeit von der SED, in: Innere Sicherheit, Heft 3/91, S. 7f.

18 Vgl. sehr detailliert Patrick Moreau, Der westdeutsche Kommunismus in der Krise – ideologische Auseinandersetzungen und Etappen des organisatorischen Verfalls, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 2, Köln 1990, S. 170–206; ders., Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strategien in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46–47/90, S. 38–53.

19 Günter Labudda/Werner Finkemeier, DKP-Parteitag in Bonn: Weitere Schritte auf dem Weg der Erneuerung, in: Unsere Zeit vom 17. Mai 1991.

scheiterten Putschversuch in der Sowjetunion auf einer Parteivorstands-Tagung Flagge. Sie warf der eigenen Partei eine unkritische Haltung gegenüber der „Liquidationspolitik“ Gorbatschows vor: „Gorbatschow hat die DDR nicht nur für ein paar Mrd. DM verkauft, vorher wurde die SED – bei sowieso schon vorhandenen Schwierigkeiten – nach Art Gorbatschows von innen heraus liquidiert. . . Ich bin davon überzeugt, daß es für die Gesundung unserer Partei notwendig sein muß, das Liquidatorentum radikal zu kritisieren und zu überwinden.“<sup>20</sup>

Auf ihre Nebenorganisationen und von der DKP beeinflussten Organisationen wirkte sich die Entwicklung verheerend aus. Die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) schrumpfte zu einer winzigen Gruppe, und der „Marxistische Studentinnen- und Studentenbund Spartakus“ (MSB) löste sich im Juni 1990 gar auf. Vorfeldorganisationen wie die DFU und die VVN-BdA sind in ihrer bündnispolitischen Rolle stark beeinträchtigt.

Als besonders aufschlußreich muß die Entwicklung der ebenfalls von der SED gesteuerten „Sozialistischen Einheitspartei Westberlins“ (SEW) gelten, die Ende 1988 noch über 4 500 Mitglieder hatte. Sie konstituierte sich nach dem Scheitern des „realen Sozialismus“ im April 1990 als „Sozialistische Initiative“, ehe Mitte des Jahres 1991 schließlich die Auflösung erfolgte. Die meisten der 500 verbliebenen Mitglieder gingen zur PDS. Damit fand diese Partei, die aufgrund der alliierten Vorbehaltsrechte in Westberlin – im Gegensatz zur NPD – niemals verboten war, ein unrühmliches Ende.

Nicht nur die DKP, sondern das gesamte linksextreme Spektrum wurde vom Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ in Mitleidenschaft gezogen. Bei der Bundestagswahl 1990 kandidierte nur die PDS, die aufgrund der für die Wahlgebiete Ost und West gesondert geltenden Sperrklauselregelung mit 2,4 Prozent in den Deutschen Bundestag einzog (Ost: 11,1 Prozent; West: 0,3 Prozent), sieht man einmal von Splittergruppen wie der „Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands“ oder der KPD ab<sup>21</sup>. Bei dem Wahlbündnis Linke Liste/PDS wurden neben sechs Mitgliedern der DKP auch solche aus den Reihen der „K-Gruppen“ aufgestellt (wie beispielsweise aus dem Kommunistischen Bund oder der Vereinigten Sozialistischen Partei – einem Zusammenschluß einer trotzkistischen Gruppierung mit der früheren KPD/ML). Andere linksextreme Gruppierungen forderten zum Wahlboykott auf. An der Spitze dieser Initiative stand die 1989 ins Leben gerufene Sammlungsbewegung „Radikale Linke“, die frühere Repräsentanten aus den Rei-

---

20 Helga Rosenberg, Die Perestroika und wir, in: Unsere Zeit vom 20. September 1991.

21 Vgl. Eckhard Jesse, Wahlen 1990, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 3, Köln 1991, S. 97–112.

hen der „K-Gruppen“, der DKP, der Troztkisten sowie der Grünen (etwa Thomas Ebermann und Rainer Trampert) umfaßt und sich auf originelle Forderungen wie „Nie Wieder Deutschland“ zu einigen wußte<sup>22</sup>. Ein organisatorisches Dach ist für die „Radikale Linke“ bisher nicht geschaffen worden. Anders bei der „Ökologischen Linken“, die sich unter der Ägide von Jutta Ditfurth im Dezember 1991 als Partei konstituierte. Sie versteht sich als „radikal-ökologisch, antifaschistisch, feministisch, antiklerikal, antimilitaristisch und basisdemokratisch“<sup>23</sup>.

Scheinen mit der „Radikalen Linken“ und der „Ökologischen Linken“ Gruppen neu zu entstehen, so verschwinden andere. Das gilt etwa für die ideologisch schwer einzuschätzende „Marxistische Gruppe“ – ein sektiererischer Geheimbund mit über 10 000 Anhängern, insbesondere an süddeutschen Universitäten<sup>24</sup>. Dieser aktive und zynisch argumentierende Verschwörerkonventikel, der die „Annexion“ der DDR heftig kritisiert hatte<sup>25</sup>, löste sich im Frühjahr 1991 überraschend auf, offensichtlich deshalb, weil die konspirativen Bemühungen in Kreisen der Wirtschaft ruchbar wurden und zu Entlassungen von MG-Mitgliedern führten. Noch die Auflösungserklärung ist von besonderer Form der Unbelehrbarkeit inspiriert: „Wir geben nicht auf, weil wir wegen mangelnder Nachfrage nach kommunistischer Kritik an unseren Ansichten Zweifel bekommen hätten. Wir geben auch nicht auf, weil die Welt den Kommunismus für tot erklärt. Wir lösen uns auf, weil uns der freiheitliche demokratische Rechtsstaat mit seinem Verfolgungswahn keine Wahl läßt. Und der staatlichen Fahndung Märtyrer anzubieten, ist uns zu blöd.“<sup>26</sup> Skepsis ist angebracht, ob die Auflösung tatsächlich befolgt wird.

Auch der lange in sich zerstrittene, 1971 gegründete Kommunistische Bund – die eine Richtung stand der PDS nahe, die andere gruppierte sich um die „Radikale Linke“ – löste sich im Juni 1991

22 Vgl. Kongreßvorbereitungsgruppe (Hrsg.), Die Radikale Linke. Reader zum Kongreß vom 1.–3. Juni 1990 in Köln, Hamburg 1990; Kongreß der Radikalen Linken. Reden und Diskussionsbeiträge zum Kongreß an Pfingsten 1990 und auf der Demo „Nie wieder Deutschland“ am 12. 5. 1990 in Frankfurt am Main, Frankfurt/M. 1990. Siehe etwa auch: Jutta Ditfurth, Deutschland zum Kotzen, in: Neues Deutschland vom 12./13. Oktober 1991.

23 Zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Dezember 1991.

24 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Die „Marxistische Gruppe“ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes, Bonn 1991.

25 Vgl. Peter Decker/Karl Held, DDR kaputt – Deutschland ganz. Eine Abrechnung mit dem „Realen Sozialismus“ und dem Imperialismus deutscher Nation, Bd. 1, München 1989; dies., DDR kaputt – Deutschland ganz. Der Anschluß: – Eine Abrechnung mit der neuen Nation und ihrem Nationalismus, Bd. 2, München 1990.

26 Erklärung, in: Marxistische Streit- und Zeitschrift Gegen die Kosten der Freiheit, 4/91, S. 20. (Diese Nummer ist ausschließlich der Schrift des Bundesinnenministeriums gewidmet).

auf<sup>27</sup>. Der KB vollzog damit das nach, was die meisten anderen „K-Gruppen“ lange hinter sich hatten. Die von einer Minderheit des KB im August 1991 ins Leben gerufene „Gruppe K“ ist von vornherein zum Scheitern verurteilt<sup>28</sup>.

Die aus den Bürgerbewegungen hervorgegangene „Vereinigte Linke“ (VL)<sup>29</sup> hat sich weder im östlichen noch gar im westlichen Deutschland etablieren können. Sie war am zentralen „Runden Tisch“ vom Dezember 1989 bis März 1990 vertreten. Im Gegensatz zu anderen Bürgerbewegungen trat sie nicht in Modrows „Regierung der nationalen Verantwortung“ ein, weil sie sich nicht mit der sich abzeichnenden Einheit Deutschlands anfreunden konnte, und sie schloß sich aufgrund ideologischer Differenzen auch nicht dem Bündnis 90 an. Gemeinsam mit der marxistischen Partei „Die Nelken“<sup>30</sup> kam es bei der Volkskammerwahl zu einem „Aktionsbündnis Vereinigte Linke“: 20 342 Wähler (0,18 Prozent) brachten ein Mandat. Zum Teil kandidierten Mitglieder der VL auf Listen anderer Parteien, der PDS oder des Bündnis 90. Im Herbst 1991 konstituierte sich die VL wegen Erfolglosigkeit, wie auch der zum Teil PDS-orientierte Unabhängige Frauenverband, als eingetragener Verein<sup>31</sup>.

Die bisher für die Bundesrepublik charakteristische Trennung in moskau- und chinaorientierte Gruppierungen hat sich durch die Entwicklung verwischt. Eine Annäherung zwischen den ehemals sowjetmarxistisch-orientierten und den nicht an der Sowjetunion ausgerichteten Strömungen ist erfolgt<sup>32</sup>. Beispielsweise versucht die DKP, Kontakte zur ostdeutschen KPD zu knüpfen. „Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Kommunistinnen und Kommunisten gefordert sind, einen aktiven Beitrag zu einem möglichst engen Zusammenwirken aller linken Kräfte zu leisten, daß zugleich jedoch eine eigenständige kommunistische Partei für ganz Deutschland unverzichtbar ist.“<sup>33</sup> Die PDS hat in der alten Bundesrepublik Deutsch-

27 Vgl. Ulli K., ... vom Ende, in: Konkret, (1991) 6; das Ende bereits vorwegnehmend Georg Fülberth, Der Tod des linken Trüffelschweins, in: Konkret, (1991) 1.

28 Vgl. den Artikel: Ein Blick in den Verfallsprozeß der Linken? K-Gruppe wird Gruppe K, in: Neues Deutschland vom 19. August 1991.

29 Vgl. (freilich etwas unkritisch) Jan Wielgoß, Die Vereinigte Linke. Zwischen Tradition und Experiment, in: Helmut Müller-Enbergs/Marianne Schulz/Jan Wielgoß (Hrsg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991, 283–306.

30 Die „Vereinigte Linke“, „Die Nelken“ und die „Vereinigte Sozialistische Partei“ verfaßten vor der Bundestagswahl 1990 unter dem Titel „Nein zum DM-Anschluß“ eine „gemeinsame Erklärung“.

31 Vgl. Volker Michael, Das Linkssein verbindet noch in der VL. Die „Vereinigte Linke“ versucht als eingetragener Verein außerhalb der Parlamente weiter Politik zu machen – doch Jutta Ditfurth lockt, in: Junge Welt vom 15. Oktober 1991.

32 Vgl. Verfassungsschutzbericht 1990, Bonn 1991, S. 25.

33 Willi Gerns, Meinungsaustausch KPD-DKP, in: Unsere Zeit vom 11. Januar 1991.

land Fäden zu den „K-Gruppen“ gesponnen und gewisse Erfolge erzielt. Manfred Coppik, in den siebziger Jahren Aushängeschild der Linken innerhalb der SPD, 1982 Gründer der „Demokratischen Sozialisten“<sup>34</sup> und seit Januar 1991 Mitglied des Parteivorstandes der PDS, prangert diesen Umstand selbstkritisch an: „Der Versuch der PDS-Führung, in diesem Bereich [bei den K-Gruppen] tragende Bündnispartner zu finden und auf diese Weise den Aufbau der PDS in Westdeutschland voranzutreiben, war eine Fehleinschätzung.“<sup>35</sup>

Die Aussage, vieles sei im Fluß, trifft besonders auf die gegenwärtige Entwicklung im Bereich des Linksextremismus zu. Bisher ist noch keine Verschmelzung der linksextremistischen Organisationen in den alten und den neuen Bundesländern eingetreten. Sowohl die DKP als auch die PDS sehen die Selbständigkeit der eigenen Organisation als notwendig an<sup>36</sup>. Der PDS ist die Ausdehnung auf die alten Bundesländer nicht gelungen. Sie hat hier nicht mehr als 600 Mitglieder. Gleiches gilt für die DKP in den neuen Bundesländern. Die „Kommunistische Plattform“ innerhalb der PDS hat vor einer Ausdehnung der DKP in den neuen Bundesländern gewarnt. „Solidarisch verbunden fühlen sich die KommunistInnen in der PDS mit den Mitgliedern der DKP, aber nur in den alten Bundesländern. Von der Ausdehnung der DKP halten die Versammelten nicht viel, mehr dagegen von der Mitarbeit aller Kommunisten der Ex-DDR in der PDS, von einer ‚breiten linken Arbeitsfront gegen den antisozialen Crashkurs der herrschenden Klasse‘.“<sup>37</sup> Mittlerweile gründete sich die erste „marxistische Plattform“ innerhalb der PDS/Linken Liste Nordrhein-Westfalen<sup>38</sup>.

Gewiß ist die sich als sozialistische Alternative verstehende PDS heute überwiegend keine kommunistische Partei mehr<sup>39</sup>. Aber wer daraus die Schlußfolgerung zu ziehen geneigt ist, sie sei auch keine extremistische Partei mehr, dürfte einem Irrtum unterliegen. Nach wie vor beruft sich die PDS auch auf Lenin als einen ihrer ideologischen Gewährsmänner. Von den 2,3 Millionen Mitgliedern der SED im Sommer 1989 hat die PDS nur einen Bruchteil halten können. Gehörten ihr zur Zeit der Vereinigung noch etwa 325 000 Mitglieder an, so

ist ein Jahr später der Mitgliederanteil beinahe halbiert worden. Den vielen Austritten stehen kaum Eintritte gegenüber. Fast 99 Prozent der Mitglieder aus den Reihen der PDS gehörten auch der SED an. Ist die Annahme aus der Luft gegriffen, daß es sich dabei um den „harten Kern“ Überzeugter handelt? Und ist die nachfolgende These wirklich nur konstruiert? Je mehr Personen die PDS verlassen, um so stärker kommt der extremistische Charakter zum Vorschein. Der alerte Vorsitzende Gregor Gysi mit seinen Warnungen vor einer DDR-Nostalgie dürfte nicht das Gros der Mitglieder repräsentieren. Die PDS verfißt einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und „real existierendem Sozialismus“<sup>40</sup>. Im Wahlprogramm der Linken Liste/PDS wurde das folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: „Die LINKE LISTE/PDS arbeitet an Bausteinen für eine Alternative zum bisher gekannten ‚realen Sozialismus‘ im Osten und zu den kapitalistischen Gesellschaften im Westen. Denn beide haben sich auf unterschiedliche Art als unfähig erwiesen, dem bedrohten Zustand der Welt zu begegnen und den Ansprüchen der Menschen auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung zu entsprechen.“<sup>41</sup>

Nach Auffassung des Verfassungsschutzes gehören zwei Bundestagsabgeordnete dem (inzwischen aufgelösten) „Kommunistischen Bund“ an<sup>42</sup>. Mit der „Kommunistischen Plattform“ besitzt die PDS eine von kommunistischen Ideen bestimmte Gruppierung. Offenkundig ist die PDS in sich nicht sonderlich homogen. Die Reaktionen auf den Putschversuch in der Sowjetunion fielen innerhalb der Partei höchst unterschiedlich aus<sup>43</sup>. Selbst PDS-Mitglieder haben des öfteren von einer unzureichenden Erneuerung gesprochen. Und der auf dem Parteitag im Dezember 1991 mit großer Mehrheit wiedergewählte Vorsitzende Gysi drohte bereits mehrfach mit seinem Rücktritt<sup>44</sup>.

34 Vgl. zu dieser linkssozialistischen Partei: Uwe Arndt/Werner Mackenbach/Willi Pohl/Bertold Scheller, Die Demokratischen Sozialisten. Von der Schwierigkeit der Bildung einer linkssozialistischen Partei, Frankfurt/M. 1990.

35 Manfred Coppik, Sieben Gedanken zur Situation der PDS, in: Neues Deutschland vom 14. Juni 1991.

36 Vgl. Manfred Wilke, DKP und PDS nach dem Ende des deutschen Kommunismus, in: U. Backes/E. Jesse (Anm. 21), S. 147–158.

37 Ulrich Sander, Plattform ist keine Fraktion, in: Neues Deutschland vom 6. Juni 1991.

38 Vgl. Arno Brendel, Marxistische Plattform in Nordrhein-Westfalen. Kein Unterfangen unbelehrbarer Nostalgiker, in: Neues Deutschland vom 23. November 1991.

39 In diesem Sinne Manfred Wilke, Ist die „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) noch eine kommunistische Partei?, in: Politische Studien, 41 (1990), S. 695–705.

40 Vgl. Gregor Gysi (Hrsg.), Wir brauchen einen dritten Weg. Selbstverständnis und Programm der PDS, Hamburg 1990.

41 Wahlprogramm der LINKEN LISTE/PDS. Für eine starke linke Opposition, in: Neues Deutschland vom 27. September 1990, S. 8.

42 Vgl. Verfassungsschutzbericht 1990 (Anm. 32), S. 33; vgl. auch folgenden Artikel: Zusammenarbeit von Linksextremisten der Bundesrepublik Deutschland mit der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) der DDR, in: Innere Sicherheit, Heft 3/90, S. 8–11.

43 Vgl. Karin Dörre, PDS-Vorstandstagung: Kontroverse Debatten über die Entwicklung in der Sowjetunion. Was wird aus der Vision vom demokratischen Sozialismus?, in: Neues Deutschland vom 27. August 1991; Andreas Mihm, Der PDS bleibt nur noch die Hoffnung auf sich selbst. Im Vorstand flogen die Fetzen, in: Bonner Generalanzeiger vom 27. August 1991.

44 Vgl. Uwe Stemmler, Gysis Rücktrittsdrohung – was nun, PDS? Die Partei und die Selbstmörder-Mentalität, in: Neues Deutschland vom 13. Juni 1991.

## IV. Zukünftige Situation

### 1. Perspektiven des Linksextremismus

Natürlich hängen Vorhersagen stets von einer Reihe von Imponderabilien ab. Die folgenden Überlegungen beziehen sich vor allem auf die stärkste organisatorische Kraft, die PDS. Die von der SED übernommene Erblast wird ihr zu schaffen machen. Wer aber bereits das Totenglöcklein zu läuten beginnt und die PDS als „Fußnote in den Geschichtsbüchern“<sup>45</sup> verschwinden sieht, mag voreilig sein, auch wenn Kräfte innerhalb der PDS eine Selbstaflösung in Erwägung gezogen haben. „Die Nachricht vom endgültigen Niedergang der Partei überrascht niemanden, die Trauer um den Abgang beschränkt sich auf die Mandatsträger und auf jenes Häuflein aufrechter Altkommunisten, für die es schwer war zu verstehen, daß es keine Zukunft für diejenigen geben konnte, die für immer und ewig mit der Schuld der letzten 40 Jahre identifiziert werden. Mit dieser Erblast im Kreuz und mit der real existierenden personellen, finanziellen und ideologischen Kontinuität zur SED konnte keine Partei überleben. So hatte der Verfall der PDS immer etwas Naturgesetzliches, ihr Verwesungsgeruch wehte schon auf den Gründungsversammlungen durch die Reihen der Mitglieder.“<sup>46</sup>

Die PDS versucht systematisch den Eindruck zu erwecken, als werde sie auf kaltem Wege aus dem politischen Willensbildungsprozeß eliminiert. Sie müsse alte Verpflichtungen aus dem (geringen) Neuvermögen bestreiten. Auf diese Weise treibe man die PDS in den Ruin. Auch wenn diese Behauptungen so nicht zutreffen<sup>47</sup> – die PDS, die das Erbe der SED angenommen hat, kann nicht einfach ihr früher zum großen Teil unrechtmäßig erworbenes Vermögen behalten –, muß Sorge dafür getragen werden, daß die PDS ihren politischen Offenbarungseid nicht mit finanziellen Engpässen zu begründen vermag.

Die Zukunft der PDS dürfte wesentlich davon abhängen, „wie viele Mitglieder oder Sympathisanten von SPD und Grünen mit ihren Forderungen an die Grenzen des kapitalistischen Systems stoßen und dann eine individuelle Entscheidung für eine relevante sozialistische Partei treffen“<sup>48</sup>. Bisher ist sowohl bei der SPD als auch bei den Grünen die Basis nicht abgebröckelt. Die PDS-Bündnisangebote an die Grünen, die Bürgerbewegungen und den linken Flügel der SPD sind verpufft.

45 Manfred Kriener, Die logische Pleite. Gregor Gysi und seine PDS sind finanziell und politisch am Ende, in: Die Tageszeitung vom 22. November 1991.

46 Ebd.

47 Vgl. die Diskussion zwischen Gregor Gysi und Reinhard Krämer von der Kommission zur Überprüfung der Parteivermögen: Ist die PDS schuld an ihrem Konkurs, in: Berliner Zeitung vom 7./8. Dezember 1991.

48 M. Coppik (Anm. 35).

Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung spricht viel dafür, daß es die PDS nicht schafft, das Parteiensystem in einem größeren Umfang zu beeinflussen und an der bundesweiten Fünfprozenthürde scheitert. Die häufig vertretene Annahme, die PDS werde sich als Regionalpartei in den Parlamenten der neuen Bundesländer halten können<sup>49</sup>, kann nicht als sicher gelten, mag allenfalls für die nächsten Landtagswahlen zutreffen. Die PDS hat sich aufgrund ihrer offenkundig mangelnden Glaubwürdigkeit entgegen dem Sachverständnis bisher nicht als Anwalt der DDR-Bürger zu profilieren vermocht. Aber noch ist die Warnung von Kritikern verfrüht, „eine Nachfolgepartei der Nachfolgepartei zu gründen“<sup>50</sup>.

Ist die linke Variante des politischen Extremismus heutzutage gefährlicher als vor der Vereinigung Deutschlands? Die Antwort auf diese Frage hängt maßgeblich von der Einschätzung der Gefahrenpotentiale ab<sup>51</sup>. Zu den wichtigsten Indikatoren gehören Wahlerfolge, der organisatorische Einfluß, die ideologisch-programmatische Attraktivität, die Frage des Handlungsstils – strenge Legalitätsorientierung versus aktivistische Militanz –, die Höhe des extremistischen Einstellungspotentials sowie Infiltrationsmöglichkeiten. Vieles spricht für die Annahme, daß der Einfluß des politischen Extremismus von links weiter schwinden dürfte. Das gilt etwa für „Seilschaften“ in den neuen Bundesländern. Die Krise der extremen Linken in Deutschland ist nicht nur angesichts der desaströsen Hinterlassenschaften offenkundig. Insofern droht von dieser Seite her gegenwärtig keine ernsthafte Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat. Am ehesten kann die PDS bei ihren Antifaschismus-Kampagnen Anhänger mobilisieren. Davon wird auch reichlich Gebrauch gemacht, wie umgekehrt Rechtsextremisten in einer Manier der Ablenkung gerne auf Umtriebe von SED und PDS verweisen. Die PDS glaubt ihre Existenzberechtigung nicht zuletzt mit dem Kampf gegen den Rechtsextremismus unter Beweis stellen zu müssen: „Ausländischen Beobachterinnen und Beobachtern ist klar, daß der zunehmende Rechtsradikalismus auf der einen Seite und die beabsichtigte Beseitigung solcher Parteien wie die PDS auf der anderen Seite eine Einheit bilden. Und da es diese Einheit tatsächlich gibt, sollten wir alles tun, um zu bleiben. Eine freiwillige Aufgabe hätte zur Folge, sich den rechten Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland zu beugen.“<sup>52</sup>

49 Vgl. Emil Peter Müller, Quo vadis PDS?, in: Politische Studien, 42 (1991), S. 397.

50 M. Kriener (Anm. 45).

51 Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Extremistische Gefahrenpotentiale im demokratischen Verfassungsstaat. Am Beispiel der ersten und der zweiten deutschen Demokratie, in: dies. (Anm. 21), S. 7–32.

52 Gregor Gysi, Offener Brief an die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der PDS, in: Neues Deutschland vom 25. November 1991.

## 2. Perspektiven der Abwehrbereitschaft

Die Antwort auf die Frage nach der Gefährlichkeit des politischen Extremismus hängt nicht zuletzt von den Rahmenbedingungen für den politischen Extremismus ab. Beispielsweise ist durch den Zusammenbruch des Kommunismus in der Sowjetunion und in der DDR der „Interventionsapparat“<sup>53</sup> von außen verschwunden. Auch dieser Tatbestand hat die Wirkungskraft des linken Extremismus in Deutschland geschwächt. Freilich gibt es ebenso gegenläufige Tendenzen, wie das für die Konzeption der streitbaren Demokratie mit ihrer Vorverlagerung des Demokratieschutzes gilt. Sie war eine Reaktion auf den Nationalsozialismus und den Kommunismus. Diese Erfahrungen sind im Laufe der Jahrzehnte immer mehr verblaßt.

Zunehmend wird jedoch eine Position stärker, für die nur illegale Bestrebungen illegitim sind. Erst wer Gewalt anwendet, verstößt nach dieser Lesart gegen demokratische Prinzipien. „Die Ideologie der ‚streitbaren Demokratie‘, die den Wechsel der Zeiten überdauert hat und ihre Regression bis heute als eine geläuterte, gar höhere Form der Demokratie ausgibt, ist die westliche Erblast des Kalten Krieges. Eben dieses verkürzte Demokratieverständnis steht heute zur Disposition, nicht nur die Ämter für Verfassungsschutz.“<sup>54</sup> Gegenwärtig – nach dem Zusammenbruch des Kommunismus – steht der Verfassungsschutz in Deutschland mit dem Rücken zur Wand. Die Argumente gegen diese Institution kommen dabei aus zwei Richtungen. Ihm wird einerseits vorgeworfen, eine Art Überwachungsstaat zu installieren und andererseits wird seine mangelnde Effizienz beklagt. So sei der Verfassungsschutz nicht in der Lage gewesen, die geheime Militärorganisation der DKP aufzuspüren. Faktisch stehen die beiden Positionen in einem spürbaren Spannungsverhältnis zueinander.

Wer der Konzeption der streitbaren Demokratie eine Absage erteilt und als extremistisch nur solche Gruppierungen anzusehen gewillt ist, die Gewalt anwenden oder propagieren, darf nicht mit zweierlei Maß messen: An die rechte Variante des Extremismus müssen die gleichen Kriterien angelegt werden. Auch wenn sich eine Rückkehr zum Demokratieverständnis der Weimarer Republik vollziehen sollte, bedeutet dies nicht notwendigerweise eine Aufwertung (links-)extremistischen Gedankenguts. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die politisch Verantwortlichen sich zur Abkehr vom Konzept der streitbaren Demokratie konse-

quent bekennen und der Öffentlichkeit die Außerkraftsetzung einer Alarmvorrichtung zum Demokratieschutz verdeutlichen. Ein alarmierender Zustand muß damit nicht verbunden sein.

Folgende Möglichkeiten des Demokratieschutzes im Hinblick auf die PDS zeichnen sich ab. Erstens: Die PDS gilt als demokratisch, weil sie keine Gewalt anwendet und auch nicht zu solcher aufruft. Zweitens: Die PDS gilt als demokratisch, weil sie weder verfassungsfeindliche Methoden noch Ziele propagiert. Drittens: Die PDS wird aufgrund ihrer verfassungsfeindlichen Zielsetzung vom Verfassungsschutz mit nachrichtendienstlichen Mitteln überwacht. Viertens: Gegen die PDS wird ein Antrag auf ein Parteiverbot beim Bundesverfassungsgericht gestellt.

Zur Zeit wird jedoch eine andere Strategie eingeschlagen: Der frühere Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hatte sich mit der Begründung gegen eine Beobachtung der PDS durch den Verfassungsschutz gewandt, daß eine politische Bekämpfung notwendig sei. „Unsere Demokratie ist stark genug, um mit einer solchen Partei fertig zu werden.“<sup>55</sup> Selbstverständlich muß die PDS politisch – ein Verbotsantrag steht nicht ernsthaft zur Diskussion – bekämpft werden. Und es stimmt auch, daß die Demokratie stark genug ist, sich der PDS und ihrer überalterten Anhängerschaft zu erwehren. Aber Schäubles Argumentation überzeugt nicht. Die Frage, ob eine Partei demokratisch ist oder nicht, steht in keinem direkten Zusammenhang zu ihrem Bedrohungspotential. Ansonsten dürfte beispielsweise auch die NPD, die den demokratischen Verfassungsstaat keineswegs gefährdet, nicht überwacht werden.

Offenkundig wollte die politische Führung in der Bundesrepublik die PDS nicht beobachten lassen. Dieses Problem darf aber nicht – wie etwa die Frage nach einem Verbot einer Organisation – von Gesichtspunkten politischer Opportunität abhängen. In der Öffentlichkeit entsteht dann der Eindruck, der Staat sehe sich nicht in der Lage, die PDS als verfassungsfeindlich zu bezeichnen. Oder: Die PDS gehöre nicht zu den Parteien mit verfassungsfeindlichen Tendenzen. Beides könnte gleichermaßen verheerende Konsequenzen für die politische Kultur haben: Der politische Extremismus würde salonfähig gemacht, das Selbstbewußtsein des demokratischen Verfassungsstaates litte Schaden. Ein antiextremistisches Demokratieverständnis bliebe auf der Strecke. Für das Verhalten der Politiker und Behörden dürften hier taktische, strategische und pragmatische Gründe ebenso eine Rolle spielen wie liberale Skrupel.

53 So Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik, Köln 1990, S. 247–250.

54 Claus Leggewie/Horst Meier. Auf der Suche nach dem verlorenen Feind. Nach dem Ende des Kalten Krieges gerät der Verfassungsschutz in die Kritik, in: Frankfurter Rundschau vom 6. September 1991; siehe dagegen Eckhard Jesse, Streitbare Demokratie im Wandel. Nach der Vereinigung ist manches neu zu überlegen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. August 1991.

55 Schäuble gegen Beobachtung der PDS, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Mai 1991; ähnlich auch die Position des heutigen Bundesinnenministers Rudolf Seiters, PDS nicht im Visier des Verfassungsschutzes, in: Bild am Sonntag vom 15. Dezember 1991.

Am meisten überzeugt für die Zurückhaltung gegenüber der PDS folgender Umstand: Da in den neuen Bundesländern der zum Teil mißtrauisch bäugte Verfassungsschutz noch gar nicht aufgebaut ist, macht es keinen Sinn, die PDS dort, wo sie besonders stark ist, überwachen zu wollen. Allerdings ließe sich aus der Not eine Tugend machen: Man könnte die PDS als verfassungsfeindlich qualifizieren, ohne daß dieses Diktum die nachrichtendienstliche Überwachung nach sich zieht. So würde man an einer schwächeren Form der streitbaren Demokratie festhalten. Es ließe sich dann auch der Einwand entkräften, daß mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Wer dieser Position zuneigt, muß sie aus Gründen der politischen Equilibristik auch für die extreme Rechte anwenden.

Bisher bezeichnet lediglich die CSU die PDS als verfassungsfeindlich. In Bayern wird diese mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet. Die Innenminister der anderen Länder schrecken davor gegenwärtig zurück, wenngleich sich die Stimmen derer mehren, die die PDS als Beobachtungsobjekt einstufen möchten<sup>56</sup>. Nach Meinung des stellvertretenden PDS-Vorsitzenden André Brie muß es nicht verwundern, daß „kritische und oppositionelle Kräfte in der BRD mit geheimdienstli-

56 Vgl. beispielsweise folgende Artikel: Harald Günter, Staatsschutz besorgt über PDS. Starke linksextremistische Tendenzen, in: Die Welt vom 7. Oktober 1991; Peter Scherer, Mehr Augenmerk für die PDS? Staatsschützer in Hessen verlangt bundesweite Beobachtung der SED-Nachfolgepartei, in: Die Welt vom 25. November 1991. Auch jüngste Äußerungen des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz gehen in diese Richtung.

chen Methoden gestoppt werden sollen“. Die PDS betrachte es als normal, „wenn sie Politikern wie dem Bundesinnenministerium und dem Verfassungsschutz ein Dorn im Auge ist“<sup>57</sup>.

Könnte man nicht für „Entwarnung“ plädieren? Gewiß sind alle Formen des Linksextremismus gegenwärtig in einer Krise, und es besteht kein Anlaß, die Lage zu dramatisieren. Doch ein politischer Gezeitenwechsel ist nicht ausgeschlossen. Die Konzeption der streitbaren Demokratie darf nicht so verstanden werden, als sei sie eine von tagepolitischen Opportunitäten bestimmte Reaktion auf eine akute Bedrohung. Wer sie dagegen so interpretiert, kann in der Tat zum Schluß kommen, man benötige sie nicht mehr. Nur muß man sich dann darüber im klaren sein, daß sie sich in einem Alarmzustand nicht mehr revitalisieren läßt.

Allerdings ist der Weg zurück in die fünfziger Jahre, als die Bundesrepublik sich in einer Art permanenter Alarmstimmung befand, nicht angezeigt. Viele der seinerzeit praktizierten Schutzmaßnahmen waren überzogen und sind nur vor dem Hintergrund einer ungefestigten politischen Kultur erklärbar. Häufig wurde „blinder Alarm“ geschlagen. Mancher „Warnschuß“ kräftigte nicht die Liberalität der politischen Ordnung. Der demokratische Verfassungsstaat muß mit dem politischen Extremismus jedweder Couleur leben. Aber: Bereits verfassungsfeindliche Ziele sind extremistisch, nicht erst gewalttätige Methoden.

57 André Brie, Sind Dorn im Auge Bonns, in: Neues Deutschland vom 16. August 1991.

# Geistige Wurzeln des Linksterrorismus in Deutschland

## I. Terrorismus als Wahrnehmungsproblem

Der Linksterrorismus entstand im westlichen Deutschland als radikales Zerfallsprodukt des studentischen Protestes Ende der sechziger Jahre. Als die Dynamik der Bewegung erlahmte und wirkungslos zu verpuffen schien, bewies eine kleine Minderheit unerbittliche Konsequenz: dem „langen Marsch durch die Institutionen“ zog sie das Abtauchen in den Untergrund vor. Der „bewaffnete Kampf“ begann<sup>1</sup>.

Der Terror hat seither die Geschichte der Bundesrepublik begleitet. Kein Jahr verging ohne Anschläge. Die Zahl der schweren linksterroristischen Delikte beläuft sich für den Zeitraum von 1968 bis 1990 auf nahezu 3000<sup>2</sup>. Der Höhepunkt des Terrors lag quantitativ nicht in den siebziger, sondern erst in den achtziger Jahren: 1986 wurde die bisherige Höchstzahl linksterroristischer Attentate (460) erreicht. Wenn sich im öffentlichen Bewußtsein die „Schleyer-Krise“ von 1977 als Gipfel terroristischer Bedrohung festgesetzt hat, so unterstreicht dies nur die große psychologische Wirkung, die eine sich über Wochen hinziehende Geiselnahme erzielt. Trotzdem blieben ähnliche Aktionen in der Folgezeit aus. Die Bundesregierung hatte mit ihrer Entschlossenheit, den Forderungen der Entführer nicht nachzugeben, die Aussichtslosigkeit eines derartigen Unternehmens demonstriert.

Die Gesamtzahl der Todesopfer terroristischer Gewaltakte blieb bis 1990 unter 50. So bedrückend jede heimtückische Mordtat auch ist: Im Vergleich zu anderen europäischen Demokratien hat der deutsche Terrorismus einen eher geringen Blutzoll gefordert. Ein extremes Beispiel sind die Anschläge der baskischen ETA, die ihre Aktivitäten nach dem Ende der Franco-Diktatur vervielfachte. Allein im Jahre 1987 fielen 51 Menschen dem ETA-Terror zum Opfer<sup>3</sup>.

1 Vgl. Uwe Backes, *Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach*, Erlangen 1991.

2 Die Zahl stützt sich auf die Angaben der Verfassungsschutzberichte des Bundes. Erfasst sind Tötungen, Tötungsversuche, Sprengstoff- und Brandanschläge sowie Raubüberfälle. Die entsprechende Zahl für den Rechtsterrorismus beträgt 190 (Zeitraum 1968 bis 1990), bleibt also weit hinter denjenigen des Linksterrorismus zurück.

3 Mitteilung des spanischen Innenministeriums an den Autor. Andere Quellen nennen leicht abweichende Zahlen. Vgl. die Dokumentation der Opferzahlen von 1968 bis 1987

Wenn der Terrorismus der Roten Armee Fraktion (RAF), der Revolutionären Zellen (RZ) und anderer Formationen auch weder in quantitativer noch in qualitativer Hinsicht einen Spitzenplatz in der Hierarchie europäischer Staaten erreicht hat, so zählt die Bundesrepublik doch auch nicht zu jenen Staaten, die – wie etwa Dänemark, die Niederlande, Norwegen, Österreich und Schweden – weitgehend von massiven Terroraktionen verschont geblieben sind. In der vom Jaffee Center for Strategic Studies der Universität Tel Aviv erstellten Rangskala des Terrorismus wurde das westliche Deutschland für 1989 sogar in eine internationale Problemgruppe von 12 Ländern mit überdurchschnittlichen Terroraktivitäten eingeordnet, darunter nur ein weiteres europäisches Land – nämlich Spanien<sup>4</sup>.

Die Kette massiver terroristischer Gewalttaten seit Ende der sechziger Jahre kann das Selbstverständnis des demokratischen Staates und seiner politischen Führungsgruppen nicht unberührt lassen. Terrorismus als extreme Form politischen Protests gilt vielfach als Symptom für das Vorhandensein gravierender politischer, sozialer und ökonomischer Mißstände. Soziologische Modelle bestimmen abweichendes politisches Verhalten (Aggression) als Folge enttäuschter Erwartungen (Frustration) und stellen einen Zusammenhang zwischen der Leistungsfähigkeit des politischen Systems und dem Ausmaß der systemfeindlichen Aktivitäten her<sup>5</sup>. Die Frage nach den Ursachen des Terrorismus ist eng mit derjenigen nach seiner moralischen Beurteilung verknüpft. Es macht einen großen Unterschied, ob die Entstehung linksterroristischer Zellen als äußerste Form der Auflehnung gegen massive Ungerechtigkeit anzusehen ist oder ob sie in erster Linie als Affront gegen eine von der breiten Bevölkerungsmehrheit getragene und gebilligte demokratische Ordnung gilt.

Das Verhältnis zwischen Terrorismus, staatlicher Repression und Liberalität ist kompliziert. In totalitären Systemen fehlt das Mindestmaß an Entfaltungsfreiheit, das für die Entstehung terroristischer

bei: Peter Waldmann, *Militanter Nationalismus im Baskenland*, Frankfurt/M. 1990, S. 142.

4 Vgl. Aharon Yariv/Joseph Alpher, *International Terrorism in 1989*, Jerusalem 1990, S. 20. Zweifel sind hier allerdings im Hinblick auf die Intensität der Erfassung terroristischer Anschläge angebracht, die von Land zu Land unterschiedlich sein dürfte.

5 Vgl. Sebastian Scheerer, Ein theoretisches Modell zur Erklärung sozialrevolutionärer Gewalt, in: Henner Hess u. a., *Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1988, S. 75–189.



scher Zellen erforderlich ist – man denke nur an das vom Terrorismus dieser Art verschont gebliebene östliche Deutschland. Nicht weniger verwickelt erscheint das Verhältnis zwischen dem Terrorismus und der Leistungsfähigkeit politischer Systeme. Mißstände, an die terroristische Gewalttäter anknüpfen können, fehlen in keinem Staat der Erde. Paradoxerweise sind aber auch solche Staaten betroffen, die aufgrund ihrer politischen Stabilität, ihrer demokratischen Legitimation und ihrer außerordentlichen ökonomischen Leistungskraft international Maßstäbe setzen.

Was ein selbstkritischer Beobachter auf die Generation der „68er“ münzte, gilt auch für den Terrorismus in der Bundesrepublik: Er gleicht einem „Aufstand im Schlaraffenland“<sup>6</sup>. Das westliche Deutschland war nicht die beste aller Welten, konnte im internationalen Vergleich jedoch einen respektablen Platz unter den wohlhabenden und demokratisch regierten Industrienationen beanspruchen. Weder schweres soziales Unrecht noch gnadenlose politische Unterdrückung waren die objektiven Ursachen des Terrorismus. Die große Masse der Bevölkerung zeigte nicht die geringste Neigung, den Revolutionsaufrufen von kleinen Gruppen linksextremer Desperados zu folgen. Selbst in den engeren Unterstützermilieus nahm die Isolation der selbsternannten Stadtguerilleros im Laufe der Jahre zu. Im Zeitraum zwischen 1974 und 1989 lehnten um die 95 Prozent der Bevölkerung jede Form der Gewaltanwendung als Mittel politischer Veränderung grundsätzlich ab – nahezu unverändert<sup>7</sup>.

Die Wahrnehmung einer kleinen rebellierenden Minderheit mußte sich um Galaxien von derjenigen des „Normalbürgers“ entfernt haben, wenn folgende Worte, die im April 1971 an die Öffentlichkeit gelangten, mit vollem Ernst zu Papier gebracht worden waren: „Wir behaupten, daß die Organisierung von bewaffneten Widerstandsgruppen zu diesem Zeitpunkt in der Bundesrepublik und Westberlin richtig ist, möglich ist, gerechtfertigt ist. Daß es richtig, möglich und gerechtfertigt ist, hier und jetzt Stadtguerilla zu machen. Daß der bewaffnete Kampf als die höchste Form des Marxismus-Leninismus' (Mao) jetzt begonnen werden kann und muß, daß es ohne dem [!] keinen antiimperialistischen Kampf in den Metropolen gibt.“<sup>8</sup>

Folgende These drängt sich auf: Der Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland war und ist weit weniger ein Wirklichkeits- als ein Wahrneh-

mungsproblem<sup>9</sup>. Nicht so sehr die realen politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse, sondern deren spezifische Perzeption durch eine kleine Minderheit bilden den Hintergrund der Entstehung terroristischer Gruppen. Die detaillierte Ausarbeitung der strategischen Konzepte bildet einen eigentümlichen Kontrast zur mangelnden Fundiertheit der gedanklichen Prämissen. In den Mustern der Wirklichkeitsdeutung leben in gewandelter Form Traditionen fort, die sich in ihren politisch-praktischen Auswirkungen mit den unheilvollsten Kapiteln deutscher Geschichte verbinden. Eine Renaissance anarchistischer und kommunistischer Ideologien lieferte die geistigen Grundmuster für jene spezifische Wahrnehmung der Wirklichkeit, die Terrorismus erst ermöglichte. Auch wenn das Konzept der „Stadtguerilla“ nur eine unter mehreren möglichen Schlußfolgerungen aus der Totalnegation des Status quo darstellt, bliebe das Handeln der Terroristen ohne Kenntnisnahme ihrer geistigen Prägung vollends unverständlich.

---

## II. Der geistige Inkubationsherd

---

Die Entstehung terroristischer Zirkel im westlichen Deutschland ist nicht losgelöst von der Geschichte der studentischen Protestbewegung Ende der sechziger Jahre zu begreifen. Selbst ehemalige Aktivisten wie Daniel Cohn-Bendit leugnen heute nicht mehr die Mitverantwortung der „68er“: „Die antiautoritäre Bewegung, die 1968 ihren Höhepunkt hatte, besaß einen sehr undifferenzierten Begriff von Widerstand und Widerstandsrecht. Sie hat versucht, sämtliches mögliche politische Handeln mit den Mißständen in aller Welt zu legitimieren. Der Vietnamkrieg, die Diktaturen in Persien und Griechenland oder auch die Notstandsgesetze mußten herhalten, um ein genuines Widerstandsrecht gegen den westdeutschen Staat zu formulieren. Das war ein Ambiente, in dem sich alles entwickeln konnte. Einerseits eine radikal-demokratische Bewegung, die dem zivilen Ungehorsam verpflichtet war, andererseits radikale Gruppen, die die antiimperialistische Widerstandssphärologie für bare Münze nahmen und diese nach persönlichen Erfahrungen von Repression in konkreten bewaffneten Widerstand umgesetzt hat. Wir haben nicht auseinandergehalten – was heißt Widerstand in einem faschistischen Staat, was ist Widerstand in einer Diktatur? Mit dem Begriff des autoritären Staates suggerierten wir den kontinu-

6 Matthias Horx, Aufstand im Schlaraffenland. Selbsterkenntnisse einer rebellischen Generation, München-Wien 1989.

7 Vgl. Max Kaase/Friedhelm Neidhardt, Politische Gewalt und Repression. Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen, in: Hans-Dieter Schwind u. a. (Hrsg.), Unabhängige Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission), Bd. IV, Berlin 1990, S. 15.

8 Programmatische Erklärung der RAF, abgedruckt in: Berliner Extra-Dienst vom 21. April 1971, S. 9–11.

9 Mit der These verbindet sich selbstverständlich nicht der Anspruch einer lückenlosen Erklärung der Ursachen des Terrorismus in Deutschland. Eine kritische Sichtung der zahlreichen Ansätze leistet: Gerhard Hertel, Terrorismus und Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, München 1986.

ierlichen Übergang vom Kapitalismus zum Faschismus.“<sup>10</sup>

Der Aufruhr an den Universitäten hatte mit hochschulpolitischen Forderungen begonnen, sich thematisch dann aber mehr und mehr ausgeweitet. Unter dem Einfluß von Theorien der marxistischen und anarchistischen Tradition wurde nun Fundamentalkritik am Status quo geübt und die Beseitigung „autoritärer“ Strukturen gefordert<sup>11</sup>. Teile der in der Wirtschaftswunderwelt des Nachkriegsdeutschlands aufgewachsenen Generation wandten sich „höheren“ ideellen Werten zu und konfrontierten das „bürgerlich-kapitalistische“ System mit vielfach utopischen Forderungen nach umfassender Teilhabe aller an den politischen Entscheidungsprozessen.

Die Freie Universität in Berlin bildete das Zentrum der Bewegung. Ließen sich anfängliche Resolutionen zum „Abbau oligarchischer Herrschaft“ und zur „Verwirklichung demokratischer Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen“<sup>12</sup> noch im Sinne eines umfassenden Reformprogramms verstehen, übernahmen bald Kräfte mit unzweideutig revolutionären Zielen die Wortführerschaft. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), die nach links abgedriftete ehemalige SPD-Studentenorganisation, entwickelte sich zum Theoriezentrum der Protestbewegung. Richtungskämpfe zwischen einer antiautoritär-anarchistischen und einer marxistisch-dogmatischen Strömung bestimmten sein Innenleben<sup>13</sup>. Als Mitglied der Subversiven Aktion war Rudi Dutschke 1964 zum SDS gestoßen, ein aus der DDR stammender, mit Charisma begabter, überaus redengewandter Student. Unter dem Einfluß der Medienberichterstattung wuchs er in die Rolle einer Leitfigur des Protests hinein.

Nach dem 2. Juni 1967 griff die Bewegung auf viele westdeutsche Städte über. Ein harmloser Student, Benno Ohnesorg, war bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien Opfer einer unkontrollierten Polizeiaktion geworden. Die Überforderung der Sicherheitskräfte, die sich

10 „Ihr wollt Menschen schützen. Wir auch.“ Ein Gespräch zwischen Dany Cohn-Bendit und Hans-Jochen Vogel, in: Michael Sontheimer/Otto Kallscheuer (Hrsg.), Einschüsse. Besichtigung eines Frontverlaufs. Zehn Jahre nach dem Deutschen Herbst, Berlin 1987, S. 153.

11 Zur Auseinandersetzung mit dem Argumentationshaushalt der sogenannten Neuen Linken siehe vor allem: Hermann Lübke, Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche, Stuttgart 1978; Erwin K. Scheuch (Hrsg.), Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der „Neuen Linken“ und ihrer Dogmen, Köln 1968; Kurt Sontheimer, Das Elend unserer Intellektuellen. Linke Theorie in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1976.

12 Zit. nach Knut Nevermann, Revolte. Der Muff von tausend Jahren, 1968, in: Uwe Prell/Lothar Wilker (Hrsg.), Die Freie Universität Berlin. 1948–1968–1988. Ansichten und Einsichten, Berlin 1989, S. 71.

13 Vgl. Hildegard Weiss, Die Ideologieentwicklung in der deutschen Studentenbewegung, München–Wien 1985.

ohne ausreichende Vorbereitung mit „provokativ“ auftretenden Protestlern konfrontiert sahen, war nicht zu leugnen. Dennoch entwirft ein Zerrbild, wer die Zunahme gewaltsamer Ausschreitungen nach dem 2. Juni 1967 als Folge des „repressiven“ Handelns der Staatsmacht deutet. Nicht wenige Demonstranten suchten die militante Auseinandersetzung mit der Polizei. Führenden Agitatoren wie Rudi Dutschke galt die Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel im „revolutionären Kampf“. Nach der Trauerfeier für Benno Ohnesorg hatte der Studentenfürer auf einem Kongreß in Hannover ein politisches Szenario entwickelt, das den anwesenden Professor Jürgen Habermas zum Vorwurf des Linksfaschismus herausforderte.

Dutschke schwebte die Gründung eines „Internationalen Nachrichten- und Forschungsinstituts“ vor, das er mit finanzieller Unterstützung des reichen Mailänder Verlegers Feltrinelli (dieser starb wenige Jahre später bei der vorzeitigen Explosion eines selbstgelegten Sprengkörpers) zu errichten gedachte. Die Bildung illegal operierender Untergrundgruppen sollte zu den Aufgaben des Instituts gehören: „Je mehr alte Freunde und Gruppierungen skeptisch über eine derartige Stufe von Politik wurden, desto stärker verfolgte Dutschke diesen Plan. Abmachungen, Besprechungen, Kontakte mit unterschiedlichen revolutionären Gruppen und Persönlichkeiten wiesen auf die Möglichkeit, sehr bald auch in Westeuropa die amerikanische Kriegsmaschine anzugreifen.“<sup>14</sup>

Wenige Monate darauf erlitt Dutschke durch das Attentat eines jungen Münchener Arbeiters eine schwere Kopfverletzung, an deren Spätfolgen er Ende 1979 starb. Die Bewegung war gleichsam enthauptet worden. Der Zorn der radikalen Studenten richtete sich vor allem gegen die konservative Sensationspresse, die ein „Pogromklima“ erzeugt habe. In Berlin kam es beim Marsch auf das Springer-Haus zu schweren Ausschreitungen. Die Aufrührerstimmung breitete sich auf andere deutsche Städte aus („Osterunruhen“). Randalierer hielten angestaute Aggressionen nicht länger zurück. Molotow-Cocktails, brennende Fahrzeuge und zerstoebene Reifen zeugten vielfach von der schieren Lust an der Zerstörung.

Bruchstücke linksradikaler Theorien geisterten in den Köpfen vieler Protestler umher, nahmen Einfluß auf die Wahrnehmung der Wirklichkeit und lieferten die Rechtfertigung für unkonventionelle politische Verhaltensformen. Großen Einfluß übten die Schriften des deutsch-amerikanischen Sozialphilosophen Herbert Marcuse aus, der den „totalitären Charakter der entwickelten kapitalisti-

14 Bernd Rabehl, Am Ende der Utopie. Die politische Geschichte der Freien Universität Berlin, Berlin 1988, S. 260.

schen Gesellschaft“<sup>15</sup> geißelte. Die Entstehung eines breitenwirksamen revolutionären Bewußtseins werde in der Überflußgesellschaft nur durch die „massive wissenschaftliche Manipulation und Administrierung der Bedürfnisse“ verhindert. Unterdrückte menschliche Anlagen müsse man erst wieder zur Entfaltung bringen. Die Rolle der Wegbereiterin gesellschaftlicher Befreiung war der „Intelligenz“ zugedacht. Mit ihrer Hilfe gelte es, „einen neuen Typ des Menschen“ zu entwickeln, „der das Leistungsprinzip der etablierten Gesellschaften ablehnt – einen Menschentyp, der sich von der Aggressivität und Brutalität, die der Organisation der bestehenden Gesellschaft innewohnen, und ihrer heuchlerischen, puritanischen Moral freigemacht hat, einen Menschentyp, der biologisch unfähig ist, Kriege zu führen und Leiden zu schaffen, der eine klare Vorstellung hat von Freude und Lust und der als einzelner wie zusammen mit anderen daran arbeitet, eine soziale und natürliche Umwelt zu schaffen, in der eine solche Existenz möglich wird“<sup>16</sup>. Angesichts so verführerischer Zukunftsverheißungen mußte der Kampf gegen das Bestehende lohnend und gerechtfertigt erscheinen. Viele Protestler nahmen Ideen dieser Art auf, ohne wirklich an deren praktische Umsetzung zu denken. Andere waren konsequenter und ließen den Gedanken Taten folgen.

Der Handlungsdruck erhöhte sich zu einem Zeitpunkt, als die Bewegung an Dynamik verlor, Reformprojekte der „Etablierten“ den Protestlern Wind aus den Segeln nahmen, die Zahl der Demonstrationsteilnehmer sank und die Hoffnungen auf eine grundlegende Umwälzung der Verhältnisse schwanden. Während die große Mehrheit resignierte, sich in das vorgegebene System politischer Willensbildung einordnete oder die marxistisch-leninistische Kaderpartei als Motor revolutionärer Entwicklung entdeckte, wählte eine Minderheit den Weg des „bewaffneten Kampfes“<sup>17</sup>.

Die strategischen Konzepte, die nun zur Anwendung kamen, waren ein uneingelöster Ideenbestandteil maßgeblicher Kräfte der Studentenbewegung gewesen. Rudi Dutschke selbst hatte auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS (5. September 1967) bei seinem Plädoyer für eine „Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit“ an Marcuses Schreckensbild vom „eindimensionalen Menschen“ angeknüpft. Um die „passiven und leidenden Massen“ aus ihrer Lethargie aufzurütteln, müsse die „Pro-

paganda der Schüsse“ (Che) in der ‚Dritten Welt‘ ... durch die ‚Propaganda der Tat‘ in den Metropolen vervollständigt werden“<sup>18</sup>.

Dutschkes Ausführungen ließen unterschiedliche Ausdeutungen zu. Die Idee spektakulärer Gewaltaktionen faszinierte jedoch viele Aktivisten der Studentenbewegung. „Schon zu Beginn des Jahres 1968 hatte Holger Meins, der an der Berliner Film- und Fernsehakademie studiert hatte, einen Lehrfilm über die Herstellung von Molotow-Cocktails gezeigt und damit einige Aufregung hervorgerufen. Als im April 1968 die Kaufhausbrandstiftung bundesweite Publizität fand, hatte sich der SDS zwar schleunigst von der Aktion distanziert, doch waren Andreas Baader und Gudrun Ensslin von einem Tag auf den anderen ‚prominent‘ geworden. Bei der ‚Schlacht‘ am Tegeler Weg wurde dann erstmals (im November 1968) kollektive Militanz der Pariser Art erprobt. Die Demonstranten ‚eroberten‘ einen polizeieigenen Wasserwerfer und richteten den scharfen Strahl auf die zurückweichenden Polizisten, die mit ihren Gummiknüppeln kaum noch etwas ausrichten konnten. Als den Demonstranten die Straßenmunition ausgegangen war, kam ihnen ein Zufall zu Hilfe. Sie stoppten einen mit Ziegelbruch beladenen Lastwagen und bedienten sich.“ Christian Semler und Hans-Jürgen Krahl hatten diese Form der Militanz verteidigt, sie als ‚nötig‘ (Krahl) bezeichnet und daraus die Erkenntnis abgeleitet, „daß wir tatsächlich in einem viel stärkeren Maße, als wir jemals angenommen hatten, solche Aktionen und Demonstrationen planen können und daß wir auch den Einsatz der Gewalt planen können.“<sup>19</sup>

Theorien des Partisanenkampfes und der Stadtguerilla gehörten zum Ideenarsenal der Studentenbewegung. Und erste Ansätze zur praktischen Ausführung blieben nicht auf jene Zirkel beschränkt, aus denen sich später Untergrundgruppen wie die Bewegung 2. Juni oder die RAF rekrutierten. So faßten 1969 die Berliner SDS-Führungsgremien den Entschluß zur Entführung des Oberstaatsanwalts Blaesing. „Ziel war es, die [universitäre] Hausordnung abzuschaffen. Eine derartige Entführung besaß verschiedene ‚Funktionen‘. Sie sollte die Resignation und die Ohnmacht der Studenten überwinden, die den Eindruck gewonnen hatten, daß die Opposition die Universitäts- und Staatsgewalt nicht beeindrucken konnte. Sie forderte die Staatsexekutive heraus, die sofort mit ihrem gesamten Gewaltapparat die diktatorische Potenz des Staates demonstrieren würde. In der Verfolgung würde der Staat die Rechtsauflagen des Rechtsstaates übertreten und

15 Herbert Marcuse, *Befreiung von der Überflußgesellschaft* (1969), in: Ingrid Karsunke/Karl Markus Michel (Hrsg.), *Bewegung in der Republik 1965–1984. Eine Kursbuch-Chronik*, Bd. I, Berlin 1985, S. 183. Siehe auch: ders., *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Darmstadt–Neuwied 1967.

16 Ebd., S. 181.

17 Für die Entwicklung der Bewegung und deren ideologische und organisatorische Auffächerung unverzichtbar: Gerd Langguth, *Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968*, Köln 1983.

18 Rudi Dutschke/Hans-Jürgen Krahl, *Organisationsreferat. Gehalten von Rudi Dutschke auf der 22. Delegiertenkonferenz der SDS, 1967*, in: *Linke Liste an der Universität Frankfurt* (Hrsg.), *Die Mythen knacken, Materialien wider ein Tabu*, Frankfurt/M. 1987, S. 139.

19 S. Scheerer, *Deutschland: Die ausgebürgerte Linke*, in: H. Hess u. a. (Anm. 5), S. 289.

verdeutlichen, daß das Recht lediglich die Opposition einschränke, jedoch offen für die Macht des Staates war. Willkür und Mißerfolge des Staates würden die Opposition stärken und die Politiker einschüchtern.“<sup>20</sup> Die Aktion wurde sorgfältig geplant und vorbereitet. Man stellte ein „Kommando“ aus den Reihen des SDS zusammen, kundschaftete ein geeignetes Versteck aus und besorgte Medikamente für den zuckerkranken Oberstaatsanwalt. Schließlich fehlte es doch an der letzten Entschlossenheit: „Einer der Teilnehmer äußerte Bedenken, und wie in einem ‚Märchen‘ lösten sich die anderen Beteiligten aus dem Zauber der Militanz und der Entführung.“<sup>21</sup>

Was der SDS in Berlin unterließ, setzten andere in die Tat um. Aus den militanten „Szenen“ Berlins und anderer westdeutscher Großstädte rekrutierten sich erste terroristische Zirkel. Auch wenn die Motive der Untergrund-„Kämpfer“ im einzelnen sehr unterschiedlich waren, bildeten die Ideen der Studentenbewegung doch den geistigen Nährboden für die Kriegserklärung an die bestehende Ordnung, ihre Träger und Repräsentanten.

---

### III. Grundelemente des linksterroristischen Weltbildes

---

Die Gründergeneration des Linksterrorismus entstammte fast ausnahmslos den Reihen der studentischen Protestbewegung. Deren Vorstellungswelt übte einen prägenden Einfluß aus. Allerdings entsprach der Heterogenität der an der Studentenbewegung beteiligten Gruppen eine Vielfalt geistiger Quellen und Strömungen. Bedeutender als die marxistisch-leninistischen Orthodoxien, die sich an verschiedenen Zentren der Weltrevolution wie Moskau, Peking oder auch Tirana ausrichteten, waren intellektuelle Weiterentwicklungen des Marxismus, wie sie von den Vertretern der Frankfurter Schule um Theodor Adorno, Max Horkheimer und vor allem Herbert Marcuse vorgetragen wurden. Führende Verfechter des Anarchismus wie Bakunin und Kropotkin sowie die Schriften von Guerillakriegs-Strategen wie Frantz Fanon, Ernesto „Che“ Guevara, Carlos Marighella und Mao Tse-tung wirkten auf das Denken über den aussichtsreichsten Weg zur Revolution.

Karl Marx, Wladimir Iljitsch Lenin und Mao Tse-tung tauchten als geistige Ahnherren in den ersten Rechtfertigungsschreiben der RAF auf<sup>22</sup>. Andere Gruppen wie die Bewegung 2. Juni waren in ihrem

Selbstverständnis stärker von einer anarchistischen Temperamentslage geprägt. Die politischen Konzepte der Terroristen unterschieden sich allerdings in wesentlichen Punkten von den ideologischen Vorgaben ihrer geistigen Väter. Treffend ist das Konzept der RAF als „Theorie des Theorieverzichts“<sup>23</sup> charakterisiert worden, war die Praxis doch eher von Aktionismus als von strategischen Kalkülen geprägt. Bemühungen ideologischer Art, wie sie Ulrike Meinhof und Horst Mahler unternahmen, zielten auf nachträgliche Rechtfertigung und Rationalisierung.

Jedoch ist die Frage nach der geistigen Authentizität für die Wirkung von Weltbildern allenfalls von sekundärer Bedeutung. Das politische Wahrnehmungsvermögen der Linksterroristen wurde und wird von einem Syndrom gedanklicher Elemente geprägt, die kommunistischen und anarchistischen Theorietraditionen eigen sind. Wenn sie auch verfremdet, variiert und vielfältig miteinander verbunden werden, bleibt ihre politische Sprengkraft doch unvermindert bestehen.

Terrorismus hat die vehemente Ablehnung des Status quo zur zwingenden Voraussetzung. Seine Praxis in konstitutionellen Demokratien sozialstaatlicher Prägung zeugt vom weitgehenden Verlust politischer Urteilskraft. Politisches Urteilen setzt Vergleichen, Wägen und Differenzieren voraus. Kommunistische und anarchistische Doktrinen liefern Maßstäbe, die eine facettenreiche Wahrnehmung der Wirklichkeit eher blockieren als fördern<sup>24</sup>.

Geistiger Ausgangspunkt ist die Totalnegation alles Bestehenden und der feste Glaube an die Realisierbarkeit idealer Zustände auf Erden. Die „herrschaftsfreie“ oder „klassenlose Gesellschaft“ setzt einen Bruch mit der gesamten bisherigen Geschichte voraus und kann daher nur aus den Trümmern der alten Ordnungen hervorgehen. Das Denkmodell läßt die Frage nach unterschiedlichen Ausgangspunkten in verschiedenen Regimen allenfalls im Rahmen strategischer Überlegungen zu. Veränderungen setzen eine Tabula-rasa-Situation und die grundlegende Umwälzung der Verhältnisse voraus. Angesichts der utopischen Visionen muß jeder Versuch tastender, schrittweiser Veränderung als Verrat an den revolutionären Zielen erscheinen.

---

Konrad Löw, Terror. Theorie und Praxis im Marxismus, Asendorf 1991.

23 So Iring Fetscher/Herfried Münkler/Hannelore Ludwig, Ideologien der Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Iring Fetscher/Günter Rohrmoser, Ideologien und Strategien, = Analysen zum Terrorismus 1, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Opladen 1981, S. 43.

24 Vgl. Peter Graf Kielmansegg, Politikwissenschaft und Gewaltproblematik, in: Heiner Geißler (Hrsg.), Der Weg in die Gewalt, München 1978, S. 73 ff.; Günter Rohrmoser, Ideologische Ursachen des Terrorismus, in: I. Fetscher/G. Rohrmoser (Anm. 23), S. 274–339.

20 B. Rabehl (Anm. 14), S. 282.

21 Ebd., S. 283.

22 Siehe zur Bedeutung dieses geistigen Erbes: Konrad Hobe, Zur ideologischen Begründung des Terrorismus. Ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Gesellschaftskritik und der Revolutionstheorie des Terrorismus, Bonn 1979;

Die Hinwendung zu realitätsfernen Utopien und die Pauschalanklage der bestehenden Ordnung stand seit Ende der sechziger Jahre in engem Zusammenhang mit sozialwissenschaftlichen Modeströmungen, die bis dato gültige Maßstäbe für die Unterscheidung politischer Systemtypen entwerteten. Das von dem norwegischen Politikwissenschaftler Johan Galtung in die Diskussion entlassene Konzept der „strukturellen Gewalt“ läßt Gewalt als ein allgegenwärtiges Phänomen erscheinen, dem die Menschen in konstitutionellen Demokratien ebenso unterliegen wie in Diktaturen – nur in einer weitaus subtileren Form. „Repressive Strukturen“ und „Manipulationsmechanismen“ treten demnach in den westlichen Demokratien an die Stelle der weit umfassenderen staatlichen Zugriffsgewalt diktatorischer Regime. Die Verwischung der Systemgrenzen mündete mit einiger Folgerichtigkeit in die von Karl Dietrich Bracher zu Recht beklagte Verdrängung und Relativierung des Totalitarismusbegriffs<sup>25</sup>.

Der in der Studentenbewegung dominierende idealistische Demokratiebegriff mit seiner Betonung von Selbstbestimmung und politischer Gleichheit hatte die Tendenz, „die Rechtmäßigkeit jeder möglichen politischen Ordnung in Frage zu stellen“<sup>26</sup>. Ähnlich wie der Begriff der „strukturellen Gewalt“ konfrontierte das radikale Demokratiekonzept die Wirklichkeit mit Maßstäben, an denen jede existierende Ordnung scheitern muß. Auf diese Weise entstand eine Rechtfertigungsgrundlage für den Kampf gegen das als illegitim geltende System.

Die extensive Interpretation des Demokratiebegriffs war die eine Seite der Medaille, die Verachtung und die Ignoranz gegenüber der abendländischen Tradition des Konstitutionalismus die andere. Dem Konstitutionalismus liegt die Überzeugung von der Imperfektibilität des Menschen wie der Gesellschaft zugrunde. Nicht die – als unerreichbar geltende – Verwirklichung menschlichen Glücks, sondern das Streben nach Linderung und Verringerung von Leid bestimmt die politische Grundüberzeugung. Die Bindung der staatlichen Gewalt an vorab definierte Regeln, die Sicherung grundlegender Rechte des Individuums, die Teilung der Herrschaftssphären in verschiedene, einander kontrollierende Bereiche, die befristete Übertragung von Herrschaftsbefugnissen an periodisch zu wählende Repräsentanten – all dies sind wesentliche Resultate eines historischen Erfahrungsprozesses in der Auseinandersetzung mit vielfältigen Formen von Fremdbestimmung und Autokratie. Der Glaube an die Realisierbarkeit einer idealen Zukunftsgesellschaft der Freien und Gleichen zieht die Geringschätzung des komplizierten konstitutionellen Regelwerkes nach sich,

25 Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Terrorismus und Totalitarismus*, in: H. Geißler (Anm. 24), S. 202.

26 P. G. Kielmansegg (Anm. 24), S. 75.

das den Anspruch der Letztgültigkeit nicht erhebt, den Konfliktaustrag zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Meinungen, Anschauungen und Interessen jedoch Verfahren unterwirft, die dem Entfaltungsdrang von Einzelnen oder Gruppen im Interesse einer friedlichen Gesellschaftsentwicklung Grenzen setzen.

Die aus der Studentenbewegung stammende trotzig-parole: „Macht kaputt, was Euch kaputt macht“<sup>27</sup> bringt in kaum überbietbarer Weise Verachtung und Ignoranz gegenüber dem System des demokratischen Verfassungsstaates zum Ausdruck. Sie entspricht nicht nur dem Selbstverständnis jener Terroristengeneration, die biographisch noch mit „1968“ verbunden ist, sondern fängt auch das Lebensgefühl der Nachwuchs-„Kämpfer“ treffend ein. Totalnegation und egalitär-utopische Gesellschaftskonzeption verbinden alle linksterroristischen Gruppen, auch wenn sich – wie im Falle der „Revolutionären Zellen“ oder sogenannter „autonomer“ Gruppen – die geistigen Bindungen an Theoretiker anarchistischer und kommunistischer Prägung längst gelockert haben.

Charakteristischerweise spielt in den Rechtfertigungsschreibern der heutigen Terrorgruppen mit linksextremer Ausrichtung das Imperialismuskonzept eine zentrale Rolle<sup>28</sup>. Es hat den unschätzbaren Vorzug, von den bei der Legitimierung terroristischen Handelns eher unergiebigem Mißständen im eigenen Land abzulenken. Die Verantwortung für das Elend in der ganzen Welt wird den reichen Industrienationen aufgebürdet. Dies rechtfertigt den „Widerstand“ gegen das für die Leiden der Menschheit verantwortliche „System“, umgibt die Untergrund-„Kämpfer“ mit der Glorie kompromißlosen Eintretens für „humanistische“ Ziele und begründet strategische Hoffnungen auf Stärkung der Kampfkraft durch die Solidarität mit den „Befreiungsbewegungen der Dritten Welt“. Horst Mahler bekannte im Rückblick: „Die Leute haben sich ihre eigene – sozusagen ihre private – Moral konstruiert. Weil ich drin war, weiß ich das. Die Welt ist schlecht, tagtäglich unendliches Leid, Mord und Totschlag. Das müssen wir ändern. Das geht nur mit Gewalt, das erfordert Opfer; aber unterm Strich weniger Opfer als die Fortdauer des bestehenden Zustands.“ Hier wird deutlich, daß absolut gesetzte Moral blind und unerbittlich wird, wenn – nach Mahler und in Anlehnung an Hegel – „das Herzklopfen

27 Siehe zur Bedeutung dieser Parole den Erlebnisbericht des ehemaligen RAF-Mitglieds Volker Speitel, „Wir wollten alles und gleichzeitig nichts“, in: *Der Spiegel*, Nr. 31, (1980), S. 36–52.

28 Auch rechtsterroristische Zirkel wie etwa die Hepp-Kexel-Gruppe griffen bei der Rechtfertigung ihres Handelns auf das Imperialismuskonzept zurück, wengleich es hier in einen befreiungsnationalistischen Begründungsrahmen gestellt wird. Vgl. U. Backes (Anm. 1), S. 96–111.

für das Wohl der Menschheit“ umschlägt „in die Raserei des Eigendünkels“<sup>29</sup>.

---

#### IV. Fazit

---

In totalitären Diktaturen fehlt das Mindestmaß politischer Entfaltungsfreiheit, das Terrorismus erst ermöglicht. Dort übt der Staat den Terror selber aus. Demokratische Verfassungsstaaten hingegen bieten gewalttätigen Minderheiten ein günstiges Exerzierfeld. Die restlose Zerschlagung terroristischer Untergrund-Strukturen erforderte ein Ausmaß polizeistaatlicher Repression, das mit hoher Wahrscheinlichkeit die autoritäre Transformation des Staates nach sich zöge. Der Terrorismus ist demnach eine der Kehrseiten politischer Freiheit.

Wenn die Ursachen des Linksterrorismus in der Bundesrepublik in erster Linie nicht auf Wirklichkeits-, sondern auf Wahrnehmungsproblemen beruhen, kommt der geistigen Auseinandersetzung eine vorrangige Bedeutung zu. Gefordert ist eine

---

29 Horst Mahler im Gespräch mit Gerhart Rudolf Baum, in: Axel Jeschke/Wolfgang Malanowski (Hrsg.), *Der Minister und der Terrorist. Gespräche zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler*, Reinbek bei Hamburg 1980.

schonungslose Kritik politischer Heilslehren. Die Infiltrierung des politischen Denkens mit marxistischen Denkkategorien ist weit fortgeschritten – man denke nur an die unkritische Übernahme der Kapitalismus-Vokabel. Auch nach dem Ende des „realen Sozialismus“ bleibt die Sehnsucht nach umfassender Welterklärung, letzter Orientierungsgewißheit, völliger Hingabe an ein „großes“ Ziel. Erneuerte Formen egalitärer Utopien könnten an die Stelle gescheiterter Lehren treten. Hier gilt es, bereits den Anfängen zu wehren.

Ebenso wichtig ist die Stärkung der geistigen Fundamente demokratischer Verfassungsstaaten. Besonders in der jüngeren Generation fehlt es oft an Verständnis für das Funktionieren jenes komplizierten Regelwerkes, das die in jeder Gesellschaft vorhandenen Gegensätze der Interessen und Anschauungen in friedliche Bahnen lenkt. Tugenden wie Kompromißfähigkeit, Reformbereitschaft, Toleranz und Offenheit könnten ebenso wie der Glaube an das Selbstbestimmungsrecht des Individuums Grundlage eines „Verfassungspatriotismus“<sup>30</sup> sein – und damit ein geistiges Bollwerk gegen die Machteroberungsstrategien politischer Extremisten bilden.

---

30 So die unterstützenswerte Forderung des verstorbenen Heidelberger Politikwissenschaftlers Dolf Sternberger, *Verfassungspatriotismus*, Frankfurt/M. 1990.

## **Hans-Gerd Jaschke: Nationalismus und Ethnopluralismus. Zum Wiederaufleben von Ideen der „Konservativen Revolution“**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3-4/92 S. 3-10

Die Annahme, der Rechtsextremismus bestehe nur aus militanten „Skinheads“, ausländerfeindlichen Parolen und ewiggestrigen Unbelehrbaren war und ist eine folgenschwere Fehleinschätzung. Sie übersieht die intellektuelle Zuarbeit rechtskonservativer Strömungen, denen es um eine grundlegende, längerfristig angelegte Wende des politischen Klimas und des Zeitgeistes geht.

Ähnlich wie die Zirkel der „Konservativen Revolution“ in der Weimarer Republik formieren sich in der Bundesrepublik nach französischem Vorbild vielfältige und schwer überschaubare Zeitschriftenprojekte und Theoriezirkel, denen es darum geht, rechtes Gedankengut wieder salonfähig zu machen. Carl Schmitt, Arthur Moeller van den Bruck und Ernst Jünger gehören zu ihren geistesgeschichtlichen Leitbildern, „Kulturkampf“ ist ihre Strategie. Die Neue Rechte macht „Gemeinschaft“ gegen „Gesellschaft“ geltend. Darin besteht ihre geistige Herausforderung, die angenommen werden sollte.

## **Armin Pfahl-Traugber: Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3-4/92, S. 11-21

Das aktuelle Phänomen des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern kann nur differenziert eingeschätzt werden, wenn die verschiedenen Ebenen seiner Erscheinung unterschieden werden. Der Beitrag skizziert die Entwicklung rechtsextremer Parteien seit der Wende in der DDR 1989, untersucht die in den neuen Bundesländern aktiven neonationalsozialistischen Gruppierungen und beschreibt die Entwicklung der rechtsextremen Skinhead-Szene, die noch zu DDR-Zeiten entstand. Besondere Bedeutung kommt dem rechtsextremen und ausländerfeindlichen Einstellungspotential zu, das für entsprechende Parteien oder Gruppierungen evtl. mobilisierbar ist.

Hinsichtlich der politikwissenschaftlichen Analyse des Rechtsextremismus kann das völlige Scheitern jener Ansätze konstatiert werden, die entsprechende politische Phänomene aus den Strukturprinzipien einer kapitalistischen Gesellschaft erklären wollten. Ergiebiger sind da jene Interpretationen, die Rechtsextremismus als Folge der Zerstörung von Lebenszusammenhängen und Orientierungslosigkeit im gesellschaftlichen Strukturwandel sehen. Problematisch an diesen Ansätzen ist jedoch, daß sie Bedingungen der politischen Sozialisation in der DDR nicht genügend berücksichtigen. Dort wurden durchaus auch rechte Ideologieelemente offiziell verbreitet, was ebenso beachtet werden muß, wie aus extremismustheoretischer Sicht die gemeinsamen Strukturelemente der jeweiligen Doktrinen. Aus entsprechenden Mentalitätsbeständen konnte sich so ein Einstellungspotential entwickeln, das für rechtsextreme Vorstellungen empfänglich macht.

## **Ursula Birsl: Frauen und Rechtsextremismus**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3-4/92 S. 22-30

Bislang sind in der Rechtsextremismus-Forschung zwei Sichtweisen vorherrschend: Zum einen befassen sich die wissenschaftlichen Untersuchungen zum Rechtsextremismus überwiegend mit Organisationen, ihren Mitgliederstrukturen, Wahlergebnissen oder Programmatiken. Zum anderen – und dies bezieht auch diejenigen Vorfeld-Studien mit ein, die sich mit rechtsextremen Orientierungen beschäftigen – werden geschlechtsspezifische Fragestellungen weitgehend nicht berücksichtigt. Dies läßt sich u. a. damit erklären, daß Frauen bisher bei politisch „auffälligen“ Aktivitäten der rechtsextremen Szene wenig in Erscheinung getreten sind; ihr Anteil an der Wählerschaft rechtsextremer Parteien im Vergleich zu Männern ist geringer und ihr Organisationsgrad in rechtsextremen Gruppierungen relativ niedrig. Die Folge dieser wissenschaftlichen Sichtweisen ist, daß Rechtsextremismus vorrangig als ein männerspezifisches Problem gedeutet und entsprechend nach gesellschaftlichen Ursachen gefragt worden ist.

Vor diesem Hintergrund wird unter der Maßgabe einer geschlechtsspezifischen Perspektive untersucht, ob Anhaltspunkte dafür existieren, daß es keine signifikanten Unterschiede in der Verbreitung rechtsextremistischer Orientierungen zwischen Männern und Frauen gibt. Da bisher keine empirischen Daten für die Problemstellung vorliegen, wird sich diesem Thema folgendermaßen genähert: Zunächst werden die Grundzüge und das Frauenbild der rechtsextremen Ideologie betrachtet und auf der Basis von Ergebnissen aus der Wahl- und Einstellungsforschung erste Interpretationsmuster zu rechtsextremistischen Affinitätskonstellationen bei Frauen diskutiert. Hier wird insbesondere überprüft, inwieweit diese Daten erste Aussagen zulassen und welche Aspekte unberücksichtigt bleiben.

Ausgehend von der These, daß es keinen signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschied in der Akzeptanz von rechtsextremen Ungleichheitsideologemen gibt, werden anschließend frauenspezifische Ausprägungen rechtsextremistischer Orientierungsmuster als politische Umformungsprozesse der sozialen Lebenslage untersucht.

## **Eckhard Jesse: Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3-4/92, S. 31-39

In den ersten vierzig Jahren der Bundesrepublik dominierte im Bereich des organisierten Linksextremismus der an der Sowjetunion ausgerichtete Kommunismus – zunächst die KPD, später die DKP –, auch wenn sich im Gefolge der Studentenbewegung das linksextremistische Spektrum auffächerte. Die Abhängigkeit von der Sowjetunion (und der DDR) bedeutete Stärke und Schwäche zugleich. Was der Verfassungsschutz behauptet hatte, erwies sich als zutreffend: Die DKP und eine Reihe von befreundeten Organisationen waren organisatorisch, ideologisch und finanziell von der DDR gesteuert.

Der Zusammenbruch des Kommunismus, nicht nur in DDR, hat die extreme Linke jedweder Couleur in eine Existenzkrise gestürzt. Gegenwärtig ist die Entwicklung aufgrund von Neugründungen und Auflösungen im Fluß und unübersichtlich. Die aus der SED hervorgegangene Partei des Demokratischen Sozialismus, die ein schweres Erbe angetreten hat und weithin als diskreditiert gilt, muß insgesamt zur extremen Linken gerechnet werden.

Die Perspektiven des Linksextremismus hängen u. a. auch von der Abwehrbereitschaft des demokratischen Verfassungsstaates ab. Der Zusammenbruch des Kommunismus hat die Krise der Konzeption der streitbaren Demokratie verschärft. Als extremistisch gelten häufig nur noch diejenigen Gruppierungen, die gewalttätige Methoden propagieren oder anwenden.

## **Uwe Backes: Geistige Wurzeln des Linksterrorismus in Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3-4/92, S. 40-46

Der Linksterrorismus entstand in Deutschland Ende der sechziger Jahre als radikales Zerfallsprodukt des studentischen Protestes. Obwohl Gruppen wie die „Rote Armee Fraktion“, die „Bewegung 2. Juni“ und die „Revolutionären Zellen“ Resonanz nur in quantitativ unbedeutenden Unterstützermilieus fanden, hat sich der Linksterrorismus doch bis in die Gegenwart hartnäckig behauptet. Der „Aufstand im Schlaraffenland“ (Matthias Horx) folgt einer anderen Logik als die Rebellion angesichts von Not und Unterdrückung. Die Wirklichkeitswahrnehmung und damit der Realitätsverlust der Terroristen wird von gedanklichen Elementen der kommunistischen und anarchistischen Theorietradition gespeist. Die Totalnegation des Status quo und der feste Glaube an die Realisierbarkeit einer idealen Zukunftsgesellschaft der Freien und Gleichen machen ebenso blind für die historischen Leistungen demokratischer Verfassungsstaaten bei der Eindämmung autokratischer Herrschaftsmethoden wie für das komplizierte rechtlich-politische Regelwerk, das die in jeder Gesellschaft vorhandenen Gegensätze der Interessen und Anschauungen in friedliche Bahnen lenkt.